

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. Post und Fracht. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustriertem Sonntagsheft. „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post. Eintragspreis: 1.10 Mark pro Monat. Eintragspreis in die Post. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereine und Versammlungs-Körper 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Angebote das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erhebt täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 31. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Klerikaler Wahlrechtstrug.

Das Zentrum wird, wie man annehmen darf, seinen Wahlrechtsantrag wiederholen. Der Politiker, der die Stellung zurückverfolgt, welche es bei früheren Gelegenheiten zur Wahlrechtsfrage eingenommen hat, stößt auf eine bunte Musterkarte der verschiedensten Meinungen und Äußerungen, von denen die eine die andere aufhebt. Häufig genug finden sich sogar bei derselben Person Widersprüche. Soweit das Zentrum programmatische Grundzüge besitzt und vertritt — und es besitzt und vertritt solche auch von Partei wegen, mag es daran auch manchmal nicht gern erinnert sein — gehören sie dem Mittelalter an, das heißt, sie liegen hinter der bürgerlichen Gesellschaft zurück. Das Majoritätsprinzip der Demokratie widerspricht deshalb durchaus dem Wesen des Zentrums. Wo man die Demokratie bisher nur gehandelt hat als reaktionären Optimismus, ist ein anderes auch gar nicht denkbar. Der Wechselbalg schillert in allen Farben, je nach der Schicht, deren Wirtschaftstendenzen in Frage kommen. Das Spiel durcheinander verlaufender Interessen gebiert jene Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit, die vielen als ein Ausbund realpolitischer Konsequenz erscheint, die aber nur möglich ist, wenn alle Grundzüge freiheitlicher Politik grundsätzlich über Bord geworfen sind.

Früher wurde gern darauf verwiesen, das Zentrum verdanke seine damals ausschlaggebende Stellung im Reichstage dem bestehenden Wahlrecht. Schon dieserhalb müsse es eine Freundin seiner Aufrechterhaltung und Uebertragung auf Preußen sein, wo ihm mit dessen Einführung die gleiche Machtstellung wie im Reich. Ganz davon abgesehen, daß der Hinweis höchstens für die Zeit von 1890—1907 zu trifft, lassen die verflochtenen Wahlen erkennen, wie das Zentrum seine ausschlaggebende Stellung zuletzt lediglich der Stärke der Sozialdemokratie verdankte. Nur wenn diese in bestimmter Zahl im Parlament vertreten ist, könnte es wieder eine ausschlaggebende Rolle im alten Sinne spielen. Als bürgerliche Partei vermag es aber eine Stärkung der Sozialdemokratie um so weniger zu wünschen, als diese in absehbarer Zeit, wenigstens im industriellen Westen, auf seine eigenen Kosten erfolgen wird. Zudem haben die Januarwahlen die bürgerliche Linke in einer Weise kompromittiert, daß diese nicht einmal die kommenden Jahreswahlen wieder aufnehmen kann. Mögen sich die innerpolitischen Verhältnisse wie immer entwickeln, Freisinn und Pörfel sind dauernd in den Kolonialrummel hineingezogen. In allen Fragen der Heeres-, Flotten-, Kolonial- und Welt-politik, in allen Fragen der kommenden Monopolpolitik scheidet die bürgerliche Linke fortan als Oppositionspartei aus. Ferner steht auch das Zentrum voraus, wie die kommenden Wahlen in noch höherem Maße gegen die Sozialdemokratie gerichtet sein werden als bisher; und es erkennt mit richtigem Instinkt, daß es für den Merkantilismus nicht vorteilhaft sein würde, nochmals sich in gleicher Kampflinie mit der Sozialdemokratie zu befinden. Darum strebt es mit allen Kräften aus der jetzigen Situation heraus. Seine Politik läuft darauf hinaus, den Block zu lähmen, indem es in ihn eindringt und so die Konservativen von den Liberalen absprengt, an die Stelle der zwei Mehrheiten die eine Mehrheit der Konservativen aller Schattierungen und des Zentrums setzt.

Die jetzige Situation besitzt Ähnlichkeit mit der zu Beginn der sechziger Jahre. Am 26. November 1873 gelangte im preussischen Abgeordnetenhaus ein Antrag des Zentrums auf Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen zur Beratung. Damals deklarierter Windthorst emphatisch:

„Ich weiß, daß man vielfach Verbindungen gehalten hat, wie man dem unbehaglichen Anaben, der in diesem Antrage sich präsentiert, am kürzesten, am raschesten und graziösesten den Hals brechen könnte. Ich sage Ihnen, der Antrag hat bereits seine Pflicht getan. Ich kenne die Methode der Engländer, welche nicht glauben, daß an dem Tage gleich, an welchem ein Antrag eingebracht wird, er auch durchgeführt wird. Ich sage Ihnen, dieser Antrag wird durchgehen, wenn Sie ihn auch auf sechs Monate verschieben.“

Nun, dieser Antrag ist bis heute nicht angenommen. Die innerpolitische Situation bekam ein anderes Gesicht — und das Zentrum verlor die ganze Zeit erstlich seinen Ringer mehr, um auch nur eine Wahlrechtserweiterung, geschweige eine Aenderung des Wahlsystems in die Wege zu leiten. Verband es doch mit seinem Antrage auch nicht im entferntesten einen demokratischen Sinn; es kam ihm vielmehr ausschließlich auf die Stärkung der konservativen Elemente an. Windthorst sprach hier unverbohlen aus unter Berufung auf Bismarck und die konservativen Abgeordneten v. Platenburg und Wagener, die sich im Abgeordnetenhaus bei früherer Gelegenheit in gleicher Weise geäußert hatten:

„Wie ich die Verhältnisse der Gegenwart ansehe, so bin ich der Meinung, daß in den Wählern der dritten Klasse mehr Rechtsinn liegt als in denen der zweiten und ersten. Sie halten mehr als die anderen Klassen fest an den überlieferten geschichtlichen Verhältnissen, und sie sind nach meiner Ueberzeugung in großen und ganzen konservativer als die

Männer des Geldes. Keine Herren, das destruktivste Element der Welt ist das Geld, und der Streich, das allgemeine Wahlrecht durch den Geldebeutel zu forcieren, ist der allerbedenklichste, den man machen kann.“

Die dritte Wählerklasse rekrutierte sich damals noch überwiegend aus den alten Mittelständen. Als die Stärkung der konservativen Elemente in anderer Weise Platz griff, als die Dreiklassenmach ihren reaktionären Kern voll und ganz offenbarte, gab das Zentrum sich zufrieden, bis es zwangsweise wieder „Oppositionspartei“ wurde.

Der letzte Wahlrechtsantrag des Zentrums ist ein Kind des vorjährigen Reichstagswahlkampfes. Sein Sinn wird handgreiflich, wenn man die Parole daneben hält, die das Zentrum vor den Hauptwahlen ausgab: Für Freisinn und Konservativen gegen die Nationalalliberalen. Eine durchaus materialistische Parole, geboten von der Tendenz, welche die vom Zentrum eingeleitete Wirtschaftspolitik des Reiches beherrscht. Und wie im Reich, so heißt es für das Zentrum auch in Preußen: Gegen die Liberalen. Beide ringen um den Anschluß an die Reaktion, dem ruhenden Pol in der Erscheinungen flucht. Konservativ ist Trumpf! In den Kämpfen ihrer einzelnen Gruppen untereinander ist die Bourgeoisie genötigt, „an das Proletariat zu appellieren, seine Hilfe in Anspruch zu nehmen, und — es so in die politische Bewegung hineinzureißen“ — so steht es bereits im „veralteten“ kommunistischen Manifest. Um den Bund und die Alleinherrschaft der beiden reaktionärsten Parteien aus der Taufe zu heben, appelliert das Zentrum an die Demokratie. Das ist keine Ironie der Geschichte, sondern ihre Dialektik, die Tragik der herrschenden Klassen.

Gegen die Liberalen, für die Reaktion! Es mag schon zutreffen, daß dem Zentrum eine kleine Schwärzung der konservativen Gruppen im Landtage nicht unerwünscht käme, da deren jetzige fast absolute Mehrheit alle übrigen Parteien, das Zentrum eingeschlossen, in ihrer parlamentarischen Bedeutung herabdrückt. Trotzdem braucht es nicht zu befürchten, sich mit seinem Antrag vor den Konservativen bloßzustellen. In der prinzipiellen Ablehnung des Majoritätsprinzips sind sie ein Herz und eine Seele; und aus opportunistischen Gründen haben früher manche konservative selber den Vorzug des Reichstagswahlrechtes vor dem preussischen System anerkannt. Man könnte also in dieser Beziehung dem Zentrum höchstens vorhalten, Zeit und Gelegenheit falsch gewählt zu haben. Die Konservativen wissen zudem im vordringlichen, daß kein Wahlgesetz, bei dem das Zentrum den Ausschlag gäbe, ihnen ernstlich gefährlich zu werden vermag, wenn auch das Zentrum im Gegensatz zu den Konservativen bereit wäre, etwas sozialdemokratische Juglust in den Landtag zu lassen, schon um das aufhehende Agitationsmittel möglichst aus der Welt zu schaffen. In der Grundfrage sind jedoch konservative und Zentrum sich einig. Sobald sie unter dem Zwange der Umstände zu einer gesetzgeberischen Aktion schreiten müßten, würden beide versuchen, das Schwergewicht des plattenden Landes über die industriellen Großstädte schieben zu stellen. Die Entwicklung im Reich weist zu deutlich die Mittel zur Hand, wie ein demokratisches Wahlrecht durch seine parlamentarische Form in der politischen Wirkung mehr und mehr ausgeschaltet und in ein Privilegienrecht verwandelt werden kann.

Der Kampf um das freie Wahlrecht in Preußen ist zudem ein Kampf gegen die Schutzzölle und die Reaktionspolitik im Reich. Zu jeder Zeit, namentlich aber während einer großen Krise und ihrer verheerenden Wirkung auf den Arbeiterhaushalt kann diese Seite des Kampfes entschiedener hervortreten. Und über diese Wechselbeziehung ist man sich im Zentrum sicherlich nicht im Unklaren. Das Zentrum aber war die langen Jahre der Träger jener Politik. Darum möchte das Zentrum die aufgerollte Wahlrechtsfrage zeitig erledigen, ohne vom Kern der Sache Weirächtliches aufzugeben, d. h. ohne wesentliche Schwächung des Junkertums. Wenn deshalb das Zentrum die Forderungen des Volkes aufnehmen sollte, dann geschieht es nur, um jene Forderungen in eine ihm genehme Form zu gießen, den Sinn der Demokratie durch ihre politische Form zu fälschen und eine Sperre zu schaffen, die die Flut bis zu ruhigeren und günstigeren Zeiten aufnimmt, denn das Zentrum stellt in der Politik nicht nur Tage und Jahre, sondern auch Jahrzehnte und Generationen in Rechnung.

Sozialdemokratie und Zentrum trennt auch im preussischen Wahlrechtskampf eine tiefe Kluft. Das Proletariat kämpft gegen die Reaktion, das Zentrum für ihre Erhaltung und Befestigung. Deshalb setzt das Zentrum alles daran, um das reaktionäre Endziel seiner Wahlrechtspolitik vor seinen Arbeiterwählern zu verschleiern. Um so schontungslos muß unsere Presse für die Enthüllung sorgen, das heißt die Verschiedenheit des Zieles entscheiden in den Vordergrund rücken. Die Wahlrechtsfrage ist die Grundfrage einer proletarischen Politik in Preußen. Hier gibt es innerhalb der Arbeiterschaft keine Verschiedenheit der Meinungen und Ziele und kann es keine geben.

Damit ist die Signatur des Kampfes gegeben. Die Zeiten sind vorbei, wo wir in bürgerlichen Kreisen auf bedeutende moralische und politische Eroberungen ausgehen konnten. Die Klassengegensätze innerhalb unserer

Gesellschaft haben eine bisher nicht gekannte Schärfe gewonnen, und diese Schärfe nimmt zu, nicht ab. Der preussische Wahlrechtskampf ist der Kampf der Arbeiterklasse um eine entscheidende Wendung der deutschen Politik. Mit ihm beginnt nicht nur der Kampf um die Macht, sondern auch um die Einheit der proletarischen Klassenbewegung.

## Das Enteignungsgesetz im Hause der Lords.

Optimisten von Fischbeds desorientierter Bescheidenheit möchten glauben, daß das edle Herrenhaus, des kranken Friedrich Wilhelms IV. romantische Schöpfung, Wert darauf legt, des Wesens Siegfried Fischbeds Vertrauen zu verdienen. Befanlich hat Herr Siegfried Fischbed in derselben Rede, in der er vom Reichstagler die eigenartige Paarung mit dem preussischen Ministerpräsidenten verlangte, in Sachen der Enteignungsvorlage vom Dreiklassenhaufe an das Herrenhaus appelliert. Die dicke Weizenwolke der Arcandis Reichstags bei dieser Gelegenheit vor dem Hause der Preußenlords steigen ließ, sind sogar seinen wahllich nicht verdohten Parteigenossen unangenehm auf die Geruchsnerven gefallen. Trotzdem oder gerade deshalb, als ob bei den geborenen und berufenen Geschehnissen Preußens das Produkt Bülowischer Staatskunst immerhin auf etwas ernsthafteren Widerstand stoßen soll, als bei den Selbstzerfressen der zweiten Kammer.

Weder das Herrenhaus den Bülowischen Wechselbalg besichtigte, schritt es zur Neuwahl seines Präsidiums. Der alte Fürst zu Jann und Anspausen, ein treuer Vasall erst der Weisen, dann der Hohenzollern, ist bekanntlich gestorben. An seiner Stelle wählte das Oberhaus den bisherigen Vizepräsidenten Fehn v. Mantuffel zum Präsidenten. Erster Vizepräsident wurde der bisherige zweite Vize Veder-Stalin und zweiter Vizepräsident ein gewisser Junker Ignatius von Landsberg. Aus der Tatsache, daß zum ersten Male ein Kleinodiger den Präsidentenstuhl einnimmt, auf dem bisher nur selbsthätige Fürsten und Herzöge sich herumdrückten, und daß ein ganz gewöhnlicher Bürgerlicher mit höchst plebejischem Namen erster Vize geworden ist, werden Fischbed, Koppf und Wiener sicher den Beginn der Demokratisierung des Herrenhauses herleiten.

Nach dem Wahlakte gingen die erlauchten und edlen Herren an die Arbeit. Im Laufe der Sitzung stellte sich so allmählich die ganze Korona der preussischen Staatsminister ein: der nächste Strahendredner in unangemeldeten Versammlungen unter freiem Himmel, Bülow, der wohlgeachtete Reichsminister, Beseler, auf den Himmels- und Standesheim den Geist Rheinbaroffs herabgeschickt hat, der Landwirtschaftsminister v. Arnim-Criewen usw.

Den Reigen der Oppositionsredner eröffnete Kardinal Kopp. Kopp ist für das Zentrum, was Kopp für die Freisinnigen ist: der freiwillige Regierungskommissar, der Mittelmann, der in der höheren Einheit der Sozialistenbelämpfung alle Gegensätze auszugleichen trachtet. Seine entschiedene Mißbilligung der Vorlage teilte er in sanften Tadel. Natürlich operierte er auch mit dem roten Geißel. Die Vorgänge des 10. und 12. Januar mußten ihm als Argument dienen. Das beste Stück seiner Rede war das Zitat: „Auf die Dauer ist es nicht möglich, mit Ausnahmegelesen zu regieren!“ Eine Wahrheit, die in diesem „hohen“ Hause keinen Kurs hat.

Mit Waffen aus dem Zeughaufe des Mandeschertums, die aber gegenüber feudalistischer Vergewaltigungspolitik noch immer modern anmuten, zogen zwei Fanatiker des Hottentottenblodes, die Bürgermeister Körte-Königsberg und Vender-Wreslau, gegen die Vorlage zu Felde. Die Furcht vor unangenehmen Konsequenzen entlockte dem Grafen Thiele-Winkler, in dem Schlot- und Krautjunker zu schöner Einheit verschmolzen sind, Worte der Opposition. Der alte Polenfürst Radziwill verfehlte nicht, auf seine Familienbeziehungen zu den Hohenzollern hinzuweisen, um sein nicht unwürdiges Pathos noch wirksamer zu gestalten, und der klerikale Graf Droste-Bischoffing aus der Familie der Rodwallfahrerin gab noch einige Striche zu dem roten Schredgemälde, das der Breslauer Fürstbischof an die Wand gemalt hatte. Aus dem Hause sprachen sich eigentlich nur drei Redner für die Vorlage aus: der Frankfurter Oberbürgermeister Adickes, der bekanntlich manchmal in Sozialpolitik macht, ein gewisser Bürgermeister Kerken aus Thorn, dessen Rede sich ungefähr auf der geistigen Höhe eines Dorfschulzen bewegte, und ein eremittischer Gerichtspräsident. Um so eifriger legten sich die Minister ins Zeug. Bülow selbst hielt eine längere Rede, die noch unter seiner Rede an die nächsten Ruheförder vom 25. Januar stand. Ueber die Reden der Rheinbaben, Beseler, Arnim-Criewen Worte zu verlieren, würde frevelhafto Verschwendung von Druckschwärze sein.

Auf Antrag des nicht mit Philii zu verwechselnden Gottho Eulenburg wurde die Bülowische Mißgeburt einer Kommission von 25 Mitgliedern überwiesen, wozu die Edlen und Erlauchten und Glaubwürdigen die nächsten Tage blau zu werden beschloßen.

## Die Agrarier und die Beamten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ fährt fort, gegen die Getreidezölle zu agitieren. In ihrem Morgenblatt vom 29. Januar weist sie nach, daß die gegenwärtigen hohen Getreidepreise nur „in den Jahren 1854—1856 wesentlich übertrieben“ wurden und außerdem in einzelnen Zeiten, wie 1867/68—1880/81 und schließlich 1891, zur Zeit der großen russischen Hungersnot; die Weizenpreise auch noch 1849/50—1871/74—1877 und 1889/91. Daß

diese Feststellungen eine rebofuklonäre Sprache führen, darüber geht schließlich auch dem agrarischen Blatt ein Licht auf. Um zu retten, was noch zu retten ist, verpflichtet es wenigstens den Beamten, für Gehaltserhöhungen einzutreten.

Der agrarische Moniteur bemüht sich, die Beamten für den Produktionsapparat zu gewinnen. Die Landwirtschaft — heißt es — bildet das sicherste Fundament der Staatsordnung, an deren Erhaltung sie (die Beamten) ihrerseits doch ganz besonders interessiert sind. Das bedeutet in klaren Worten: wir Agrarier haben den Staat in den Händen; helft uns, das Arbeitervolk bis auf die Knochen auszuhungern, so sollt auch ihr euren Teil an der Beute haben.

Aber ach, auf dem Wege zwischen dem Steuerfädel und der Beamtenantenne stehen die Wägenflotten, die alle schluden. Die Steuern reichen ja nicht mehr aus und die Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien häufen sich ohne Maß. Wenn die Beamten mit ihrem Appetit so lange warten wollten, bis die Gehaltserhöhungen kommen, so würden sie nicht leicht fertig werden, wödingegen eine Verbilligung des Brotes und des Fleisches sofort ihren Hunger stillen würde. Das ist eine klare Erkenntnis, die sich von Log zu Tag immer schärfer einprägt sowohl den Beamten wie allen anderen Schichten des deutschen Volkes.

Wir haben deshalb unsererseits den Feststellungen der „Deutschen Tageszeitung“ nur noch hinzuzufügen, daß als 1891 die Getreidepreise die gleiche Höhe hatten wie gegenwärtig, es der bodagrarische Graf Kanitz war, der eine Aufhebung der Getreidezölle vorschlug. Er erklärte damals im Reichstage:

„Gegen diesen vorübergehenden Preisstand — ich weiß allerdings, daß ich mich in diesem Punkte nicht in Uebereinstimmung mit allen meinen politischen Freunden befinde — gibt es in meinen Augen nur ein zulässiges Mittel, und das ist die Suspension der Getreidezölle, d. h. die Aufhebung oder Herabsetzung der Getreidezölle auf eine bestimmte Zeit. . . Wenn ich mich in diesem Punkte nicht ganz in Uebereinstimmung mit meinen politischen Freunden befinde, so ist der Stein des Anstoßes lediglich der, daß von anderer Seite angenommen wird, die Reaktivierung der Getreidezölle nach Ablauf der Suspensionsfrist könnte auf Schwierigkeiten stoßen. Ich hege diese Befürchtung nicht.“

Damals handelte es sich um eine vorübergehende Erscheinung, bedingt durch die russischen Missernten, — nunmehr aber steigen die Getreidepreise konstant seit mehreren Jahren. Aber freilich, die Gutsherren machen reiche Beute und möchten nicht gern davon lassen. Freiwillig werden sie es niemals tun!

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 30. Januar 1908.

### Die Neuwahlen zum preussischen Landtag.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, besteht die Absicht, die Neuwahlen zum preussischen Landtag nicht erst im Spätherbst, sondern bereits im Mai oder Juni stattfinden zu lassen.

Es soll damit erreicht werden, daß die Wahlagitatorien möglichst abgekürzt wird. Man will vermeiden, daß die Aufstüttelung der Volksmassen durch die Wahlrechtsagitatorien Einfluß gewinne auf die Zusammensetzung des Unrechtsparlamentes. Die Genossen werden gut tun, sich auch nicht durch die zu erwartenden Dementis irre leiten zu lassen.

### Mißstände in der Marineverwaltung.

Die zweite Lesung des Marinegesetzes führte beim Titel 1, „Staatssekretär“, ausschließlich zur Erörterung von allerhand Beschwerden über die Zustände in der Verwaltung und auf den Werften.

Die zwei freisinnigen Abgeordneten Dr. Leonhardt und Dr. Strube, beides in Kiel ansässige Aerzte, machten Beschwerden der Marineingenieure über Zurücksetzung gegenüber den Marineoffizieren geltend. Herr Strube geißelte auch die Methode, durch deren Anwendung die gefehlich vorgeschriebene Dessenlichkeit des Militärgerichtsverfahrens bei der Marine umgangen wird, zum Beispiel indem man die Verhandlungen auf ein Kriegsschiff verlegt! — Admiral v. Tirpitz versuchte diese Witzteilungen durch die allgemeine Behauptung zu entkräften, daß die Behörden sich streng an das Gesetz gehalten hätten. Bekanntlich kann man aber den Buchstaben des Gesetzes beobachten und doch den Geist töten.

Genosse Legien brachte darauf in ausführlichen Darlegungen die Beschwerden der Werftarbeiter im allgemeinen, speziell noch die der Kieler zur Geltung, nachdem er an der Antwort des Marineministers den Freisinnigen klargemacht hatte, daß der Platz an der Wladislawe ihnen nicht einmal bei dieser Gelegenheit eine Beachtung ihrer Beschwerden verschaffe.

An der Hand der von den Arbeitern der vier Staatswerften in einer Petition geltend gemachten Wünsche wies Legien nach, daß die Arbeiterausschüsse weder mit den Rechten ausgestattet seien, die sie zur wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen fordern müssen, noch daß deren Mitglieder vor Maßregelungen gesichert wären. Sei es doch sogar vorgekommen, daß in einem bestimmten Falle, als der Arbeiterschuss wegen eines Unglücksfalles bei einer Kreisfage Vorschläge zur Verhütung solcher Vorkommnisse machte, die Werftverwaltung dem Ausschuss ausdrücklich ihre Mißbilligung wegen dieser Eingabe zuteil werden ließ. Aus der Gegenüberstellung der Zahl der Krankheitsfälle bei den Werftarbeitern und denen der Arbeiter in ganz Deutschland wies Legien auch nach, wie viel da noch zu bessern ist. In Kiel insbesondere haben sich die Gesundheitsverhältnisse infolge der schlechten Ernährung in den letzten Jahren gleichfalls verschlechtert. Zum Schluss ging Legien zur Erörterung einer Anzahl von Einzelbeschwerden aus Kiel und Friedrichsort über.

Diese Ausführungen wurden wirkungsvoll ergänzt durch den Genossen Sebering, der die speziellen Beschwerden der Werftarbeiter in Wilhelmshaven und Danzig vorbrachte. Er schloß seine Ausführungen mit einem Protest gegen die Verfeinerung der Sozialdemokraten in den Arbeitsordnungen, die um so widersinniger sei, als die Werftverwaltung die Arbeitskraft der Sozialdemokraten gar nicht entbehren könne.

Der Geh. Admiralsratsrat Harns suchte durch ganz allgemeine Behauptungen nachzuweisen, daß die im Plenum und vorher in der Budgetkommission vorgebrachten Beschwerden unzutreffend seien. Soweit sich daraus überhaupt auf bestimmte Fälle schließen ließ, wies die Genossen Legien und Sebering kurz nach, daß damit nichts widerlegt sei. Darauf wurden im Zuge die einzelnen Titel des Etats bis Titel 52 angenommen. Nur forderte der Abg. Dahlem (Zentrum) die Verwaltung auf, nicht französische, sondern deutsche Weine, und zwar bei den kleinen Wingenern

des Rheinlands zu kaufen. Dann wurde die Verhandlung verlag.

### Ein Bloß-Humorist.

Herr Dr. Heinz Vothhoff, Hospitant der Freisinnigen Vereinigung, veröfflicht in der „Frankf. Zig.“ als Leitartikel eine unfeinlich humoristische Epistel über die Frage, ob der Bloß „gelündigt“ werden müsse. Herr Vothhoff verneint diese Frage. Es sei gut, daß die Wahlrechtsdebatte im Reichstag nicht zu dem von vielen erhofften, von vielen gefürchteten Ereignis geführt hat. Der Bloß, sagt Herr Vothhoff, brauche nicht gelündigt zu werden. Er führt gleich zwei Gründe für seine Meinung ins Feld. Zwei Gründe freilich, die sich gegenseitig widersprechen. Erstens, sagt er, braucht der Bloß nicht gelündigt zu werden, weil ja gar kein parlamentarischer Bloß besteht. Es seien gar keine Vereinbarungen getroffen worden. Wirklich? Auch nicht in Rorderney, auch nicht im Dezember vorigen Jahres, als Bülow mit tragischer Geberde die Bloßrisse wieder verlitte?

Der Bloß, versichert Herr Vothhoff, sei nichts als der persönliche Versuch Bülows, ohne das Zentrum zu regieren, aber nicht gegen das Zentrum. Bildete sich nicht gerade der Freisinn ein, daß der Bloß gegen das Zentrum regieren sollte? Und glaubte nicht der Freisinn an eine „liberale Ära“, oder, um uns vorsichtiger auszudrücken, redete er nicht seit Jahr und Tag ununterbrochen davon, daß der Freisinn liberale Konzessionen erwarte? Vothhoff gesteht denn auch, daß das Vertrauen des Freisinn (das also doch einmal vorhanden gewesen sein muß) einen „schweren Stoß“ erlitten habe, denn Bülow habe „jede ernsthafte Wahlreform in Preußen“ abgelehnt.

Trotzdem soll nach Herrn Vothhoff alles beim alten bleiben. Der Freisinn soll ruhig weiter bewilligen. Für den Militarismus, die Flotte, die Kolonien usw. Obendrein soll er auch auf jeden ernsthaften Kampf gegen den Brotwucher, die Grenzsperrn usw. verzichten. Der Freisinn soll also, trotzdem kein Bloß besteht und Bülow keinerlei Konzessionen geben will, Bloßhelferdienste für die Junker leisten!

Und warum? Weil der Freisinn so feig ist, einen Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen. Vothhoff sagt selbst, eine Kündigung des (nicht existierenden) Bloß habe nur einen Zweck, wenn der Freisinn „entschlossen“ sei, die „äußersten Konsequenzen zu ziehen“. In der Tat: diese äußersten Konsequenzen müßten gezogen werden. Sie beständen in der Ablehnung der Forderungen für die phantastischen Kolonialpläne, in einer Kritik unseres Hebermarinismus. Der Freisinn müßte die Flottenpolitik eben nicht als „rein technische Frage“ auffassen, sondern als Faktor der Weltpolitik politisch würdigen! Der Freisinn müßte den Kampf gegen das Agrarierium aufnehmen. Täte das alles der Freisinn, so brächte er die Reaktion ins Gedränge, so brächte er das Zentrum in die nach seiner Brüstung doppelt unangenehme Lage einer unbedingten Regierungspartei und unentwegten Jagagemaschine. Diese peinliche Situation des Zentrums würde noch verschlimmert, wenn der Freisinn endlich eine Wahlrechtskampagne eröffnen wollte, d. h. einen wirklichen Volksturm in der Presse und in Versammlungen, nicht in Konsentkeln hinter verschlossenen Türen! Eine solche Politik triebe das Zentrum in der Wahlrechtsfrage vorwärts, oder aber das Zentrum würde bei den nächsten Wahlen dezimiert werden! Führt so der Freisinn den Kampf, so würde sich bald um die freisinnigen und sozialdemokratischen Fahnen die Mehrheit des Volkes scharen! Dann müßte die Regierung nachgeben! Der Freisinn beläme dann freilich seine Orden mehr, er könnte keine Rorderney-Fahrt mehr unternehmen, keine „intime“ Gastereien bei Bülow mehr mitmachen. Deshalb und weil dem Freisinn die Volksrechte gar nicht am Herzen liegen, will er auch vom Kampfe nichts wissen! Er will, auch ohne jede Gegenleistung, der Knecht der Reaktion bleiben. Um aber die Massen zu betödeln, empfiehlt Herr Vothhoff, zwar auch ferner Bloßpolitik zu treiben, aber gelegentlich „groß“ zu werden.

Nach diesem Rezept hat der Freisinn allerdings vor der Bloß-Ära schon stets antiliberaler Politik getrieben. Er hat radikale Phrasen gedroschen, um unter dem Deckmantel dieses Phrasenradikalismus um so bolscheindlicherer Politik treiben zu können. Aber dieses Phrasenmäntelchen ist nachgerade so zerklüftet, daß es die reaktionäre Bloß-Wildheit des Freisinn nicht mehr zu verdecken vermag!

### Junkerdreißigkeit!

Ein Edelster und Vester, ein Kuhnleier des feines gleichzeitig plutokratischen und agrarischen Charakters wegen doppelt annuitigen Dreiklassenwahlsystems, ein Herr v. Jagow, zieht aus den Straßendemonstrationen des Proletariats den Schluss, daß das Reichsvereinsgesetz noch mehr verschlechtert werden müsse. Bei den „jüngsten Straßentravallen“ (1) hätten „halbwüßige unreife Burchen einen Hauptbestandteil der Erzedenten“ gebildet. Diesen sei die geforderte Wahlrechtsreform an und für sich völlig gleichgültig gewesen, sie hätten lediglich an „Schreien und Johlen“ Geschmack gefunden. Und deshalb, weil der — nur in der Scharzmacherphantasie des Junkers v. Jagow existierende — „Hauptbestandteil“ von „unreifen Burchen“ mit den Wahlrechtsdemonstrationen gar nichts zu tun hatte, soll — gemäß einem konservativen Antrag — das Reichsvereinsgesetz die Altersgrenze an der Teilnahme von Versammlungen auf 20 Jahre erhöhen!

Ist auch die junkerliche Logik noch so schwach — die junkerliche Dreißigkeit ist um so stärker! —

### Wahlrechtsbewegung in Bremen.

Die Bürgerschaft (das Parlament) der Selbststadrepublik Bremen lehnte einen sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Bürgerschaft mit etwa 80 gegen etwa 18 sozialdemokratische und 10 bürgerliche Stimmen ab und überwies die sonstigen Anträge auf Reform des bürgerchaftlichen Wahlrechts einer Kommission. —

### Die Sozialistendebatte

im badischen Landtage, welche sich infolge der provokierenden Angriffe des Ministers v. Bodman auf die Sozialdemokratie entspann, fand am Mittwoch ihren Höhepunkt in der Abwechrebe des Genossen Rechtsanwalts Dr. Frank, der auch die Industriestadt Mannheim im Reichstage vertritt. Er verwies den Minister bezüglich seiner Erklärung: ein Sozialdemokrat könne in staatlichen oder städtischen Diensten nicht gebildet werden, auf die positive Tätigkeit der 1000 sozialdemokratischen Gemeindevertreter und der drei sozialdemokratischen Bürgermeister Wabens. Gerade die konservative Partei habe der Minister ins Präsidium bringen wollen — es ist ihm allerdings nicht gelungen —, deren preussische Vertreter für die Beseitigung des Reichs-

tagswahlrechts einzutreten. Der Vorwurf, die Sozialdemokratie arbeite im Sinne des Auslandes, werde ob seiner Wirkung durch die jüngste Rede des Sozialisten Jaurès in der französischen Kammer — Marokko-Affäre — glänzend widerlegt. Die badische Sozialdemokratie könne sich für ihre revolutionäre Gesinnung auf die Vorfahren der badischen Liberalen berufen, die 1848 den Großherzog Leopold aus dem Lande gejagt hätten. Die badische Regierung könnte durch Verhinderung der Besteuerung des Tabaks, durch Beseitigung der Schäden der badischen Hausindustrie und durch geeignete Maßnahmen der auch in Baden herrschenden Arbeitslosigkeit sich um das Wohl der Arbeiterschaft bessere Verdienste erwerben, wie durch den „Rechtweis“, daß die Sozialdemokratie verneinend, antinational und umstürzlerisch sei. Der Minister habe von einer brüderlichen Behandlung unserer Partei gesprochen; bis jetzt sei auch in Baden die Sozialdemokratie als ein Stiefkind betrachtet worden. —

### Gegen das Reichsvereinsgesetz!

Eine starke Bewegung gegen den Reichsvereinsgesetzentwurf macht sich in Württemberg geltend. In allen Städten und größeren Orten finden Protestversammlungen statt, die durchgängig sehr zahl besucht sind. Von der Stuttgarter Leitung der christlichen Gewerkschaften sind die christlichen Gewerkschaftler im Lande angeworben worden, die von der sozialdemokratischen Partei und den modernen Gewerkschaften einberufenen Versammlungen nicht zu besuchen. Trotz dieser Weisung stehen die Arbeiter geschlossen zusammen. —

### Aus einer kleinen Garnison.

Vor dem Kriegsgericht der 88. Division in Erfurt standen die Leutnants v. Kurozadi (Infanterieregiment Nr. 66 in Bielefeld), Wille und Rosenow (Infanterieregiment Nr. 71 in Sondershausen). Sie haben nach einem Liebesmahle ihrem erwarteten Todestrange dadurch Ausdruck zu geben versucht, daß sie vor dem Kasino allerlei Fechterkunststücke ausführten. Dabei rumpelte der Leutnant v. Kurozadi zwei vorübergehende junge Mädchen an. Als die sich das verboten, erschien das dem Leutnant mit dem russischen Namen nur als eine erwünschte Gelegenheit, sich einen „Ill“ mit den Damen zu leisten. Er machte sich unter allerlei Redensarten an deren Seite, war trotz allen Protestes nicht fortzubringen. Schließlich versuchte er, die eine der beiden um die Taille zu fassen. Die übrigen beiden Leutnants waren indessen auch herangezogen und einer von ihnen soll den v. K. in heftiger Weise gegen die beiden Mädchen gestochen haben.

Das Trifolium folgte nun den beiden Mädchen bis zu deren nahegelegenen Wohnung, wo sich ihnen nochmals v. K. in der Haustür entgegenstellte, doch mußte er von weiteren Verlastigungen absehen, da ein Verwandter der Mädchen auf deren Klingeln hinzulam.

Das Gericht sah die Sache als belanglos an. Wille und Rosenow wurden freigesprochen und nur v. Kurozadi erhielt — 60 M Geldstrafe.

### Militärjustiz.

Eine furchtbar harte Strafe wegen einiger geringfügiger Vergehen verhängte das Kriegsgericht in Dresden gegen den Soldaten Rothe vom Infanterie-Regiment Nr. 103 in Zittau. E. Rothe hatte sich wegen Ungehorsam, Geharrens im Ungehorsam, Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung, Beleidigung eines Vorgesetzten und Selbstbefreiung zu verantworten. Der Angeklagte befand sich am Neujahrstage in einem Tanzlokal. Hier soll er zu einem Zivilisten eine Bemerkung mit Bezug auf den Sergeanten, den Führer einer Wirtshauspatrouille, gemacht haben. In einem anderen Lokal trafen sich der Angeklagte und der Sergeant wieder. Auch hier soll Rothe mehrere Befehle des Vorgesetzten nicht befolgt, sondern sich höchst ungebührlich benommen haben. Als dann der Sergeant zur Arrestur des Soldaten schritt, soll letzterer die Flucht ergriffen haben.

Der Angeklagte gibt an, von dem Vorfall nichts zu wissen, da er betrunken gewesen sei. Der Sergeant bestätigt jedoch alles dem Angeklagten zur Last gelegte; betrunken sei Rothe nicht gewesen. Ein Kamerad Rothes gibt an, daß dieser sehr betrunken gewesen sei. Einem Feldwebel hat Rothe an dem fraglichen Abend keine richtigen Antworten gegeben und dieser habe ihn deshalb gehen lassen in der Annahme, Rothe sei betrunken, jedoch müsse er behaupten, daß R. nicht sinnlos betrunken gewesen sei. Der Vertreter der Anklage beantragte schließlich gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Derartige Disziplinlosigkeit müssen seiner Ansicht nach streng bestraft werden.

Das Kriegsgericht verurteilte denn auch den Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis und verfügte dessen sofortige Inhaftnahme.

### Die preussische Wahlrechtsbewegung und die deutschen Arbeiter im Ausland.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Mit gespanntem Interesse verfolgt man in der Schweiz die Entwicklung der preussischen Wahlrechtsbewegung. Kämpfe gegen schwindelhafte Wahlsysteme sind auch in der Schweiz mit den Partizipern und Oligarchen geführt und der Triumph des Reichs und des gesunden Menschenverstandes ist erzwungen worden. Auch heute noch werden für die Erringung der Proportionalwahl harte Kämpfe geführt, und es ist sicher, daß der in diesem System stehende vernünftige Gedanke ebenfalls in absehbarer Zeit auf der ganzen Linie siegen wird, nachdem er bereits in einem halben Dutzend Kantonen mit Erfolg verwirklicht worden ist.

Die in der Schweiz weilenden deutschen Arbeiter sind Zeugen der vielen Wahlen und Volksabstimmungen und lernen so aus alltäglicher praktischer Anschauung die politischen Rechte ihrer schweizerischen Nebenarbeiter und Genossen kennen. Da kommt dem Arbeiter aus Preußen das ganze Elend des dortigen Dreiklassenwahlrechts zum vollen und drückenden Bewußtsein und er schämt sich vor sich selbst, ein Preuße zu sein. Da sollten die Korren von Ausdeutschen kommen und predigen, der Deutsche im Ausland müsse den Stolz des Deutschen zum Ausdruck bringen. Stolz auf was? Auf die Schmach des preussischen Dreiklassenwahlrechts, über das ein Schweizer nur den Kopf schütteln kann?

Die organisierten deutschen Sozialisten in der Schweiz haben begonnen, die Propaganda für den Gedanken der preussischen Wahlrechtsreform an Hand zu nehmen. In Zürich findet am 29. Januar eine bezügliche öffentliche Versammlung statt, in Winterthur referierte darüber in einer am 27. Januar stattgefundenen Versammlung Genosse Jinner, und fand hier folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 27. Januar 1908 im Saale des Allgemeinen Arbeiterbildungsvereins in Winterthur tagende, gut besuchte Versammlung der Mitgliedschaft der deutschen Sozialisten begrüßt die von der preussischen Sozialdemokratie eingeleitete Wahlrechtsbewegung für die Abschaffung des schwindelhaften Dreiklassenwahlrechts, dieses 57jährigen schweren Unrechts am Volke; sie verurteilt die völkerverfeindliche, reaktionäre Haltung des Fürsten Bülow und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das arbeitende Volk durch ausdauernden und tatkräftigen Kampf gegen das Völlwerk der Reaktion endlich die Einführung des Reichswahlrechts an Stelle des die Massen entrechtenden Dreiklassenwahlrechts erringen werde.“

Es steht zu erwarten, daß unsere Genossen an allen anderen Orten der Schweiz sich ebenfalls rühren und zur preussischen Wahlrechtsbewegung Stellung nehmen werden.

Die diesjährige Märzfeier wird im Zeichen der preussischen Wahlrechtsbewegung begangen werden.

### Aufspaltung zu Gewalttaten!

So oft die Sozialdemokratie auch festgestellt hat, daß die Streikdemonstrationen fürs Wahlrecht absolut friedliche waren, daß Gewalttätigkeiten lediglich von der Polizei begangen worden sind; unsere Scharmacher schwauchen immer wieder von dem gewalttätigen Charakter dieser durchaus friedlichen Kundgebungen. Sie brauchen diese Fälschung der Tatsachen, um das Blutvergießen gegenüber Wehrlosen zu rechtfertigen. Sie brauchen sie, um neues Bürgerblut fließen zu lassen!

Kein normaler Mensch, der auch nur einen Schimmer politischen Verständnisses hat, kann der Sozialdemokratie bei ihren Demonstrationen gewalttätige Absichten zutrauen. Ein solcher Abschwächung schlägt ihrer ganzen Taktik ins Gesicht. Tut nichts; man schiebt ihr ungeniert solche Absichten unter, um desto unversorgener mit dem Säbel rasseln zu können!

So machte in Hannover bei der Kaisergeburtstagsfeier General v. Stunzner in seinem Toast folgende Ausführungen:

Freilich können ihm (dem Kaiser) auch bittere Erfahrungen und schwere Kränkungen nicht fehlen, wenn er sein Streben erfolglos sieht, wenn sein Tun und Wollen mißverstanden wird, wenn er es sogar erleben muß, daß Tausende verführte und aufgeregte Unterthanen der Staatsgewalt mit Gewalt zu drohen wagen. Aber Gottlob, meine Herren, noch steht die bis in den Tod getreue Armee, noch stehen Millionen pflichttreuer, ihrem Kaiser und König, ihrem deutschen Vaterlande ergebener Männer, die bereit sind, die heiligsten Güter der Nation, die Preußen groß und Deutschland einig gemacht haben, zu verteidigen und zu schützen.

Die „heiligsten Güter der Nation“ und die „Unterthanen“, die nicht mehr existieren, wollen wir dem Herrn General schenken. Aber ein Mann, der von Politik nicht das geringste versteht, sollte es jedenfalls unterlassen, den gewerbdemäßig und bewußt die Tatsachen fälschenden Scharmachern aus Fahrlässigkeit Konkurrenz zu machen!

Wenn am 9. und 12. Januar Gewalt geübt wurde, wenn seitdem unaufhörlich mit der Gewalt gebroht wurde, so geschah das nicht von der Sozialdemokratie!

### Ein skandalöser Rechtsbrauch.

Auf den Reichseisenbahnen, die der Verwaltung und Kontrolle des Reiches unterstehen, macht sich immer mehr der preußische Geist der Unterdrückung und Vergewaltigung breit. Schon im Jahre 1900 erregte es gewaltiges Aufsehen, als die Reichseisenbahnverwaltung den Eisenbahnarbeitern den Beitritt zum Sächsischen Eisenbahnarbeiterverband verbot und zwei bereits bestehende Ortsgruppen in Straßburg und Bischheim auflöste. Mit diesen Maßregeln war aber die Entrechtung der Eisenbahner noch nicht vollständig. Dem fortgesetzten Rechtsbrauch, den man hier an den Eisenbahnen übt, wurde gelegentlich der Wahlrechtsversammlungen im Reichslande die Krone aufgesetzt. Am Sonnabend wurden in Bischheim die Arbeiter vor die Werksmeisterbureaus gerufen, wo ihnen erklärt wurde, daß sie die öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen, die von der sozialdemokratischen Partei zugunsten des allgemeinen Wahlrechts veranstaltet werden, bei Maßregelung zu meiden haben; die Verwaltung dürfe eben selbst nicht. Damit wäre man in Preußen-Deutschland glücklich zum System der Staatsknechts gelangt. Kein Koalitionsrecht, kein Wahlrecht zu den Landparlamenten, das Wahlrecht zum Reichstag beschränkt durch Verhängung der Arbeiter und Spitzel, kein Versammlungsrecht; wer wollte sagen, daß sich Preußen-Deutschland im Zeichen des konfervativ-liberalen Ad- und Krach-Blochs nicht zu einem Eldorado der Freiheit ausbilde. Es ist charakteristisch, daß die herrschenden Gewalten es gerade in der Ära der konfervativ-liberalen Blockpolitik unternehmen dürfen, die Entrechtung der Staatsarbeiter zu vollenden.

### Frankreich.

#### Arbeiter als Geschworene.

Paris, 27. Januar. (Eig. Ber.)

Die Offiziösen Friends kündigen eine „sozialistische“ Reform des neuen Justizministeriums an: Die Zulassung der Arbeiter zur Geschworenenbank. Der Titel ist etwas ungenau, denn die Arbeiter waren auch bisher nicht gesetzlich ausgeschlossen. Das Gesetz bestimmt, daß nur landwirtschaftliche Knechte, Domestiken und Analphabeten nicht Geschworene sein können. Dagegen haben Personen, die vom Ertrag ihrer Handarbeit leben, das Recht, sich von der Ausübung der Geschworenenamts dispensieren zu lassen. Die Departementkommissionen, die die Geschworenenlisten zusammenstellen, nahmen das Bestreben bisher einfach vorweg und trugen Handarbeiter gar nicht erst ein — „aus Humanität“, wie heute das edle „Journal des Debats“ sagt. ... Friend will nun die Kommissionen anweisen, künftig auch die Arbeiter einzutragen. Allerdings ist mit der Eintragung wenig getan, da doch die ausgeschlossenen Vorkandidaten während der Geschworenenmission auch leben und ihre Familien erhalten müssen. Bisher bekamen nur die Geschworenen, die außerhalb des Gerichtsbezirks wohnen, eine Entschädigung für „Déplacement“. Nach Andeutungen des „Matin“ wird das Recht auf Entschädigung wohl ausgedehnt werden, aber daß es nicht auf eine Befolgung der Geschworenen, ohne die das Recht der Arbeiter auf das Geschworenenamt eine bloße Phrase bleiben muß, abgesehen ist, geht daraus hervor, daß das Recht auf Dispensierung für die Arbeiter aufrecht erhalten bleiben soll. — Eine ernste Reform müßte durch Einführung einer Befolgung und durch Schutzbestimmungen gegen die Entlassung wegen Einziehung zum Geschworenenamt die Möglichkeit schaffen, das Geschworenenamt auch für die Arbeiter obligatorisch zu machen.

### Holland.

#### Das Niederländische Komitee für das allgemeine Wahlrecht.

Amsterdam, 27. Januar. (Eig. Ber.)

Am Sonntag fand in Utrecht die Generalversammlung des holländischen Wahlrechtskomitees statt. Vertreten waren alle angeschlossenen Landesverbände, 18 örtliche Komitees, 7 provinzielle und 2 andere Vereine. Der Vorsitzende, Parteisekretär Genosse N. S. van Kunkhof, sagte in seiner Eröffnungsrede: Der über dem allgemeinen Wahlrecht liegende Nebel sei noch immer nicht weggezogen. Was zu erwarten stehe, wisse man noch nicht, ein gutes Zeichen sei aber, daß mit dem gestürzten liberalen Ministerium auch der Planverfassungartikel betr. das Wahlrecht verschwunden sei. Von der Arbeiterklasse hänge es nunmehr ab, welches Wahlrecht sie erhalte. Es müsse dieses Jahr eine lebendige, starke Wahlrechtsbewegung eingeleitet werden, die in Wäldern nicht mehr von dem seligen Komitee, sondern gemeinschaftlich von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dem Niederländischen Verbande der Gewerkschaften geführt werden müsse! Redner konstatierte, daß die Wahlrechtsdemonstrationen des holländischen Proletariats immer mehr an Bedeutung gewannen und daß sich stets mehr Organisationen an ihnen beteiligten. Die Diskussion knüpfte an die auch im Jahresbericht des Komitees schon des näheren als notwendig erkannte Ersetzung des Komitees durch eine gemeinschaftliche Führung der Wahlrechtsbewegung seitens der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaftszentrale an, welche letztere bisher noch den politisch-neutralen Standpunkt einnimmt und

sich weigerte, direkt für das Wahlrecht einzutreten. Das Komitee hofft, daß hierin bald Wandel eintrete.

Beschlossen wurde, die diesjährige Wahlrechtsdemonstration im Haag, dem Regierungssitze und dem Sitze der Ersten und der Zweiten Kammer, stattfinden zu lassen! Ferner wurde beschlossen, eine Flugdrift über das allgemeine Wahlrecht in 200 000 Exemplaren in Holland zu verbreiten, provinzielle Meetings und Demonstrationen sowie Demonstrations-Versammlungen zu veranstalten.

Zum Schluß hielt Genosse Van Hinte ein Referat über Wahlrechtskampf und Gewerkschaftsbewegung, worin er unter starkem Beifall die Teilnahme der Gewerkschaften für notwendig erklärte, da selbst die stärkste Gewerkschaft nicht imstande sei, einen großen Teil ihrer Forderungen ohne den Wahlzettel durchzuführen.

### Marokko.

#### Mulay Hafid im Vormarsch auf Seltat.

Aus Casablanca wird telegraphiert, daß Mulay Hafid im Vormarsch auf Seltat ist. Nach einer Tanger Meldung aus Eingeborenenkreisen steht der Gegenkultan an der Spitze einer bedeutenden Truppenmacht nur noch eine Tagereise von Seltat. Gestützt sich das, so ist die Möglichkeit eines Zusammenstoßes Mulay Hafids mit den Franzosen in greifbare Nähe gerückt. Denn nach einer früheren Nachricht aus Casablanca beabsichtigt General d'Amada in einigen Tagen von neuem gegen Seltat zu marschieren und den Ort endgültig zu besetzen.

### Kommunales.

#### Stadtverordneten-Versammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 5 Uhr. Der Vorsteher Richelot eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für den verstorbenen früheren Stadtsyndikus und Stadtläkter Neubrin.

Die ständigen Ausschüsse haben sich konstituiert. Die Wahl der Ausschüsse zur Vorbereitung der Anträge Barth (N. 2.) betr. die Zahnpflege der Schulkinder und Arons (Sog.) betr. Errichtung städtischer Krippen und Kindergärten hat stattgefunden; die sozialdemokratische Fraktion ist in ersterem durch Dr. Arons, Koblenzer, Dr. Weyl, Burm, in letzterem durch Dr. Arons, Vormann, Manasse, Burm vertreten.

Seitens der sozialdemokratischen Fraktion war folgender bringliche Antrag am vorigen Donnerstag eingebracht worden:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat aufzufordern, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um die zurzeit in Berlin herrschende Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu lindern. Infolge Widerspruchs des Stadts. Kommissen (Fr. Dr.) konnte die Beratung des Antrages in der vorigen Sitzung noch nicht erfolgen; heute steht er an erster Stelle der Tagesordnung.

Es wird Ausschuhberatung des Antrages beantragt. Stadts. Dupont (Sog.): Das düsterste Kapitel in der Geschichte des Kapitalismus ist wohl das der unerschuldeten Arbeitslosigkeit. In Zeiten der geschäftlichen Blüte steigt die Zahl der Arbeitslosen lawinenartig an; das war vor 7 Jahren der Fall und ist es auch diesmal wieder. Vor 7 Jahren rechnete man an Arbeitslosen mit ihren Angehörigen die Zahl von 122 000 heraus; diese Zahl wurde von den organisierten Arbeitern festgestellt. Diesmal haben wir ebenfalls eine Zählung vorgenommen; wir haben keine Ursache, die Ziffern irgendwie höher zu schrauben als sie in Wirklichkeit sind. Diesmal sind

#### 55 000 Arbeitslose

herausgerechnet worden. Nicht sämtliche Arbeitslose werden damit getroffen. Sogar von der Zeitung des Zentralarbeitsnachweises wird zugestanden, daß eine ganze Anzahl Arbeitsloser sich nicht melden, weil sie

#### gar keine Aussicht auf Arbeit

haben. Aus meinem Beruf könnte ich Ihnen ein Ebenbild von der Arbeitslosigkeit sogar zur Zeit der Hochkonjunktur entrollen. Das ist ein kleiner Beruf, die kunstgewerblichen Bildhauer; aber auch die großen Berufe, die Banenarbeiter, Holzarbeiter, kommen jetzt in Betracht; die Handwerker, Schmied, Fuhrwerker, Tischler spielen heute eine Rolle; dazu kommen die ungelerten Arbeiter, die wir durch Zählung gar nicht recht erfassen können. Solche statistischen Feststellungen sollten nun eigentlich eine Aufgabe der Stadt sein, aber diese läßt uns hier im Stich. Einer unserer Abhilfevorschlüge richtet sich denn auch auf einen Ausbau des städtischen statistischen Bureau zum Zwecke der Erkennung und zwar möglichst dauernd, der Arbeitslosigkeit. Es wird nun von gewisser Seite, auch im „Berliner Tageblatt“, der Notstand geleugnet. Wenn der Arbeiter in besserer Meinung und reinerer Wäsche Arbeit suchen muß, so ist der Notstand äußerlich nicht zu erkennen, so sehr er auch vorhanden ist. Wir behaupten, daß, wenn auch die Ziffer der Arbeitslosen nicht ganz so hoch wie vor 7 Jahren sein sollte, trotzdem ein Notstand vorhanden ist; wenn 10 000 weniger Arbeitslose sind, ist darum doch der Notstand nicht beseitigt. Die wirtschaftliche Depression ist erst im Anzuge; wir wollen daher auch schon auf die kommenden Uebelstände hinweisen. Der Bruder unseres Stadtrats Münsterberg hat erst neulich im Abgeordnetenhaus erklärt, der hohe Zinsfuß sei eine Folge der rückläufigen Konjunktur, die sich besonders im Baugewerbe bemerkbar mache und zu der großen Arbeitslosigkeit führe. Andererseits wird es so dargestellt, als wenn wir Sozialdemokraten alles tun, um die Zahl der Arbeitslosen in Berlin künstlich zu vermehren, ein Scharfmacherblatt, die „Deutsche Arbeiterzeitung“, behauptet sogar, die Sozialdemokratie zöge Arbeiter aus der Provinz zu diesem Zwecke heran. Ist dort die Zahl der Arbeitslosen etwa geringer geworden? In Frankfurt a. M. ist die Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit der Abhilfe

#### amtlich zugestanden

worden. In Magdeburg meint man, die Arbeitslosigkeit sei da, aber kein Notstand. Die „Arbeiterzeitung“ sucht also lediglich die Arbeiterklasse zu diskreditieren! Es wird sich zeigen, daß infolge der Arbeitslosigkeit, besonders wenn die Krisis eine schlechtere geworden ist, die Krankenziffern weiter steigen werden, die Kindersterblichkeit bedauerlicher. Die Höhe der Lebensmittelpreise wird die Folgen der Arbeitslosigkeit besonders fennlich machen. Von den seelischen Leiden der Arbeitslosen will ich gar nicht reden. Daß wir hier in diesem Saale die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen können, wissen wir; aber etwas könnte getan werden bei der Beratung der Verzinsungssteuer angebunden hat — ich wünsche nur, daß der Oberbürgermeister von damals dem Oberbürgermeister von heute zur Seite steht. — An praktischen Vorschlägen zur teilweisen Abhilfe des Uebels nennen wir: Befreiung aller angefangenen Bauten und solcher, für die bereits Bauplätze in den Etat eingestellt sind. Da ist die Inselbrücke, die Pullenbrücke, die Babenbrücke an der Schillingbrücke, da sind die Arbeiten an den städtischen Straßenbahnen. Sodann: schleunige Ausführung derjenigen kleineren Umbauten und Reparaturen, die sich durch sofort vorzunehmende Baubereitungen als ausführbar erweisen; sofortige Inangriffnahme der Arbeiten am Schillerpark und in sonstigen Parkanlagen. Dem Magistrat wäre hier anzuzugeben, mit den Entlassungen von städtischen Arbeitern dann etwas vorsichtig zu sein, wenn eine Krise im Anzuge ist, wie es der Fall war im Ausgange des vorigen Jahres; da sind zweihundert Vorarbeiter entlassen worden. Die Kommune Berlin hat sich den Arbeitern gegenüber etwas anders zu stellen als der Privatunternehmer. Ein fernerer Vorschlag wäre

#### Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 8 Stunden

bei Vermehrung jeder Ueberarbeit und Doppelschicht. (Aufse: vier Stunden!) Auf diesen Einwand gehe ich nicht ein, er charakterisiert

sich selbst! Die Forderung des Achtstundentages ist sozialpolitisch so gerecht, daß sie kein Liberaler heute mehr ablehnen sollte. Die Kleinere Zahl der Liberalen, die sogenannten Ideologen, sind es allerdings bloß, die diesen Standpunkt teilen. Es sollen ja die städtischen Betriebe, wie die staatlichen, Musterbetriebe sein; hier sollte also Berlin vorangehen. In einzelnen Berufsgruppen haben wir bereits eine kürzere Arbeitszeit. Wir wollen nichts Unausführbares. Ein weiterer Wunsch geht dahin: Aufseherung an die Staatsregierung, die für Berlin geplanten Anlagen schleunigst zu beginnen. Es kämen da allein für die Stadtbahn 855 000 M. in Betracht, wenn das auch noch nicht alles bewilligt ist; dann für den Ausbau des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten 800 000 M., für Neubauten auf der Museumsinsel 600 000 M., 2. Rate für das Polizeipräsidium 470 000 M. usw. Hier könnten beachtenswerte Erfolge erzielt werden. Daß die Lösung des Arbeitslosenproblems in der heutigen Gesellschaft durch eine Reichsarbeitslosenversicherung erreicht werden könnte, haben wir öfter ausgesprochen. Dazu ist aber keine Aussicht. In Württemberg ist von unserer Seite beantragt, daß die Gemeinden einen besonderen Arbeitslosenfonds errichten sollen, der als besondere kommunale Anstalt verwaltet werden soll. Eine Armenunterstützung zum Zweck der Linderung der Arbeitslosigkeit lehnen wir ganz entschieden ab. Auch Sie sollten das begreifen; wer Armenunterstützung erhält, geht seines politischen Rechtes verlustig, und das dürfen wir und dürfen Sie niemals bezweifeln. Gewisse Herren haben ja gemeint, es dürfe auf diesem Wege nichts geschehen; ein Herr v. Burgdorff machte einen Zusatzentwurf in das unbegrenzte Land der Dumheit und kam mit der Anschauung zurück, daß man doch immer rechnen müsse mit der angeborenen menschlichen Faulheit und daß man dann alle Arbeiter an der Staatskrippe haben würde. Das beklugtet allerdings die Situation, von diesen Herren ist im Landtage nichts zu erwarten; deshalb kommen wir an die Kommune Berlin. In dem Ausschuh, der beantragt ist, werden wir uns darüber ausführlich unterhalten können. Das Genet System empfehlen wir Ihnen, welches in der

#### Zuwendung kommunaler Subventionen

an diejenigen Organisationen besteht, welche die Last der Arbeitslosenunterstützung auf sich genommen haben. Die Opfer, die gebracht werden müssen, sind außerordentlich; die Buchdrucker, die Holzarbeiter haben ganz enorm höhere Summen zahlen müssen für unerschuldete Arbeitslosigkeit — wohlgerne, ganz ohne Rücksicht auf Streiks und Auspöhrungen, die kommen bei allen diesen Zahlen, auch der Arbeitslosen nicht in Frage. Die Unterstuhung betrug 2 1/2 Millionen bei den freien Gewerkschaften; mit den anderen Gewerkschaften zusammen 3 1/2—3 3/4 Millionen; eine hoch anerkennenswerte Leistung. Die Auspöhrungen haben 5 1/2 Millionen Ausgaben verursacht. Der Bürgermeister von Charlottenburg hat bei Beratung des analogen Antrages diese Leistung ausdrücklich anerkannt, will aber nicht, daß dieser spontane Trieb der Selbsthilfe gestört werde (Zurufe). Wenn Sie sich auch auf diesen Verlegenheitsstandpunkt stellen, dann werden wir nichts erreichen. Es ist ja sehr bequem, Pflichten abzuwälzen, und wir meinen, die Gesellschaft hat hier Pflichten, für die Arbeitslosen einzutreten. Ferner muß dafür Sorge getragen werden, Wärmehäusen einzurichten. Die eine vorhandene kann unmöglich bei einer vielleicht jahrelang andauernden Krise ausreichen sein. Es müßten da auch Speisen zum Selbstkostenpreise abgegeben werden. Ferner: schleunige Inangriffnahme der Speisung von Schulkindern. Der Magistrat will bekanntlich 20 000 M. geben, aber die Speisung nicht von Stadtwegen stattfinden lassen. Das ist keine Lösung dieser Frage; die 20 000 M. sind ein Tropfen auf einen heißen Stein. Ferner mögliche Nachsicht in der Besteuerung der städtischen Steuern, soweit dadurch das Wahlrecht nicht gefährdet wird. Wir haben diese Forderung, wie Sie sehen, äußerst vorsichtig gefaßt. Wir gehen nicht soweit, zu beantragen, eine weitere Steuerstufe unerhoben zu lassen. Endlich Fürsorge für eine fortlaufende Statistik des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit. Das Reich führt eine laufende Arbeitslosenstatistik mit Hilfe der Gewerkschaften und der Gewerbevereine; die Reichsstatistik wird durch diese Mitwirkung der Sozialdemokraten nicht geschädigt, also braucht auch Berlin das nicht zu fürchten. Was bisher verlautete, zeugt nicht von großem Entgegenkommen des Reiches des Berliner statistischen Bureau. Auch hier hat ein Interview stattgefunden, wobei der Herr meinte, man müßte unterscheiden diejenigen, die nicht arbeiten wollen. Einem Statistiker ist es nicht würdig, sich in der Weise auszulassen, daß auch solche da sind, die nicht arbeiten wollen. Das müßte er anderen überlassen; er hat nur diejenigen zu zählen, die als arbeitslos gekennzeichnet sind. Ich hoffe, daß im Ausschuh über diese Frage eine Verständigung zu erlangen sein wird. Die neueste Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ gibt ein Bild auch von der Arbeitslosigkeit in Berlin; die Arbeitslosigkeit blieb danach im Dezember um 20 Proz. gegen das Vorjahr zurück. Endlich erneuern wir den Wunsch auf Einsetzung einer Kommission für soziale Angelegenheiten. Eine solche Kommission ist unbedingt notwendig, um diese große Frage der Lösung etwas näher zu bringen. Wir vertrauen, daß alle Fraktionen ernsthaft prüfen werden, was wir bringen, und das meiste akzeptieren. Ein solcher Wettbewerb könnte nach außen hin nur die beste Wirkung haben; diese Arbeit ist des Schweiges der Edlen wert. Nehmen Sie den Antrag an! (Beifall.)

Stadts. Gelschmidt (N. 2.): Die Art, wie die Gewerkschaftskommission Arbeitslosenversammlungen veranstaltet hat, ließ doch eigentlich den rechten Ernst vermissen, denn es stellte sich sofort heraus, daß es sich um sozialdemokratische Agitation handelte. Diese Frage muß gänzlich von Parteistandpunkten losgelöst sein und objektiv gewürdigt werden, wenn sich auch nichtsozialdemokratische Arbeiterfreunde für sie einlegen sollen. Die vorgeschlagenen Forderungen müssen irgendwo einen Haken haben. Für Berlin sind 55 000 Arbeitslose „berechnet“ worden; zuverlässig ist die Ziffer nicht, denn sie ruht nicht auf einwandfreier statistischer Grundlage. Die Deputation für Statistik hat heute morgen eingehend die Aufnahme einer solchen Statistik beraten und will damit in nächster Woche fortfahren. Eine statistische Zählung ist sehr wünschenswert, die Verarbeitung des Materials wird aber viele Wochen dauern und dann hat die Arbeitslosigkeit ihre Schärfe schon längst verloren. Der Vorschlag, die städtischen Bauten zu beschleunigen, wird auf allen Seiten gebilligt werden; die Bauverwaltung selbst wird nur zufrieden sein, wenn sie ein rascheres Tempo einschlagen kann. Auch die Staatsregierung könnte vielleicht angegangen werden. Ob das Genet System von uns adoptiert werden kann, darüber ließe sich reden; leider besitzt aber ein Teil der Berufsvereine nicht die nötige Unabhängigkeit nach jeder Richtung, um einer solchen Subvention von Stadt wegen teilhaftig zu werden. Daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit eine Verschiebung des Angebots auf dem Arbeitsmarkt bewirkt wird, ist eine ganz falsche Annahme. Den Abg. Münsterberg hat Herr Dupont ebenfalls falsch verstanden. Bedeutung wäre die Gewinnung einer fortlaufenden Arbeitslosenstatistik. Prof. Silbergleit hat uns heute früh erklärt, auf wie eigentümliche Weise die Notiz in das „Berl. Tagebl.“ gekommen ist, auf Grund einer telephonischen Anfrage! Ihm so wenig wie Dr. Freund gebührt die Verhöhnung, wie sie der „Vorwärts“ den beiden Herren hat zuteil werden lassen. Es ist Pflicht der Wohlwollendigkeit, auch das Urteil der Dr. Freund zu respektieren, da es nach bestem Wissen abgegeben ist. Aufschärfte muß der Versuch abgewiesen werden, diese ersten Fragen tendenziös zu behandeln. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Hier in der Versammlung in das nicht geschehen. Bei dem ersten Versuch, solchen Fragen näher zu kommen, werden Sie bei uns immer Verständnis finden.

Stadtrat Fischel: Der Vorwurf des Antragstellers gegen den Magistrat ist ganz unangebracht. 1901 haben wir die Statistik der Gewerkschaften erbeten, aber die Nachprüfung ergab die Unhaltbarkeit einer ganzen Reihe von Angaben aus einzelnen Betrieben. (Redner gibt eine Reihe von Zahlen.) Die damaligen Erfahrungen verloten nicht dazu, auf diese privaten Zahlen großen Wert zu legen. In der Zwischenzeit hat der Magistrat sorgfältige Beobachtungen angestellt, die ihm allerdings eine ge-

Wisse Ueberblick ermöglichen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes. In den Krankenkassen waren im Januar 1908 immer noch 8000 Mann mehr versichert als im Januar 1907.

eine besondere Not zeigt sich darin nicht.

Ueblich liegt die Sache bei den weiblichen Arbeitern. Im ganzen ergibt sich eine gewisse Verschlechterung des Arbeitsmarktes; aber die zu agitatorischen Zwecken veröffentlichten Zahlen scheinen weit über das Ziel hinaus. Die Belegung des Arbeitsmarktes steht in auffallendem Kontrast zu der Belegung des Obdachs. Die Arbeitsnachweiszahlen können absolut nicht als Kriterium gelten, da der Arbeiter sich oft an mehreren Stellen zugleich bewirbt und überall gezählt wird. (Große Unruhe. Jurufe. Vorsteher: Es ist „Blödsinn“ gerufen worden; ich rufe den Rufen zur Ordnung.)

Arbeitslose haben wir in jedem Winter;

auch gewisse Gelegenheitsarbeiter, Rentenempfänger und Jugendberufe, denen nicht viel an der Arbeit liegt, müssen vorweg abgezogen werden, wenn man eine besondere Not nachweisen will. Die Arbeitslosen infolge des Streiks hat Herr Dupont außer Betracht gelassen; aber zahlreich sind die Fälle, wo die Arbeitslosigkeit herkommt aus früheren Streiks, wie dem Holzarbeiterstreik, dem Maurerstreik. (Stürmische Unterbrechung; Rufe: Aussperzung!)

Streik oder Aussperzung ist mir ganz egal.

(Gelächter.) Eine Kommune, die nachher für die Arbeitslosen eintritt, die durch Streiks arbeitslos geworden sind, reizt geradezu zu Streiks an. Sie hat sich in diese Dinge nicht einzumischen. Für unverschuldete Not ist schließlich die Armenpflege da. Ehe die Kommune an solche Vorschläge herantritt, wie sie eben gemacht worden sind, muß sie alle anderen Wege der Abhilfe prüfen. Berlin hat nicht die Aufgabe, für die einzutreten, die sich durch die Hochkonjunktur nach Berlin verlocken lassen; sie mögen jetzt dahin gehen, wo Arbeit ist, auch in der Landwirtschaft (Große Unruhe). Ja, vom Lande sind sie doch meistens hergekommen! Dem wir in diesen Notstand wollen auch wir mit allem Eifer abhelfen. Für die Fortschaffung des Müllberges an der Stralauer Chaussee wollen wir 800 000 M. auswerfen; auch sonst wollen wir, wo es angeht, für Vermehrung der Arbeitsgelegenheit sorgen. Für falsch aber halten wir, uns

einen Notstand einreden zu lassen,

der nicht vorhanden ist; der Mut der Unternehmer würde noch mehr sinken, und den Schaden tragen am letzten Ende die Arbeiter. Der Achtstundentag schafft doch keinem Arbeiter neue Arbeit, da die Arbeit um so intensiver wird; so hörte man es wenigstens bisher. Die Beschleunigung der Bauten wird möglichst bewirkt werden. Die Arbeitslosenversicherung kann eine Kommune nicht durchführen. Im Ausschuss werden wir uns ja näher unterhalten können. Der Magistrat wird objektiv prüfen und seine Beschlüsse fassen. (Lebhafter Beifall und lautes, andauerndes Rischen. Der Vorsteher bittet, diese störenden Manifestationen doch möglichst einzuschneiden.)

Stadt. Brunsow (A. L.): Herr Dupont stellt es so hin, als ob es sich um einen schrecklichen wirtschaftlichen Niedergang handelt. Im vorigen Jahre haben die Holzarbeiter 6 Monate, die Bauarbeiter 3½ Monate gestreikt, Streiks, die die Genossen des Herrn Dr. Aroux hätten vermeiden können. Wenn also während 9 Monaten 10—15 000 Arbeiter feierten, so sollen die Arbeitgeber daran schuld sein! Für die Holzarbeiter z. B. stimmt das nicht, wir Arbeitgeber wollten Zugeständnisse machen, aber Kollege Glöde, der an der Spitze der Arbeiter stand, hat eine Einigung nicht erreicht. — Als Redner ausführen will, daß die Führer der Arbeiter schwarz genug gesehen hätten und den Rat zur Verständigung gaben, bricht er plötzlich ab, da er sich anscheinend durch die laute Unterhaltung im Saale gestört fühlt.

Stadt. Rommsen (Dr. F.) erkennt die Bedeutung der Frage als so wichtig an, daß Ausschüßberatung geboten sei. Schon um das gegebene Zahlenmaterial prüfen zu können. Eine Kritik liegt nicht vor, nur eine rückläufige Konjunktur, die sich ohne Kritik wieder wenden werde. Die Art, solchen Debatten hier Arbeitslosenversammlungen voranzugehen zu lassen, um im letzten Grunde Propaganda zu treiben, werde die Interessen der Arbeiter nicht fördern. Die Hauptursache der Arbeitslosigkeit hätte in dem Bauarbeiterstreik des Sommers gelegen, durch den die Innenarbeiten des Winters verhindert seien. Die Frage der Arbeitslosenversicherung müsse von Reich wegen geregelt werden. Besser wäre es, daß 10 000 Arbeiter bei 6 Stunden geringeren Lohn hätten, als 8000 vollen Lohn und 2000 ohne Arbeit. Dahin sollten die Arbeiterorganisationen ihre Mitglieder erstehen.

Stadt. Dr. Nathan (soz.-fortsch.): Wir müssen doch endlich einer Frage von solcher Bedeutung auch statistisch so nahe an den Leib rücken, daß sich das beschämende Schauspiel nicht wiederholt, daß um die Zahlen hier ein unfruchtbarer Kampf geführt wird. Ueberall, nicht bloß in Berlin, wird augenblicklich diese Frage der Arbeitslosigkeit diskutiert; es handelt sich gar nicht um eine sozialdemokratische Agitation. Ich verweise nur auf die „Soziale Praxis“ des Prof. Franke. Gesprächsweise hat niemand im Saale die Frage leicht genommen. Der Vorschlag des Stadtrats Fischeb, daß qualifizierte Arbeiter aufs Land gehen und Landarbeit machen sollen, ist unbrauchbar und gegen das Interesse der Arbeiter selbst. Dem augenblicklichen Notstand soll man auch durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit abhelfen, und Herr Fischeb hat ja auch einige Andeutungen in der Richtung gemacht. Wenigstens eine Milderung der Arbeitslosigkeit wäre damit zu erreichen. Die achtstündige Arbeitszeit würde zurzeit unbedingt die Einstellung einer größeren Arbeiterzahl herbeiführen. Auch an die Stadtregierung können herangezogen werden. Aber alle diese kleinen Hilfsmitteln helfen nicht gründlich, helfen kann nur die Arbeitslosenversicherung, die in Dänemark schon rechtens ist. Daneben ist das Genet System auch schon in der deutschen Stadt Straßburg eingeführt. Wenn Herr Fischeb die Maßregel der Versicherung für ganz undurchführbar erklärt, so übersteht er, daß sie zum Programm der deutschen Volkspartei gehört und im Reichstag schon wiederholt erörtert worden ist. Entscheidend für die Versammlung sollte nicht die politische Gegenständigkeit der Parteien sein; hier heißt es, wenigstens eine Strecke Wege gemeinsam zu gehen!

Stadt. Glöde (Soz.): Was Herr Rommsen hier ausführte, hat ja Herr Nathan bereits genügend widerlegt, wir wissen doch nachgerade, daß die von Amerika ausgegangene Krise Deutschland und die ganze Welt in Mitleidenhaft gezogen hat. Stadtrat Fischeb hat die statistischen Angaben der Gewerkschaften für nicht maßgebend erklärt, weil sie 1901 verschiedene Irrtümer enthalten hätten. Sofort nach der damaligen Rede des Herrn Fischeb hat die Gewerkschaftskommission sich die außerordentliche Mühe gemacht, eine Arbeitslosenstatistik vorzunehmen; das Anfang März veröffentlichte Ergebnis war, daß 59 638 männliche Arbeitslose, insgesamt Arbeitslose und deren Kinder 117 000 festgestellt wurden. Trotzdem hat Herr Fischeb den Mut, zu erklären, die Gewerkschaften machten unzuverlässige Statistik. Wir haben in Berlin 250 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, diese bringen für ihre Organisation ungeheure Opfer; Herr Fischeb aber erklärt, die Tätigkeit dieser 250 000 sei für ihn ganz nebensächlich und er lege kein Gewicht darauf. An den Aussperzungen sind doch die Arbeitgeber schuld. Auch was Herr Fischeb vorgebracht hat, ist doch keine Entschädigung für die Aussperzungen. Die Arbeitgeber wollten keine Vertrag, sie wollten Verschlechterungen des Vertrags, sie wollten unter den alten Bedingungen fortarbeiten lassen, aber ohne Vertrag, und weil die Arbeiter dies nicht wollten, wurden sie ausgesperrt, und zwar 10 000 Personen. Und die Folgen einer solchen Aussperzung hat Herr Fischeb den Arbeitern aufzählen lassen! Ich liege es mit der Maurer-Aussperzung, die auch durch die Arbeitgeber verfügt wurde. Die Arbeitgeber wollten keine Verlängerung der Arbeitszeit und mit einer solchen auch keinen Vertrag. Was Stadtrat Fischeb über die achtstündige Arbeitszeit gesagt hat, trifft ebenfalls daneben. Seine nationalökonomischen Kenntnisse

scheinen mit seinen anderen Ansichten allerdings gleichen Schritt zu halten. (Beifall und große Unruhe.) Zuletzt verwies Herr Fischeb auf die Armenunterstützung. Sie kennen unseren Standpunkt, der die Armenunterstützung unter allen Umständen möglichst vermeiden will. Das heißt doch Steine statt Brot geben. Sollen wir Herrn Fischeb erst die Masse der Arbeitslosen vorführen, die da sind und unterstützt werden müssen? Es muß doch die Hunderttausende von Arbeitern ganz eigentümlich berühren, daß ein Stadtrat von Berlin solche Erklärungen vielleicht im Auftrage des Magistrats hier abgibt. Die Kommunen um Berlin sind am Werke: Schönberg gibt 20 000 M., Charlottenburg hat ebenfalls Maßregeln getroffen, um der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten. (Ruf: Wir ja auch!) Sie befolgen jetzt mehr die Taktik, solche Anzeigen in Ausschüssen zu begraben. Wieviel Hoffnung auf die Ausschüßberatung werden wir nicht haben dürfen; das zeigt schon der merkwürdig große Beifall, den Herr Fischeb erntete.

Armenunterstützung wollen wir nicht;

wir wollen weiterbauen auf dem Boden, auf dem die Gewerkschaften vorgearbeitet haben. Auch Frankreich hat schon eine öffentliche Unterstüßung der Arbeitslosenklassen der Gewerkschaften in die Wege geleitet. Sie sollen also hier gar keinen Sprung ins Dunkle machen. Haben Sie den guten Willen, dann müssen Sie auch zur Ueberzeugung kommen, daß solche Einrichtungen auch bei uns angebracht wären. Herr Fischeb sagte, die Leute seien ja vom Lande hierher gekommen. Ich weiß nicht, ob Herr Fischeb vom Lande hierher gekommen ist (Große Heiterkeit); vielleicht wendet er das Rezept auf sich selbst an. Es handelt sich doch um gelehrte Arbeiter; allein unter den Metallarbeitern sind 7000, unter den Holzarbeitern 4320 Arbeitslose, und das sind nicht einmal alle, weil sich eine Anzahl nicht meldet. Herr Fischeb braucht seinen agrarischen Freunden gar nicht auch noch diese Unterstüßung andeuten zu lassen und Hilfskräfte auf diese Weise aufs Land zu dirigieren. In der Provinz hat im Januar dieselbe Arbeitslosigkeit eingetreten wie in Berlin schon im Dezember. Es wäre wirklich angebracht, daß Berlin in die Fußstapfen derjenigen Städte träte, die bereit sind, eine Arbeitslosenstatistik aufzunehmen und Arbeitsämter einzurichten. Wenn die Vorschläge Duponts berücksichtigt werden, kann die Zahl der Berliner Arbeitslosen recht erheblich vermindert werden.

Stadt. Fischeb: Die schweren Vorwürfe, die der Vorredner gegen mich gerichtet hat, habe ich nicht alle verstanden. (Vorredner: „Aber verdient!“) Was ich verstanden habe, zeigt, daß er Unrechtiges sagte. Schönberg hat 20 000 M. bewilligt, wir wollen Ihnen ja eine Vorlage von 7—800 000 M. machen. Herr Dr. Nathan hat hier hohe Politik getrieben; ich habe die Sache kommunalpolitisch behandelt. Die Arbeitslosenversicherung habe ich nur in der Kommune für unmöglich erklärt. Ich habe auch nicht verlangt, daß qualifizierte Arbeiter Landarbeit verrichten. Ich habe hingewiesen auf die Leute, die in den letzten Jahren vom Lande hereingewandert sind, solche, die nichts weiter mitbringen als ihrer Hände Arbeitskraft und die später sehr wohl wieder draußen arbeiten könnten. Worin bestehen denn die Notstandsarbeiten? Das sind doch auch keine qualifizierten Arbeiten, sondern fangbare Arbeiten, Erarbeiten usw. Wenn Sie das von uns verlangen, dann sehe ich nicht ein, was Sie gegen Landarbeit haben können. (Rufe: Winter!) Früher war auch Herr Dr. Freund für Sie ein guter Mann und objektiver Sozialpolitiker; aber wenn er einmal genaue statistische Zahlen gibt und mit unbequemen Ansichten kommt, da ist er ein ganz gewöhnlicher, kenntnisloser Mann, der sozialpolitisch gar nicht mehr mitzählt. Auf diese Tonart, die auch mir gegenüber beliebt wurde, habe ich geantwortet. Ich stehe hier nicht bloß, um mich anzugreifen zu lassen. Wir müssen im Magistrat die Dinge betrachten, wie sie außerhalb sind. Ein Magistrat, der sich nicht dagegen wehrt, der könnte sich begraben lassen. (Beifall und Lachen.)

Stadt. Goldschmidt: Auf den Streik will ich nicht eingehen, ob es sich im Sommer um einen Streik oder um eine Aussperzung handelt, aber ich will noch einmal hervorheben, daß die Führer der Gewerkschaften einen neuen Tarifvertrag eingehen wollten, aber in den Versammlungen der Ruf ertönte: Ihr habt Euch kaufen lassen! Wenn die Arbeiter auf ihre Organisationsführer nicht hören, so ist schuld daran die parteipolitische Berührung durch die sozialdemokratische Presse (Oho! und Widerspruch). Herr Dr. Nathan sagte, wir sollten nicht bei jeder Gelegenheit die tiefe Kluft zwischen Sozialdemokratie und uns aufreißern, wir sollten ein Stück Weges zusammengehen. Ja, wir haben das befolgt, aber immer nur blühigen Lohn von der Sozialdemokratie empfangen. Uns trennt eben eine Weltanschauung, da halte ich eine Annäherung praktisch für ausgeschlossen. Wenn die Sozialdemokraten einen guten Teil des Weges mit uns gehen wollen, so dürfen sie die Sache nicht so darstellen, als gäbe es keine schlimmeren Feinde des Volkes als die Freisinnigen. (Lebhafter lärmender Beifall bei der Mehrheit.)

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Das Schlußwort erhält

Stadt. Singer (Soz.): Herr Dupont scheint Herrn Goldschmidt nicht die gewünschte Gelegenheit gegeben zu haben, seine soeben gehörte gut vorbereitete zweite Rede an Stelle der ersten zu halten! Ich bin darin mit Herrn Goldschmidt einverstanden: Der Liberalismus kann mit der Sozialdemokratie nicht zusammengehen, nachdem sich diese davon hat überzeugen müssen,

daß der Liberalismus unverbesserlich ist,

daß er seine eigenen liberalen Grundsätze nicht durchführen will. Ein solcher Marschgenosse ist unbrauchbar, verderblich und nutzlos. Wenn aber Herr Goldschmidt behauptet, die Schuld am Maurerstreik trage die sozialdemokratische Presse, insbesondere der „Vorwärts“, so erwidere ich, daß das Gegenteil der Fall ist; gerade der „Vorwärts“ hat Zurückhaltung geübt, gerade er hat den Arbeitern Ratsschlüsse zur Vermittlung gegeben. Ich will Ihnen noch mehr vertragen, trotzdem es ja öffentliches Geheimnis ist: Mein Freund Behl und ich haben auf einer Versammlung den Bauarbeitern klar zu machen gesucht, daß es in ihrem Interesse läge, den Kampf zu der Zeit nicht zu führen. Diese Tatsache beleuchtet ja auch die Widersinnigkeit des Urteils, daß die Arbeiter unter dem Terrorismus ihrer Führer ständen. Was Herr Goldschmidt sagte, war also falsch. (Jurufe: Nein! Gelächter.) — Wenn weiter behauptet wurde, daß die Arbeitslosenversammlungen und die Anträge hier im Zusammenhang ständen, so ist ja das auch ganz selbstverständlich. Durch diese Versammlungen wurde bewiesen, daß eine große Arbeitslosigkeit zurzeit in Berlin besteht. Gerade weil wir wünschen, die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt dauernd zu verfolgen, beantragen wir die Erweiterung der Tätigkeit des statistischen Bureaus der Stadt Berlin. Wenn behauptet wird, die Mitarbeit der Organisationen sei nicht zuverlässig, so verdammt doch Herr Silbergleit diese Mitarbeit sonst nicht. Herr Fischeb hat in etwas verächtlicher Art mit einer Statistik in seinen Akten jongliert. Er mußte wissen, daß selbst in den Kreisen, die er am schärfsten wegen jener Unzuverlässigkeit kritisierte, die Erkenntnis, daß diese nicht ausreichend war, wahrgenommen worden ist, und daß im Februar 1901 zwei Millionen Wahlkarten ausgegeben wurden, in den Familien Nachforschungen angestellt wurden, und so eine trotz alledem maßgebende Statistik zustande gekommen ist. — Herr Fischeb hat nun ganz unberechtigte Vorwürfe politischer Natur gegen uns gemacht. Die Wohnung des Herrn Dr. Nathan wird wohl weder bei ihm noch in der Versammlung eine Stätte finden. Herr Fischeb meinte, er könne der Wohnung nicht folgen; ein Magistrat, der nicht in stande wäre, wie er die Dinge richtig anzusehen, könne sich begraben lassen. Ich bin nicht so grausam, dem Magistrat ein Massengrab zu wünschen, aber er sollte sich einen tüchtigen Kollegen zulegen, der Verständnis und Empfindung für eine Sozialpolitik hat, wie sie nicht nur der ersten Stadt des Reiches gebührt, sondern wie sie der seit Jahrzehnten von der Gesetzgebung in Reich, Staat und Gemeinde getriebenen Politik entspricht. Wenn man seine Ausführungen gehört hat (Stadt.

Sachs: Die waren sehr gut!) — Dieser Juruf des Herrn Kollegen Sachs war ein schärferes Urteil über diese Ausführungen, als wie ich es geben konnte. (Beifall.) Herr Fischeb wird kein Marschgenosse für die Sozialdemokraten sein, er marschiert jetzt Arm in Arm mit Herrn v. Aröcher und Genossen (Stadt. Rufe: Sie mit dem Zentrum!) Was er sagte über die Gewerkschaften, das konnte kein noch so großer Schanzmacher aus der Jungergesellschaft stärker sagen als er! (Beifall und Lärm.) Vergewaltigen Sie sich nur, wie er von seinem hervorragenden Platz aus gesagt hat — ich möchte immer noch nicht glauben, daß es namens des Magistrats war — (Zwischenruf: Freitag gibts einen Ruffel! Große Heiterkeit.), wie seine ultima ratio die Armenunterstützung war. Ist das die Auffassung des Magistrats, so bedeutet das der ganzen 25jährigen sozialen Gesetzgebung gegenüber

einen Faustschlag ins Gesicht.

Das Prinzip des sozialen Eintretens für die Gesamtheit gipfelt doch darin, daß sie sich löst von der Armenverwaltung und vertreibt auf die wertvolle Hälfte, welche die Gesellschaft sich untereinander schuldig ist. Dieser Hinweis auf die Armenverwaltung spricht Wunde, und der Liberalismus hat keinen Grund, sich zu freuen, daß einer seiner Vertreter sich zum Mundstück solcher Aufassung gemacht hat. (Stürmische Zustimmung v. d. Soz.) Er hat damit seinen Freunden keinen guten Dienst geleistet, denn diese Auffassung ist mit modernen Anschauungen absolut unvereinbar. Hat die Aera der Modpolitik schon so sehr auf ihn abgefärbt? Er meint er sei provoziert worden. Könnte die Rede Duponts, die geradezu musterhaft sachlich war, zu solcher Bemerkung Veranlassung geben? Die Jurufe, auf die sich Herr Fischeb jetzt berufen wird, waren erst das Echo seiner Ausführungen. Wenn von Provokation gesprochen werden kann, dann hat also Herr Fischeb die Ehre, sie hervorgerufen zu haben. Dr. Freund hat in seiner Publikation gesagt, die einzige Möglichkeit, Hilfe zu bringen, sei, daß die Leute in die Provinz gehen und dort Arbeit und um jeden Preis auch ungelernete Arbeit annehmen. Er bedauert, daß bei dem Kanalbau nachweis es an Arbeitern fehlt, die Leute gingen dort nicht hin; zum Schluß heißt es, es müsse den Arbeitern einmal ernstlich gesagt werden, daß dieses Standesbewußtsein lächerlich sei und ihnen zu Gemüte geführt werden, daß sie sich ein Beispiel nehmen sollen an den höheren Ständen, wie zum Beispiel der Studenten, der Offiziere, der höheren Diener, die alle eben, von ihrem Beschäftigungsstande heruntersteigen müssen, um ohne Staatshilfe leben zu können. — Das ist das Elaborat eines in sicherer Stellung gedeckten Mannes, der dem Unglück der Arbeitslosigkeit den Hohn der Seiten hinzufügt! (Große Unruhe.) Es ist bereits nachgewiesen worden, daß die Beschäftigung gelehrter Arbeiter mit besonderen manuellen Fertigkeiten nicht mit Erarbeiten, Müllabtragen usw. parallel gestellt werden kann. Welches Fetermordio würde seitens der Junker und Agrarier erfolgen, wenn jetzt eine Infation Berliner Arbeitslosen die Provinz überschwemmt! Dieses Urteil des Dr. Freund zeugt von solcher Unreife (Große Unruhe) in der Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse, daß ich es nur als eine Verlegenheitsausrufe bezeichnen kann, die um so unangenehmer wirkt, weil es von einem Manne kommt, dessen Gehalt auch von den Beiträgen der Arbeiter zur Invaliditätsversicherung mit bezahlt wird. (Andauernde große Unruhe.) Verlangen Sie vielleicht, daß wir so auf uns herumhauen lassen? (Lärm und Gelächter.) Der Ausschuss, den Sie einsetzen werden, wird hoffentlich durch die Gewalt der Tatsachen gezwungen werden, den Dingen ernstere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ich nehme nicht an, daß die Verweisung des Antrages an den Ausschuss bloß die Bedeutung eines Begräbnisses hat. Der Ausschuss wird, wenn er objektiv die Richtigkeit der Dupontschen Behauptungen festgestellt hat, hoffentlich die Konsequenzen ziehen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Fischeb: Der Vorredner hat das Vorrecht des Schlußwortes zu Angriffen benutzt, die ich nicht ohne Erwiderung lassen kann. Ich protestiere namens des Magistrats gegen die Angriffe auf den Direktor Dr. Freund. Solche Angriffe sind Golt sei dank in diesem Saale in dieser Art selten vorgekommen. Und wenn Sie von Arbeiterbeiträgen sprechen so meine ich, Herr Singer, so mögen Sie die „Vorwärts“-Redakteure behandeln! (Stürmische Unterbrechung bei den Sozialdemokraten.) Aus meinen Worten hat sich Herr Singer einen Hopanz zurecht gemacht und gegen den polemisiert, unter Ausnutzung des Schlußwortes mich mit Modpolitik, Aröcher usw. angezapft. Meine Ausführung über die Armenunterstützung ist völlig entfielt worden. Unsere Auffassung steht turmhoch über der auch einmal im Reichstag vertretenen, die in dem Worte gipfelle: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“

Durch die Rede des Stadtrats ist die Debatte wieder eröffnet, sie wird aber sofort wieder von neuem geschlossen.

Persönlich bleibt Stadtr. Goldschmidt bei seiner Behauptung stehen, daß der „Vorwärts“ den Bauarbeitern die Kampfentscheidung suggeriert habe. (Ruf: Unwahrheit! Der Vorsteher erteilt dem Rufen einen Ordnungsruf.)

Der Antrag geht darauf an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Der Rest der Tagesordnung bleibt unerledigt. Schluß 10 Uhr.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

In die Kesseln gefeht!

Frankfurt a. M., 30. Januar. (B. G.) Eine harmlose Kaiser-Geburtstagsfeier im Hotel Burghof in Wiesbaden hat nach der „Frankfurter Zeitung“ Anlaß zu einem neuen polizeilichen Mißgriff gegeben. Zwölf Stammgäste des Hotels, Herren der besten bürgerlichen Kreise, feierten Kaisers Geburtstag durch ein kleines Festchen, von dem aus auch eine Gratulationsdepesche nach Berlin gesandt wurde. Bei der Feier wurden einige Lieder mit Klavierbegleitung gesungen. Im Hotel erschienen bald zwei und später 4 Schutzleute, die in barscher Art der Gesellschaft den Gesang verboten. Da man trotzdem meinte, in angemessener Weise weiter singen zu dürfen, tauchte plötzlich ein Schuttmannsaufgebot von 8 Mann unter Führung eines Wachtmeisters auf, um die Herren zu notieren. Den mit „Reil“ titulierten Wirt hätte man am liebsten gleich mitgenommen. Dabei entstand ein solcher Lärm, daß vor dem Haupte das übrige noch durch ein Aufgebot von sechs weiteren Schutzleuten umzingelt wurde, eine riesige Menschenmenge sich ansammelte, die ein schweres Verbrechen vermutete. Nachdem die Polizei ihre Pflicht getan hatte, zog sie unter der Deiterkeit der Menge wieder ab. — Die Affäre wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Allem Anschein nach ist der polizeiliche Eingriff auf ein schlechtes musikalisches Gehör der Beamten zurückzuführen, wodurch sie „Heil dir im Siegerkranz“ nicht von „ausführerischen Liedern“ unterscheiden konnten.

Eure Rede aber sei . . .

Göttingen, 30. Januar. (B. G.) Pfarrer Lang-Heidenbeck ist unter dem Verdacht der Verleitung zum Meineide in einer Untersuchung gegen den Wfender anonym Briefe verhaftet worden.

Ueberzeugungstreu.

London, 30. Januar. Vier Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, die heute morgen verhaftet worden waren, wurden vom Polizeigericht zu Sicherheitsleistung für gutes Betragen oder zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Drei davon entschieden sich für Gefängnis.

Reichstag.

90. Sitzung vom Donnerstag, den 30. Januar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Tirpitz, Dr. Rieberding.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Beratung des Etats für die Verwaltung der kaiserlichen Marine.

Die Budgetkommission beantragt hierzu die folgende Resolution: Den Reichsanwalt zu erlauben, Arbeiten für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten...

Hierzu beantragen die Abgg. Abrecht und Genossen (Soz.), in der letzten Zeile hinter „Arbeiterausschüsse“ einzuschalten „und Arbeiterorganisationen“.

Die Beratung beginnt bei: „Fortdauernde Ausgaben“, Gehalt des Staatssekretärs 44 000 M.

Abg. Dr. Leonhart (fr. Sp.): Die Agitation des Flottenvereins richtet sich gegen England; wir betonen, daß die Vermehrung unserer Flotte sich nicht gegen England richtet, daß wir überhaupt keine Angriffsflotte haben.

andererseits

kann keine Rücksicht auf das Ausland und hindert, den notwendigen Ausbau unserer Flotte vorzunehmen. Der Flottenverein tadelt die lange Bauzeit unserer Schiffe, und in der Tat ist sie zu lang.

Abg. Dr. Strauß (fr. Sp.): Ich möchte die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs auf den Ausschuß der Öffentlichkeit bei den Kriegsgeschichten lenken. Die Öffentlichkeit hat sich vollständig bewährt; aber die Geschäfte der Marinegerichtsbarkeit ist nicht frei von Ausschluß der Öffentlichkeit bei Verfahren gegen Offiziere.

Staatssekretär v. Tirpitz: Ueber den Ausschuß der Öffentlichkeit ist die Marineverwaltung nicht in der Lage, den Kriegsgeschichten Vorschriften zu machen. Bezüglich der Marine-Ingenieure bemerke ich, daß deren Verhältnisse gerade aus eigener Initiative der Verwaltung sehr erheblich verbessert, ihre Stellung wesentlich gehoben ist.

Abg. Legien (Soz.):

Die Antwort, welche der Herr Staatssekretär dem Kollegen Dr. Strauß über den Ausschuß der Öffentlichkeit gegeben hat, wird die Herren Freisinnigen keineswegs befriedigen. Der Herr Staatssekretär erklärt einfach, der Ausschuß der Öffentlichkeit sei durch das Gesetz geregelt, und die Marineverwaltung habe kein Recht, den Geschäften Vorschriften zu machen.

Kleines feuilleton.

Die englischen Studenten und der Sozialismus. Die Gesellschaft für Soziologie an der Universität von Manchester veranstaltete jüngst eine Diskussion über den Sozialismus. Vertreter der studentischen Verbände der Universitäten von Oxford, London, Liverpool, Leeds und Sheffield waren dazu geladen.

Energische Alkoholgegner. Der Kampf gegen den Alkohol wird nirgends mit solcher Energie durchgeführt, wie in den nordischen Reichen. In Finnland unterliegt ein neues Gesetz den Handel mit Spirituosen und in Norwegen geben die städtischen Behörden mit größter Schärfe vor gegen alle jene, die dem Alkohol sich zu freundlich erweisen.

Ein Kulturwerk in Holland, das seit Jahrhunderten geplant ist, wurde am 1. Januar definitiv in Angriff genommen. Es handelt sich um die Trockenlegung der Zuidree. Die Bauarbeiten sind auf acht Jahre berechnet und hofft man bestimmen, daß zwei Jahre später, also im Jahre 1917, das Land kulturfähig sein und Holland damit 10 000 Hektar sehr ertragreichen Boden gewonnen haben wird.

„nicht mit Beschlag belegt“ werden. Der Staatssekretär wird zugeben, daß ein Gerichtsreiber sich nicht ohne weiteres mit Beschlag belegen lassen. Das Gebot, daß die Gerichtsdiener mit den Reportern nicht sprechen dürfen, hat der Herr Staatssekretär überhaupt nicht erwähnt.

Den Ausführungen, welche Herr Kollege Strauß über die Lohn- und Maschinenarbeiter gemacht hat, kann ich mich anschließen; ich will nur hinzufügen, daß es dieser Kategorie (ob sie nun Beamte oder Arbeiter genannt werden, es kommt ihnen auf angemessene Löhne, auf die Möglichkeit einer angemessenen Existenz an).

In meinen weiteren Ausführungen will ich mich auf die Verhältnisse der Arbeiter auf den Werften, hauptsächlich auf der Werft in Kiel, beschränken. Ich habe wiederholt aus dieser Stelle ausser, daß die Arbeiter sollten selbst dafür sorgen, daß Miststände im Betriebe gebeseitigt werden, indem sie an der zuständigen Stelle vorstellig werden und auf Abstellung der Miststände dringen.

Wir haben vielmehr gesehen, daß Arbeiter, welche irgendwie von dem Recht, das sie zu haben glaubten, für die Arbeiter einzutreten, entlassen wurden. In der Betriebskrankenkasse in Kiel ist ein Rechnungsführer auf Kosten des Arbeitgebers, eben der Marineverwaltung, angestellt, außerdem sind noch zwei Hilfsarbeiter auf Kosten der Kasse angestellt.

Die Frage zweifelhaft sein, und der Vorstand der Krankenkasse erklärte deshalb: Da die Rechtsfrage strittig ist, wollen wir eine Entscheidung im Wege des Verwaltungskriteriums bei dem Bezirksausschuß herbeiführen. Als nun ein Mitglied des Vorstandes auf der Forderung bestand, daß man sich an den Bezirksausschuß wenden solle, wurde er kurzerhand entlassen!

Die englischen Studenten und der Sozialismus. Die Gesellschaft für Soziologie an der Universität von Manchester veranstaltete jüngst eine Diskussion über den Sozialismus. Vertreter der studentischen Verbände der Universitäten von Oxford, London, Liverpool, Leeds und Sheffield waren dazu geladen.

Humoristisches.

Die Majestätsbeleidigung in Rasterbeispielen. (Judizelle Majestätsbeleidigung nach Remer Vorbild.)

A geht ins Kaffeehaus und bestellt sich eine Schale Melange. Er schmeckt eine ölige Bohne heraus und schimpft auf den Kaffee. Majestätsbeleidigung! Dem: Der Kaffee kommt aus den Kolonien. Wer den Kaffee beschimpft, beleidigt die Kolonien; und nicht bloß diese, sondern auch die Kolonialpolitik, deren Linien vom Kaiser vorgezeichnet werden.

B kommt unter ein Toff-töff und schreit, indem er sich die zerquetschten Knochen befühlt: Die verdammten Autos soll alle der Teufel holen! Majestätsbeleidigung! Dem: Er hat dergleichen hinzuzufügen: Ausgenommen selbstverständlich das kaiserliche Automobil. C torzelt bei Nacht auf der Straße und singt dabei: „Wer niemals einen Rausch gehabt, der ist kein braver Mann!“ Majestätsbeleidigung! Dem: Er weiß ganz genau, daß der Kaiser niemals einen Rausch gehabt hat. Jas Loch mit dem Löffelmaul!

Notizen.

Theaterchronik. Im Neuen Schauspielhaus ist die Aufführung des neu einstudierten Grillparzer'schen Lustspiels „Beh' dem, der lügt“ auf Dienstag, den 4. Februar, verschoben worden. Die Vorführung der Oper nahm das Singpiel „Das Tanzverbot“, das M. L. Hasenlamp komponiert hat, zur Ausführung an. Theaterbau. Die Wiener Freie Volksschule will ihren Mitgliedern nicht bloß Theaterstücke zu kleinen Preisen bieten, sondern literarisch anregend und neues vermitteln wollen.

entlassen, wohl aber wird der Arbeitgeber unbehagliche Arbeiter entlassen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Genau so liegt es mit dem Arbeiterausschuß; große Bedeutung wird ihm auf den Werften in Kiel nicht beigelegt. Der Oberwerksdirektor, der an allen Sitzungen des Arbeiterausschusses teilnehmen soll, erscheint sehr selten einmal, und wenn er erscheint, so kommt er nur, um den Arbeitervertretern Vorschläge zu machen und verschwindet dann sofort, ohne eine Antwort abzuwarten!

Welche Bedeutung man den Beschwerden des Arbeiterausschusses beilegt.

Zu einem anderen Falle verlangte der Arbeiterausschuß am 3. Oktober 1907 durch schriftliche Eingabe beim Gewerbeamt eine neue Schutzbrille an Stelle einer zerbrochenen. Am 13. Januar 1908 war diese Schutzbrille noch nicht vorhanden! Wenn insulgedessen ein Unfall passierte, so gibt man den Arbeitern schuld! Der Staatssekretär wird sagen: wenn es den Arbeitern nicht paßt, können sie ja gehen. Dieser Grundpaß kann aber bei einem Betriebe, der angeblich ein Musterbetrieb sein soll, nicht maßgebend sein.

Zu einem anderen Falle verlangte der Arbeiterausschuß am 3. Oktober 1907 durch schriftliche Eingabe beim Gewerbeamt eine neue Schutzbrille an Stelle einer zerbrochenen. Am 13. Januar 1908 war diese Schutzbrille noch nicht vorhanden! Wenn insulgedessen ein Unfall passierte, so gibt man den Arbeitern schuld! Der Staatssekretär wird sagen: wenn es den Arbeitern nicht paßt, können sie ja gehen.

Zu einem anderen Falle verlangte der Arbeiterausschuß am 3. Oktober 1907 durch schriftliche Eingabe beim Gewerbeamt eine neue Schutzbrille an Stelle einer zerbrochenen. Am 13. Januar 1908 war diese Schutzbrille noch nicht vorhanden! Wenn insulgedessen ein Unfall passierte, so gibt man den Arbeitern schuld! Der Staatssekretär wird sagen: wenn es den Arbeitern nicht paßt, können sie ja gehen.

Zu allgemeinen geben diese Beschwerden nach zwei Richtungen: Es wird zunächst darüber geflagt, daß bei der Festsetzung der Akkordlöhne ganz willkürlich verfahren wird.

Notizen.

Ein Abt als Vorläufer Darwins. In Brunn soll dem 1834 verstorbenen Abt J. G. Wendel ein Denkmal errichtet werden. (Was überflüssig ist.) Aber nicht uninteressant ist es, daran zu erinnern, daß dieser Abt, der ein eifriger botanischer Experimentator war, in den fünfziger Jahren zur Theorie der Bildung neuer Pflanzenarten kam.

Ein Kulturwerk in Holland, das seit Jahrhunderten geplant ist, wurde am 1. Januar definitiv in Angriff genommen. Es handelt sich um die Trockenlegung der Zuidree. Die Bauarbeiten sind auf acht Jahre berechnet und hofft man bestimmen, daß zwei Jahre später, also im Jahre 1917, das Land kulturfähig sein und Holland damit 10 000 Hektar sehr ertragreichen Boden gewonnen haben wird.

Ein Kulturwerk in Holland, das seit Jahrhunderten geplant ist, wurde am 1. Januar definitiv in Angriff genommen. Es handelt sich um die Trockenlegung der Zuidree. Die Bauarbeiten sind auf acht Jahre berechnet und hofft man bestimmen, daß zwei Jahre später, also im Jahre 1917, das Land kulturfähig sein und Holland damit 10 000 Hektar sehr ertragreichen Boden gewonnen haben wird.

teils nach Gewicht, teils nach Stück berechnet wird. Die Arbeiter wissen aber nie, was sie verdienen haben oder was sie voraussichtlich verdienen werden. Der Afford wird abgeschlossen von einem Vorarbeiter, der aber nicht Vertrauensmann der Werkarbeiter ist, sondern von einem Vorgesetzten bestimmt ist. Die ganze Berechnung des Affords beruht also auf Treu und Glauben. Ein Arbeiter sagte mir: Wenn der Verdienst gut ist, dann ist auch der Glaube gut, aber an der Treue zweifeln wir. Die Arbeiter haben das Empfinden, daß die Affordfrage ganz nach Dummheit festgesetzt werden; sie haben daher keinen besonderen Ehrgeiz zur Arbeit; denn wenn sie sich auch noch so sehr anstrengen, so sind sie doch überzeugt, daß ihnen der Affordüberschuß schließlich vorenthalten wird. Im allgemeinen versteht man unter Afford die Festsetzung des Wertes der Arbeit vor Beginn der Arbeit, und es liegt dann im Interesse der Arbeiter, möglichst schnell damit fertig zu werden, um möglichst viel zu verdienen. Auf den Reichswerken aber ist es anders. Da wird einfach von den einzelnen Affords, so nachdem viel oder wenig ausgegeben werden soll, festgesetzt, ob 20, 40 oder 60 Proz. Affordüberschuß über die Lohnsätze erzielt werden. Das ist natürlich eine rein willkürliche Festsetzung der Stundenlöhne durch die jeweiligen Verwaltungsverwaltungen. Die Arbeiter sehen das auch ein und halten den Afford für nichts anderes als für eine Erhöhung ihres Stundenlohnes. In einzelnen Verwaltungen ist aber ein solcher Afford gar nicht möglich, weil die Arbeiter oft Stundenlang pausieren müssen, z. B. in der Torpedoreparaturwerkstätte. Hier sollte die Affordarbeit vollständig beseitigt und ein angemessener Lohn garantiert werden.

#### Die Abschätzung der Löhne

Soll von zwei zu zwei Jahren erfolgen. Das geschieht aber nicht bei allen Arbeitern, sondern es wird wieder nach Kunst und Willkür verfahren! Es steht den Vorgesetzten frei, bei Strafen einfach Arbeiter in der Lohnklasse herabzusetzen! Ältere Leute, die schon 4 oder 8 Jahre beschäftigt sind, sind zum Teil noch jetzt in der niedrigsten Lohnklasse, die für Neueingestellte vorgesehen ist! Die Zugehörigkeit zu der Lohnklasse ist von besonderer Bedeutung beim Affordverdienst. Bei der Einführung des Normstundenlohes hat man die Löhne der Hilfsarbeiter um 2 Pf. pro Stunde erhöht. Das bedeutet für die Leute eine Verminderung des Tagelohnes um 20 Pf. (Hört! hört!) Nichtig ist, daß in den letzten Jahren die unterste Lohnklasse getrieben ist und eine Erhöhung der anderen stufgeordneten hat. Andererseits sind aber auch Lohnkürzungen vorgekommen. So sind den Heizern bei der Rastwisch Abzüge gemacht worden! (Hört! hört!) Bei den Sozialdemokraten.) Im allgemeinen mögen ja die Löhne der Werkarbeiter gestiegen sein, aber sie bleiben noch weit hinter dem Mindestbedarf des Arbeiterbudgets zurück und ermöglichen den Arbeitern eine angemessene Ernährung nicht. Infolge dieser ungenügenden Ernährung sind die Krankheitsverhältnisse auf den Reichswerken viel ungünstiger als die Krankheitsverhältnisse der Arbeiter im Deutschen Reich im allgemeinen! Die Zahl der Erkrankungen pro Hundert und Jahr betrug im Durchschnitt aller deutschen Krankenkassen im Jahre 1900 88,8, in der Betriebskrankenkasse Kiel aber 41,4, in Wilhelmshaven 45,8, in Danzig 71,9! (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) In Wilhelmshaven und Danzig ist die Krankenziffer bis 1900 etwas zurückgegangen, in Kiel aber auf 45 gestiegen. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Die Marineverwaltung selbst wird mindestens so gut wissen wie ich, daß die Ernährungsverhältnisse in Kiel sich besonders verschlechtert haben. Ursprünglich hatten die Arbeiter dort, daß sie von den großen Schiffsbewehrungen Vorteil haben würden. Jetzt aber sehen sie allgemein ein, daß ihre Lebenshaltung sich infolge der gestiegenen Wohnung- und Nahrungsmittelpreise bedeutend verschlechtert hat. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.)

Das sind die allgemeinen Beschwerden der Arbeiter der Reichswerken. Zur Begründung ihrer bestimmten Forderungen verweise ich auf ihre Eingabe vom März 1907. Aber ich will auch nicht verfehlen, die Beschwerden der Arbeiter bestimmter Ressorts vorzubringen: Die Arbeiter der Kategorie 1 sind beim Wegfall der untersten Lohnklasse nicht sofort in die höhere eingetret, so daß sie — entgegen den Bestimmungen des Staatssekretärs — erst nach 10 bis 12 Jahren in die höchste Klasse eintreten. Diese Arbeiter sind jederzeit zur Arbeit verpflichtet, wenn sie einberufen werden, am Tage und nachts, aber sie erhalten für die Nachtarbeit nicht die Ueberstundenzulage. Auch die Verpflegungsentwöhnung hat ihnen der Meistordirektor Kapitän Wilbrandt rechtswidrig beschränkt. Sie können jetzt 16 1/2 Stunden hintereinander arbeiten, ohne diese Entschädigung zu erhalten! Außerdem klagen die Arbeiter über große Hitze und Mangel an Badeeinrichtungen. Vieles ungünstige Arbeitsverhältnisse sind im Ressort 7. Die Nachhabenden erhalten während der Nachtdienststunden, wo sie für das ganze Schiff verantwortlich sind, den horrenden Lohn von 10 Pf. pro Stunde! (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Auch die Mannschaften, die zum Kohlentragen kommandiert sind, sind längst durch einen Tagesbefehl des Oberwerftdirektors in ihrem Einkommen geschädigt worden. Die wiederholten Unglücksfälle sollten doch Veranlassung geben, den Wünschen dieser Arbeiter mehr Rechnung zu tragen.

Uebrigens sind die Reichsarbeitsstätten weit davon entfernt, Musteranstalten zu sein. Das hat der Staatssekretär selbst zugegeben, indem er uns die Zahlen über den Wechsel der Arbeiterschaft mitgeteilt hat: Von 8000 Arbeitern waren im Jahre 1906 nur über 1000 länger als 10 Jahre im Betriebe, 1195 Arbeiter wurden neu eingestellt und 1194 sind abgegangen, davon nicht weniger als 822 auf eigenem Wunsch. Wenn die Betriebe wirklich Musteranstalten wären, würden sie nicht so leicht von den Arbeitern verlassen werden. Es läge aber im Interesse der Marineverwaltung, die Arbeitsverhältnisse so zu gestalten, daß die Arbeiter möglichst lange auf den Werften bleiben.

Wenn der Staatssekretär jede dieser meiner Beschwerden an der Hand der stenographischen Berichte prüft, wird er ihre volle Berechtigung anerkennen müssen. Ich würde ja gern der Marineverwaltung und mir den Vortrag dieser Klagen sparen, aber ich kann es nicht, so lange die Marineverwaltung sich nicht zu der einzig vernünftigen Auffassung durchgerungen hat, mit ihren Arbeitern zu verhandeln, wie das in den Privatbetrieben längst geschieht. Die Arbeiterausschüsse wünschen bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und bei den sanitären Einrichtungen mit zu entscheiden, in Fragen technischer Natur und bei Arbeiterentlassungen wegen Mangel an Arbeit gutachtlich gebürt zu werden und das Recht zu haben, dem Reichsmarineamt wie den Arbeitern über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Diese Forderungen nach Kompetenzweiterung sind gewiß sehr beschwerlich und sollen den Arbeiterausschüssen nur die Sicherheit geben, die berechtigten Wünsche der Arbeiter gebührend zu vertreten. Mit der bloßen Resolution ist das sehr wenig geholfen. So lange ich diesem Hause angehöre und die Marineverwaltung das Verhandlungsspiel nicht anerkannt hat, werde ich von dieser Stelle aus Jahr für Jahr die Beschwerden der Arbeiter vor Deutschland und der ganzen Welt vortragen. Wir wollen einmal sehen, wer das länger aushält. (Gehehrt.) Wir wollen einmal sehen, ob wir nicht sofort Einfluß auf das sozialpolitische Verständnis der Reichsmarineverwaltung haben, daß sie ihren Arbeitern endlich dieselben Rechte gewährt, die diese in den Privatbetrieben längst haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Dr. Spahn (3.) (auf der Tribüne fast völlig unverständlich) beschäftigt sich mit den Beschwerden der Werkarbeiter.

#### Hg. Seering (Soz.):

Die Klagen der Werkarbeiter müssen wir deshalb hier zur Sprache bringen, weil diese Arbeiter im Arbeiterausfluß keine Vertretung haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Mannmann meinte im vorigen Jahre, das System der konstitutionellen Verfassung könnte wohl am besten in den kaiserlichen Werften verwirklicht werden. Wir haben aber gesehen, daß gerade in diesen Betrieben das Ideal mehr von der Wirklichkeit abwich als in jedem anderen, daß gerade hier die Arbeiter so gut wie gar keine

Vertretung haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Arbeiterausfluß eine wirkliche Vertretung der Arbeiter sein sollte, dann darf seine Tätigkeit nicht nur eine gutachtliche sein, sondern er muß eine tätige Mitwirkung bei allen Angelegenheiten der Arbeiter ausüben. Wäre diese Forderung der Arbeiter anerkannt, so würde die Gespinntheit, von unserer Seite beschweren der Arbeiter hier vorzubringen, erheblich eingeschränkt werden können. Interessant war mir, daß selbst der Kollege Spahn zugab, daß von den Klagen und Beschwerden, die wir im Jahre 1906 vorgebracht haben, noch manche unerledigt geblieben ist! Bei näherem Zusehen würde er finden, daß sehr viele dieser Beschwerden unerledigt geblieben sind. Daß die Verlängerung der Arbeitszeit legendär wirkt, geben wir zu, aber wir sind nicht der Auffassung wie Herr Spahn, daß bezüglich der Affordlöhne und der Ueberstundenleistungen ein Fortschritt eingetreten sei. Hier ist Herr Spahn im Irrtum.

Interessant war das Jugendbildnis des Herrn Spahn, daß bei den heutigen hohen Preisen der Lebensmittel die Löhne nicht ausreichen. Der Trost, der heute dem Arbeiter gegeben wird, seine Kinder könnten ja mitverdienen, mag allenfalls in einer Industriestadt wie Kiel eine scheinbare Berechtigung haben; aber was sollen die Arbeiter in Wilhelmshaven anfangen, wo sie lediglich von der Marineverwaltung beschäftigt werden können? Es muß eben auf allen Werften ein Lohn gewährt werden, der es den Arbeitern ermöglicht, ohne die Mitarbeit ihrer Familienmitglieder auszukommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Besonders hervorzuheben möchte ich den Wunsch der Arbeiter, höhere Einstellungsgehälter zu bewilligen. Dann würde es auch der Verwaltung leichter sein, tüchtige Arbeiter nach den Werften hin zu bekommen. Der Staatssekretär hat einmal gesagt: Daß die Einstellungsgehälter hoch genug seien, beweise die Tatsache, daß sich genügend Arbeiter melden. In Zeiten rückläufiger Konjunktur mag dies der Fall sein. Wenn aber eine größere Anzahl Arbeiter von der Verwaltung angeworben wird, so muß sehr bald ein großer Teil davon entlassen werden, weil sie den Anforderungen der Werftverwaltung nicht entsprechen; zufolge dieser Entlassungen besteht beispielsweise auch jetzt in Wilhelmshaven Arbeitermangel und Ueberstunden sind dort schon seit längerer Zeit Regel. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Wenn das der Fall ist, so ist die legendäre Maßregel der Verlängerung der Arbeitszeit, die hier betont worden ist, ganz illusorisch. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn schon feststeht, daß die Werftverwaltungen über ein besonderes Angebot von tüchtigen Arbeitskräften nicht verfügen, so ist es um so befremdlicher, daß die Vorsteher einiger Ressorts die Arbeiter der Dienstordnung zuwider verstellen; auch werden ältere Arbeiter manchmal ganz willkürlich anderen Lohnklassen zugeteilt, also ihnen nach ihrem Alter zumutet!

Was mein Kollege Seering über die Entlassung von Arbeitern in Kiel vorgebracht hat, läßt sich auch auf die Verhältnisse in Wilhelmshaven übertragen. Auch dort kommen ähnliche Kuriosa bei den Entlassungen vor. Bei der Werft in Wilhelmshaven kommen viele Kategorien von Arbeitern erst nach Ablauf von 14 Jahren in die höchste Lohnklasse! (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter, die mit hydraulischen und pneumatischen Werkzeugen zu tun haben, die ja allerdings eine erhebliche technische Verbesserung darstellen, klagen fast ausnahmslos über Schädigung ihrer Gesundheit, über Mutandrang nach dem Kopfe, Pupillenerweiterung, Schlafstörung, frühzeitige Ermüdung, Purpur vor den Augen usw. Im Zusammenhang damit steht eben die Tatsache, daß die Krankheitsziffer auf den kaiserlichen Werften viel höher ist als in sonstigen industriellen Betrieben Deutschlands. Ihre Verbesserung dieser Zustände würde wesentlich beitragen eine höhere Entlohnung der Arbeiter, damit sie durch reichliche Nahrungsmittelzufuhr sich erhöhte Kräfte verschaffen können. Aber gerade die Löhne dieser Arbeiter sind nur sehr wenig erhöht. In acht Jahren erreichen sie den

#### Höchstlohn von 43 Pf. pro Stunde.

(Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Das Reichsmarineamt wünscht zwar, daß die Arbeiter, welche in Afford arbeiten, einen Affordzettel erhalten, auf dem der Preis verzeichnet ist. Dieser Wunsch wird aber von den Werftbeamten, z. B. in Danzig, nicht erfüllt. Das führt zu betrügerischen Manipulationen. Besonders beliebten Arbeitern werden 20—30 Proz. Aufschlag ausbezahlt, während andere Arbeiter trotz angestrengtester Arbeit nur den Lohn verdienen. Wenn ein Afford zu niedrig einfallt worden ist und sich dies herausstellt, nachdem die Arbeit dreiviertel beendet ist, so verlangen die Arbeiter, daß der Rest neu kalkuliert wird. Das geschieht aber nicht, weil die Beamten nicht an die höheren Beamtinnen herantreten wollen, um ihnen klaren Wein einzuschenken, da sie dabei selbst ihre Unfähigkeit beweisen würden. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, hier Wandel zu schaffen.

Die Klagen über willkürliche Bevorzugung oder Benachteiligung von Arbeitern gleichen sich wie ein roter Faden durch alle Berichte, die uns gehen. Interessant ist ein Vorkommnis vom Jahre 1906 in Danzig. Dort erhielten die Arbeiter auf wiederholte Bitte eine Zulage. Bei der ersten Lohnzahlung erklärte aber der Oberinspektor: Ich werde schon dafür sorgen, daß Sie die Zulage nicht lange behalten! (Hört! hört!) Und in der Tat wurde den Arbeitern nach drei Monaten die Zulage von 10 auf 5 M. gekürzt! (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.)

Arbeiter, die sich beim Inspektor misliebig gemacht haben, kommen erst nach 15, 20, 30 Jahren in die erste Lohnklasse, während die Dienstordnung der kaiserlichen Werften vorschreibt, daß die Arbeiter schon nach 3 bis 5 Jahren in die erste Lohnklasse kommen! Wenn die Werftverwaltungen wirklich Musteranstalten wären, so würden sie mindestens all die Wohlthaten einführen, die gesetzlich vorgeschrieben sind, aber durch die Sprudpraxis der Gewerbebehörden kein zwingendes Recht haben. So sollte die Wohlthat des § 616 des B. G. B. überall zur Durchführung gelangen, wo Arbeiter als Geschworene oder als Gemeindevorsteher tätig sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die bürgerlichen Parteien sprechen immer von den „Hungerlöhnen in sozialdemokratischen Druckereien“. Ich möchte nur wünschen, daß die Staatsverwaltungen in bezug auf die Erfüllung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs dasselbe leisten mögen wie die sozialdemokratischen Betriebe. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter wünschen die Arbeiter die Lohnzahlung während der Arbeitszeit und auch eine Bezahlung der gesetzlichen Feiertage. Das sind heilige Forderungen, die nur der Gerechtigkeit entsprechen und die selbst in Handwerksbetrieben längst durchgeführt sind. Man verweist nun immer auf die sogenannten „Wohlfahrts-Einrichtungen“. Die Arbeiter lächeln über diese „Wohlfahrts-Einrichtungen“, denn sie wissen, daß diese „Wohlfahrts-Einrichtungen“ viel mehr den Zweck haben, sie unfrei zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zu der bevorstehenden Revision der Arbeitsordnung spreche ich den Wunsch aus, daß die vorstuflichen Bestimmungen über die sozialdemokratischen Agitatoren daraus verschwinden. Die Arbeiter auf den Staatswerken sollen sich nicht nur im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, sondern sie dürfen auch keine sozialdemokratischen Agitatoren sein. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Von einem Verbot der Agitation für den Flottenverein ist in der Arbeitsordnung nicht die Rede. . . . (Gehehrt bei den Sozialdemokraten.) Was heißt nun „sozialdemokratische Agitation“? Schon eine Unterredung mit Kallengenosien auf dem Nachhausewege über den Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation wurde als solche „Agitation“ angesehen! (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Man hat Werkarbeiter, die man für Sozialdemokraten hielt, auf die Polizei bestellt und eingehend ihre Verfassungen festgestellt! Sogar nach ihrem Vater und Mutter hat man Erkundigungen eingelesen. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Wie man sieht, hat der preussische Polizeigeist seinen Einzug in diese Reichsverwaltung gehalten. Wir wünschen ein bißchen weniger Bureaucratismus und Militarismus, dafür aber ein Mehr von sozialpolitischen Freiheiten. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

#### Hg. Admiralitätsrat Harms:

Nach den angeführten Ermittlungen sind die Löhne bei der Marineverwaltung im Vergleich mit den Löhnen für entsprechende

Arbeiten in der Privatindustrie nicht geringer als diese, vielmehr höher. (Die weiteren Ausführungen des Redners, in denen er einige Behauptungen der Abgeordneten Legien und Seering, wie es scheint, zurückzuweisen versucht, bleiben auf der Tribüne unverständlich.)

#### Hg. Legien (Soz.):

Herr Harms meinte, der Arbeiter Reichsmann sei wegen Teilnahme an einer Kampforganisation entlassen! In der Tat ist er aber nur dafür eingetret, daß die Arbeiter in der Braunkohle das ihnen zustehende Mitbestimmungsrecht erhalten. Warum ist man nicht den Reichsweg gegangen und hat es zum Entschluß des Bezirksausschusses kommen lassen? S. u. dessen geht man den Weg der Gewalt und entläßt diejenigen, die den Weg des Rechts gehen wollen.

Weiter hat Herr Harms gesagt, der Afford würde nach der höchsten Lohnklasse gezahlt. Darauf kommt es nicht an, sondern darauf, daß unter dem Namen „Afford“ eine rein willkürliche Festsetzung der Stundenlöhne stattfindet. — Sehr bequem hat es sich Herr Harms mit den Beschwerden aus Respekt gemacht. Er meinte, eine ähnliche Beschwerde in der Budgetkommission hätte sich als unrichtig herausgestellt; dasselbe würde wohl bei diesen Beschwerden der Fall sein. Würde er an Hand des stenographischen Berichts die Beschwerden prüfen lassen, so würde sich zweifellos ein großer Teil der Beschwerden als berechtigt herausstellen.

#### Hg. Lebour (Soz.):

Herr Harms sagte, die von mir in der Budgetkommission aus Ziel vorgebrachte Beschwerde über mangelhafte Wasch- und Ausziehgelegenheit für die Besatz eines Dampfers habe sich als unberechtigt erwiesen. Mir ist inzwischen mitgeteilt worden, daß eine Kommission meine Beschwerde geprüft hat, als der Dampfer, vom Aufendienst zurückgezogen, mit geringerer Mannschaft lag. Unter diesen Umständen mag ja die Waschgelegenheit genügen. Ich bitte aber um nochmalige Prüfung, ob sie auch ausreicht, wenn der Dampfer mit voller Besatzung im Aufendienst tätig ist.

Hg. Graf Oriola (nass.) beantragt, daß der Kommission auch die Drucksache, in der die Regierung die Grundsätze für die Festsetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militärbeamten ausgestellt hat, überwiehen wird.

#### Dieser Antrag wird angenommen.

Damit schließt die Debatte. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt, ebenso beschloß eine Anzahl weiterer Titel.

#### Beim Titel Schiffsverpflegung taucht

Hg. Dr. Dahlem (3.) die Verpflegung der Mannschaften mit französischen Rotwein, der zwar billig, aber auch schlecht sei; die Marineverwaltung sollte ihren Weinbedarf in Deutschland decken. Unsere rheinischen Weine sind sehr gut, ich laße Sie ein, zu uns an den Rhein zu kommen. (Alsfeldige freudige Zustimmung.) Die Einladung ist nur an die Herren von der Marineverwaltung gerichtet. (Hört! und Gehehrt.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Wir beziehen unsern Wein nur aus Deutschland, am liebsten vom schönen Rhein. Ich weiß, daß die Rheinweine gut sind; ich will aber gern der Einladung folgen und mich noch einmal davon überzeugen. (Gehehrt.)

Darauf verlegt das Haus die weitere Beratung auf Freitag 1 Uhr. Außerdem Justizetat, Etat des Reichseisenbahnamtes, Schluß 6 1/2 Uhr.

## Herrenhaus.

#### 4. Sitzung, 30. Januar, mittags 12 1/2 Uhr.

Das Haus ist gut besucht. — Am Ministerisch: v. Rheinbaben, Dr. Beseler, v. Arnim.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Verteidigung der neuen Mitglieder Ludwig Delbrück und Vogel v. Falkenstein. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildet die Präsidentschaftswahl.

Derzog zu Trachenberg schlägt vor, zum Präsidentschaften zu wählen den bisherigen 1. Vizepräsidenten Frhr. von Mantuffel, zum 1. Vizepräsidenten den bisherigen zweiten Vizepräsidenten Becker und zum 2. Vizepräsidenten Frhr. Ignaz v. Landsberg.

#### Das Haus beschließt so.

Die drei Gewählten nehmen mit Dank an.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über

#### Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen

in der Fassung des Abgeordnetenhauses.

Auf Antrag des Frhrn. v. Landsberg findet eine Besprechung der Vorlage statt.

#### Kardinal Kopp:

Ich halte die ganze Frage für noch nicht geklärt. Deshalb bin ich dafür, daß die Staatsregierung das Gesetz noch einmal in Erwägung zieht. Es ist gewiß Pflicht des Staates, die Grenzen zu schützen und dafür zu sorgen, daß an den Grenzen eine Bevölkerung wohnt, die sich ihrer Zugehörigkeit zum Staate bewußt ist. Trotz mancher Erklärungen, welche dieses Zusammengehörigkeitsgefühl vermitteln lassen, wird von polnischer Seite behauptet, daß die Bevölkerung im allgemeinen loyal ist. Wenn das der Fall ist, so sollte man sich hüten, ein Ausnahmegesetz zu schaffen. Solange die Bevölkerung ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt, muß man über Stimmungen hinwegsehen. Eine viel gefährlichere Richtung, eine hochgefährliche Richtung ist der polnische Radikalismus. Diese Richtung zu bekämpfen, muß unser aller Aufgabe sein. (Bravo!)

#### Auf die Dauer ist es nicht möglich, mit Ausnahme-gesetzen zu regieren!

Wenn man erst die kleinen polnischen Besitztümer von ihrer Scholle vertreibt, so wird es keine Ungerechtigkeit sein, allmählich auch den Großgrundbesitz heranzuziehen!

Nun hat die Regierung erklärt, es liege ihr fern, die polnische Bevölkerung zu drangsalieren. (Der Ministerpräsident Fürst von Saldow tritt den Saal.) Der bloße Erfolg allein rechtfertigt nie eine Maßregel! Gegen die Entscheidung der Anstellungs-kommission gibt es nur eine Berufung an interessierte Instanzen! Wir wissen aus der Geschichte, daß ein großer preussischer König, als er zur Abwendung ein Grundstück erwerben wollte von den Gerichten zurückgehalten wurde, die ihm in den Arm fielen und ihn zum geordneten Rechtsweg anhielten. Hier sehen wir, daß der Entsignete ohne weiteres sein Eigentum verlassen muß. Der preussische Richter, auf den wir so viel geben, ist in seiner Entscheidung einfach ausgefallen! Die Regierung verweigert sich dagegen, daß Polizeimaßregeln angewendet werden sollen. Aber der Entsignete wird sich nicht ohne weiteres sein Eigentum nehmen lassen, er wird sich weigern, seinen Hof zu verlassen. Seine Freunde werden alles tun, um ihm zu helfen. Es ist leicht möglich, daß sich die Bevölkerung bei ihrer leichten Erregbarkeit zu Ungehörigkeiten verleiten läßt. Es wird also trotz des Willens der Regierung ohne polizeiliche Maßnahmen nicht abgehen.

Noch ein zweiter Punkt: Wir sprechen sowohl von der Bodenständigkeit, von dem Abwandern von der Scholle, wir wollen ein Heimstättengesetz schaffen. Bei alledem gehen wir von der Ueberzeugung aus, daß es wichtig ist, eine gesunde Bevölkerung zu schaffen. Hier aber wollen wir diese Ueberzeugung verleugnen! Durch die Enteignung wird übrigens auch die Steuerkraft der durch Enteignung getroffenen Gemeinden beeinträchtigt werden, so daß es nicht mehr als billig sein dürfte, daß die Anstellungs-kommission eine Entscheidung an die Gemeinden zahlt. Die Staatsregierung wird ihre Absichten nicht erreichen. Die Grenzen des Reiches werden nicht geschützt, sondern der Unfriede zwischen Deutschen und Polen wird noch größer werden. Meiner Meinung nach atmet die Vorlage den Satz: Recht geht vor Recht! Dieser

Grundsatz der staatlichen Omnipotenz (Allmacht) aber deckt sich mit dem politischen Materialismus, der seine Ideale kennt. Nur eine Partei wird mit der Entseignung sehr zufrieden sein; das ist die Partei, die neulich vor dem Abgeordnetenhaus demonstriert hat, um ihr Mißfallen kundzugeben. Ich möchte nicht wünschen, daß sie auch vor diesem Hause demonstriert, aber um ihr Wohlgefallen auszudrücken. (Heiterkeit.) Ich kann mich nicht überzeugen, daß die Vorlage ihren Zweck erreicht und möchte die Regierung bitten, die Vorlage noch einer Revision zu unterziehen. Weht das nicht an, so bitte ich das Haus, die Vorlage einer Kommission zu überweisen. (Beifall.)

**Ministerpräsident Fürst von Bismarck:**  
Auf einzelne der Einwendungen des Vorredners werde ich und die Herren Minister noch im Laufe der Debatte eingehen. Ich möchte hier nur sagen: Es handelt sich darum, ob die beiden Provinzen Posen und Westpreußen deutsch bleiben oder polnisch werden sollen! Eine der beiden Provinzen nimmt schon achtzehn Meilen von Berlin ihren Anfang, es handelt sich da um eine akute Gefahr. . . Wir müssen neue Mittel schaffen oder die An siedlungs politik aufgeben. Das letztere würde ein Aufgeben der östlichen Provinzen und ihre völlige Kolonisation bedeuten. Das Mittel der Entseignung vorzuschlagen, ist mir nicht leicht geworden, und ich habe es erst getan, nachdem alle anderen Mittel als zu leicht befunden worden sind. Den Schuß des Privatbesitzes halte ich für die Voraussetzung jeder gesunden Sozialpolitik! — Eine Zukunftsregierung und ein Zukunftsparlament, die etwa zur Entseignung des Großgrundbesitzes schreiten wollten, dürfen sich aber nicht auf eine Tragende in der gegenwärtigen Vorlage berufen. Hier handelt es sich um eine Ausnahmemaßregel, um außerordentlichen Gefahren zu begegnen. . . Ich hoffe, dieses hohe Haus, das immer der Hort preussischer Staatsgutmäher war, (!) wird die Vorlage annehmen, damit, wo deutsche Väter säten, deutsche Enkel ernten können. (Bravo!)

**Fürst Radziwill:** Die Vorlage verstößt gegen Gesetz und Verfassung und gegen das allgemein gültige Prinzip von der Unantastbarkeit des Privateigentums. Geben Sie den Polen nur Gerechtigkeit, für die „geistigen Güter“ wird die polnische Nation selbst sorgen. Ich schließe mich den Worten die der König von Preußen meinem Großvater bei der Dublikation der Stände mitgab: „Suchen Sie mir die Herzen meiner polnischen Untertanen durch Gerechtigkeit zu gewinnen.“

**Oberbürgermeister Abbes:** Wir im Westen sind der Meinung, daß der Nationalitätenkampf im Osten ein Unglück für unser Volk ist, wir können uns aber der Erfahrung nicht verschließen, daß sich in den Ostprovinzen eine Neuorganisation der polnischen Bevölkerung auf demokratischer Grundlage etabliert hat, und es besteht die Gefahr, daß diese Bevölkerung in kritischen Zeiten nicht treu zum Staate steht! Dem entgegenzuwirken, sehe ich kein anderes Mittel als eine Ansiedlung deutscher Bauern. Es mag sein, daß die Vorlage die radikalen Elemente fächert wird. Noch mehr aber wird das der Fall sein, wenn Sie die Vorlage ablehnen. Im Nationalitätenkampf müssen starke Mittel mit Energie und Konsequenz angewendet werden.

**Oberbürgermeister Abbes:** Ein großer Teil dieses Hauses ist jedenfalls von schweren Bedenken gegen die Vorlage erfüllt, die durch die Ausführungen des Ministerpräsidenten nicht gehoben sind. Ich kann auch nicht zugeben, daß das Werk der Ansiedlungskommission bisher Erfolge erzielt hat. Der Ministerpräsident sprach ja selbst von unüberwindlichen Schwierigkeiten! Zweifelhaft ist mir, ob wir schon alle Maßregeln erschöpft haben, so daß wir berechtigt sind, Entseignung aus politischen Gründen zu treiben. In einer Zeit, die bewegt ist von Angriffen auf das Eigentum, das nur aus Gründen des öffentlichen Wohles beschränkt werden soll, will man diesen Tendenzen von der Regierung aus entgegenkommen! Was heißt überhaupt „Staatswohl“ gegenüber polonisierenden Bestrebungen? Es wird vielleicht gerade Sache dieses Hauses sein, zu sagen: Diesen Schritt machen wir nicht mit! (Beifall.)

**Finanzminister Feiler v. Alben:** Mit Entgegenkommen hat man bei den Polen nicht erreicht, das lehrt die Geschichte. Arbeiten wir den polnischen Anläufen nicht entgegen, so wird immer mehr deutscher Besitz polonisiert werden. Es handelt sich um keine politische, sondern um eine nationale Aktion (Beifall und Widerspruch), darum, ob wir oder die Polen das Heft in der Hand behalten sollen. Den deutschen Großgrundbesitz zu expropriieren, daran denken wir nicht, damit wir nicht unsere beste Stütze wegnehmen! Wir hoffen, daß das Herrenhaus uns in dieser wichtigen nationalen Angelegenheit nicht im Stich lassen wird. (Bravo!)

**Geheimrat Dr. Hamm:** Von Ungerechtigkeit gegen die Polen kann bei der Vorlage nicht die Rede sein. Wenn schon aus wirtschaftlichen Gründen entseignet werden darf, dann erst recht aus nationalen. Es ist der Stolz der Hohenzollern, in den Ostmarken gemonifiziert zu haben, das gab ihnen das Recht, deutscher Kaiser zu werden. Seien Sie gerecht, aber seien Sie gerecht auch einmal gegen sich selbst!

**Graf v. Kiele-Windler:** Ich kenne die Verhältnisse in den Ostmarken und halte die Vorlage für einen Schlag ins Wasser. Wenn wir heute aus nationalen Gründen expropriieren, dann garantieren wir niemand, daß man morgen nicht aus sozialen und konfessionellen Gründen expropriert! Um das wieder gutzumachen, was wir im Osten durch eine verfehlte Politik verloren haben, dazu gebet zunächst eine Beamtenbesetzung von höchster Qualität. Hierin liegt gegenwärtig ein Mangel. Schaffen wir weiter eine deutsche Staatschule. Stellen Sie 20-30 Millionen Mark, auch mehr — darauf kommt es nicht an — für diese Zwecke frei. Und endlich lösen Sie die Ansiedlungskommission auf, die an den jetzigen Zuständen schuld ist. 4½ Millionen Polen zu expropriieren ist einfach unmöglich. (Bravo!)

**Landwirtschaftsminister v. Arnim:** nimmt die Beamten in der Ostmark gegen den Vorwurf des Vorredners in Schutz. In Zeiten der Gefahr kann eine große polnische Bevölkerung geradezu eine Gefahr für den Staat werden.

**Oberbürgermeister Dr. Kersten-Thorn:** Ich kenne seit Jahren die Ostmark und kann sagen, die Polen haben den Krieg an den Säcken herbeigezogen und uns ausgehungert. Wir danken es der Regierung, daß sie mit dem Jidzankurs endgültig gedrohen hat. Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission kann ich als ein Kulturwerk ersten Ranges bezeichnen, und zwar aus eigener Anschauung. Wenn wir sehen, daß der Weg der Regierung zum Ziele führt, werden wir gern weitere Mittel bewilligen!

**Oberbürgermeister Dr. Bender-Dreslau:** Ich würde den polnischen Herren hier dankbar sein, wenn sie erklären würden, daß das polnische Volk den Sonderbestrebungen fernsteht. Trotzdem vertrete ich die Vorlage, weil ich sie für zweckdienlich halte. Sie machen dadurch, daß Sie einem Polen Deutsch beibringen, ein dummes Kind zu einem klugen. Eine gerechte, feste, wohlwollende Verwaltung, die die Polen sich selbst überläßt und das Deutschtum pflegt, wird am besten geeignet sein, den Kampf zu beendigen. Das Gesetz wird uns nichts nützen, wir haben die schwersten Bedenken dagegen. (Bravo!)

**Justizminister Dr. Beseler:** Die Staatsregierung hat nie einen Zweifel darüber gehabt, daß sie mit ihrer Vorlage auf geschichtlichem Boden steht. Das öffentliche Wohl geht dem Privateigentum voran, und unter „öffentlichem Wohl“ sind in erster Linie zu verstehen Maßnahmen zur Erhaltung des Staates selbst.

**Graf Droste zu Vischering** bezeichnet die Vorlage, weil sie der Gerechtigkeit widerspreche, die ein christlicher Staat niemals verletzen dürfe, als unannehmbar. Sie führe in ihren Konsequenzen zum sozialdemokratischen Staat.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

**Graf Betho zu Calenberg** beantragt, die Vorlage an eine Kommission von 25 Mitgliedern zu verweisen. Das Haus beschließt so.

Zwei Petitionen des Zentralrats der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften bzw. eines Ortsvereins dieser werden durch motivierte Tagesordnung erledigt.

Der Präsident teilt mit, daß er die nächste Sitzung schwerlich vor den 17. Februar anberaumen werde.  
Schluß 4½ Uhr.

## Der Postetat vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 30. Januar.)

Die Beratung beginnt bei den laufenden Aufgaben der Postverwaltung. Referent Beck teilt mit, daß eine starke Personalvermehrung eingetreten ist; außerdem sei die Frage der allgemeinen Gehaltsaufbesserung hier von großer Bedeutung. Er fragt an, wann das Besoldungsgesetz kommen! Unterstaatssekretär Zwele kann das nicht sagen, in einer späteren Bemerkung jedoch gibt er der Hoffnung Ausdruck, daß die Vorlage dem Reichstag in der nächsten Zeit zugehen könne. Lattmann schlägt Beamtenauschüsse vor, gegen die sich Gröber wendet, der auch die Petitionen erst dann vom Parlament behandelt sehen möchte, wenn sie vorher die Postverwaltung passiert haben! Erzberger bringt hierzu Vorschläge vor, nach denen ein Postdirektor den Unterbeamten unterlagt hat, Eingaben zu machen!

Staatssekretär Kraetke stimmt Gröber lebhaft zu: er will nichts von Beamtenauschüssen wissen, denn sie würden bald ihre Befugnisse überschreiten.

Abg. Eichhorn tritt energisch für baldige Vorlage des Beamtenbesoldungsgesetzes ein. In der Frage der Beamtenauschüsse steht Eichhorn im Gegensatz zu Gröber auf dem Standpunkt, daß sie sehr nützlich sein könnten, wenn man den Beamten nicht das Koalitionsrecht vorenthielte; denn ohne dieses ist nach den Erfahrungen, die mit Arbeiterauschüssen gemacht wurden, nichts anzufangen. Der Fall Schellenberg-Wiesbaden zeigt, wessen man sich von der Postverwaltung versehen muß, wenn ein Beamter eine eigene Meinung äußert. Dem von Gröber gemachten Vorschlag über Behandlung der Petitionen kann sich Redner nicht anschließen; das laufe auf eine Einschränkung des Petitionsrechts der Beamten hinaus. Will die Kommission die Stellung der Postverwaltung genau kennen, so mag sie die eingehenden Personalpetitionen den Verwaltungen zur Mitäußerung zuwenden.

In der weiteren Debatte sprechen noch Semler, Damescher, Gröber und andere. Der Postbeamte Damescher tritt im allgemeinen der Auffassung Eichhorns bei, will aber kein uneingeschränktes Koalitionsrecht oder etwa gar Streikrecht für die Beamten gelten lassen! Koste vertritt nochmals die Forderung baldiger Gehaltsreform und der Beamtenauschüsse. — Die Anforderungen an Beamtenbesoldungen werden genehmigt.

Bei Titel 20, der die Gehälter der Vorsteher von Ämtern erster Klasse enthält, entsteht eine sehr lebhafte Debatte über die Zulassung zur höheren Postkarriere. Im Laufe der Zeit hat man nämlich immer engere Schranken um die höheren Postbeamtenstellen gezogen; jetzt soll für gewisse höhere Stellen ein dreijähriges akademisches Studium zur Bedingung gemacht werden und dem gewöhnlichen Postleben soll der

### „Postassessor“

folgen. Abg. Drecher (L), Lattmann, die Freisinnigen sind für diese Entwicklung, Erzberger spricht gegen den Assessorismus. Kraetke verteidigt den Plan mit den Fortschritten der Technik und der Wissenschaft: man müsse mit der Postleistung auf der Höhe bleiben und darum akademische Bildung für die höheren Stellen verlangen.

Abg. Städeln wendet sich entschieden gegen den Versuch, eine neue Klasse bevorzugter Beamten zu bilden. Es werde damit der Postassessorismus großgezogen, „Schneidigkeit“ in die Post eingeführt, wo sie doch am wenigsten am Plage sei. Eichhoff ist im Gegensatz zu Städeln sehr erfreut über die Absichten der Regierung! Kraetke und Unterstaatssekretär Sydow meinen, es handle sich nicht um Assessorismus, sondern um die Notwendigkeit der Ausbildung der Postbeamten in den technischen und Naturwissenschaften. Abg. Eichhorn betont, daß die Sozialdemokraten selbstverständlich nichts gegen eine gebiegene und auch wissenschaftliche Bildung der Beamten haben; wir werden uns nur gegen die Eröffnung dieser akademischen Karriere, weil wir darin eine weitere Absperrung der oberen Beamtenstellen gegen das Eindringen der mittleren und unteren Volksschichten sehen. Abg. Semler spricht sich auch sehr entschieden gegen die Neuerung aus; er warnt davor, über diese bedeutungsvolle Neuerung so leicht hinwegzugehen. Die Position wird schließlich genehmigt.

Folgen die Anforderungen für die mittleren und Unterbeamten. Hierbei wird die Frage des organischen Aufbaues der Beamtengruppen eingehender besprochen. Referent Beck möchte das System der sogenannten „gehobenen Stellen“ bei den Unterbeamten erhalten und weiter ausgebildet sehen. Korreferent Kopysh hält es für besser, wenn eine Teilung der Unterbeamten in zwei übereinanderstehende Schichten eintrete. Staatssekretär Kraetke ist gegen eine weitere Teilung, da sie die Ausgaben im ersten Jahre um 37 Millionen Mark erhöhe. Der richtige Weg scheint ihm die weitere Ausbildung des Systems der „gehobenen Stellen“. Er hat eine Verordnung erlassen, nach welcher künftig die Beförderung in eine „gehobene Stelle“ an ein schriftliches und mündliches Examen gebunden ist! Den Unterbeamten der „gehobenen Stellen“ sollen einfachere Arbeiten, die gegenwärtig von mittleren Beamten verrichtet werden, übertragen werden.

Abg. Eichhorn wendet sich gegen das System der „gehobenen Stellen“; diese Einrichtung stellt sich heute dar als ein Herd der Korruption; die Beförderung in die gehobene Stelle ist vielfach nicht bedingt durch größere Verantwortung, schwierigere Arbeit oder höheres Dienstalter, sie hängt von dem Gutdünken des Vorgesetzten ab. Wenn nun eine Prüfung vorgeschrieben werden soll, so wird man allerdings nicht mehr so viel gegen die Einrichtung einzuwenden haben und ihr eine Weile abwartend gegenüberstehen können, vorausgesetzt daß die Zulassung zur Prüfung nicht wieder einseitig beschränkt wird. — Staatssekretär Kraetke protestiert gegen den Ausdruck „Korruption“ in Verbindung mit Beförderung der Beamten; die nicht beförderten fühlten sich immer zurückgesetzt und klagen über Anstättungswirtschaft. — Abgeordneter Damescher befreit, daß eine weitere Teilung der Beamtenbesoldung finanziell von großer Bedeutung sei; er tritt für das Examen der „gehobenen“ Unterbeamten ein. — Gröber verlangt für die Beamten das Recht, miteinander in Verbindung treten zu dürfen, um sich über Forderungen zur Hebung ihrer Lage zu verständigen. Ein eigentliches Koalitionsrecht soll das nicht sein, nur etwa so eine Aufhebung des Verbindungsverbots. Eichhoff begnügt sich auch mit diesem bescheidenen „Recht“; er fragt noch an, ob die bisher ohne Examen „Gehobenen“ in ihrer Stellung bleiben, was bejaht wird.

Damit wird die Verhandlung abgebrochen und bis Freitag verlagert.

## Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungskommission beschloß in ihrer Donnerstag-Sitzung zunächst die Wahl des Abg. Dr. Arnim (7. Hannover.) für gültig zu erklären. Sodann prüfte die Kommission die Wahl des Abg. v. Wern (deutschl., B. Magdeburg). Der von freisinniger Seite eingelegte Protest behauptet zunächst, daß durch die bei der Hauptwahl festgestellten Wahlbeeinflussungen das Wahlergebnis infolgedessen gefälscht worden sei, als der konservative Kandidat untreu in die Stichwahl gekommen sei. Die Kommission war einstimmig der Meinung, daß die behaupteten Wahlbeeinflussungen eine solche Verletzung in den Wahlverhältnissen der Kandidaten nicht hätten herbeiführen können. Es entfielen auf den konservativen Kandidaten v. Wern 11 965, auf den Kandidaten der Freisinnigen (Leher Westens) 8501 und auf den sozialdemo-

krischen Kandidaten Haupt 8551 Stimmen. Bei der Stichwahl erhielten Stimmen: v. Wern 12 858, Westens 11 678. Der Wahlprotest behauptet nun, daß die Amtsvorsteher Dammeser in Gommern, Reikner in Großlud und Baron von Münchhausen in Leikien in verschiedenen Orten, so namentlich in Gommern, Güterslud, Leiklau, Waltersienburg, Elbenau, Grünwald, Laburg unzulässige Wahlagitatorien betrieben haben. Dergleichen sollen die Gemeindevorsteher in Leiklau, Böhli und Prehn in unzulässiger Weise auf die Wähler eingewirkt haben. Da die Behauptungen des Wahlprotestes nicht immer genügend substantiiert waren, die Zahl der hier in Frage kommenden Wähler auch nur eine geringe war, so hätten in ungenügendster Zahl etwa 600 Stimmen in Abzug gebracht werden können, so daß immer noch eine geringe Mehrheit verbliebe. Da aber nach den Behauptungen des Protestes auch viele Stimmentzettel zu Unrecht für ungültig erklärt worden sind, so soll hier noch eine genaue Nachprüfung stattfinden. Eine Kassation der Wahl erscheint nicht desto weniger unwahrscheinlich.

### Einlauf.

Aus dem Reichstag:  
Sozialdemokratische Interpellationen:

1. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Vöhung für Gefreite und Gemeine, einschließlich der Spilleute, Oekonomienhandwerker und Sanitätsmannschaften, für das Rechnungsjahr 1908 entsprechend zu erhöhen und die Mittel dazu in einem Nachtragsetat anzufordern;

2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, nachdrücklich dahin zu wirken, daß die gesetzlich garantierte Öffentlichkeit der Verhandlungen der Militärgerichte tatsächlich durchgeführt wird;

3. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Entwurf betreffend die Reform des Militärstrafrechts vorzulegen.

Resolution von Liebert und Genossen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch ein besonderes Reichsgesetz eine Ergänzung des Strafgesetzbuches dahin zu bewirken, daß den nach ihrer körperlichen und geistigen Beschaffenheit zum überseeischen Strafvollzuge geeigneten, innerhalb bestimmter Altersgrenzen stehenden Verurteilten auf Ansuchen durch die Strafvollzugsbehörde gestattet werden könne, die aufgelegte längere Freiheitsstrafe in einer deutschen Strafkolonie (Südsibirien) zu verbüßen.

## Aus der Partei.

Ferris Abschieds schreiben im „Avanti“.

Rom, den 25. Januar. (Fig. Ver.)

In Ergänzung unseres Telegramms vom 25. d. M. ist über Ferris Abschiedsartikel noch folgendes zu berichten. Der Artikel erstreckt sich über fünf Spalten und gibt im ersten Teil einen Rückblick auf die Geschichte der italienischen Partei. Ferris erinnert daran an die erste intrantigente Phase des Parteilebens, dann an das reformistische Intermezzo unter dem Ministerium Zanardelli-Giolitti und an das Erwachen der wirtschaftlichen Bewegung des Proletariats. Diese Bewegung, die im Generalstreik vom Jahre 1904 gipelte, rief nach Ferris als Reaktion das Bündnis der Regierungsparteien mit den Liberalen hervor, aus dem die im November 1904 gewählte Kammer hervorging. Der Artikel meint, daß die Bourgeoisie jetzt bereit dieses Bündnisses müde sei und eingesehen hätte, daß das Proletariat eine schlimmere Gefahr sei als die proletarische Revolte. Da sich gleichzeitig in der Partei selbst eine starke Gegenströmung gegen die „Streiknomie“ fühlbar machte, kam es in vielen Orten spontan zu einer Blockbildung der Volksparteien gegen den Liberalismus, welche Blockbildung sich z. B. in Rom auch auf die bürgerlichen Liberalen erstreckte. Im Zeichen dieses Zusammenschlusses der demokratischen Parteien werden, wie Ferris meint, die nächsten Parlamentswahlen stehen.

Es sei nicht anzunehmen, legt der Artikel im zweiten Teil auseinander, daß vor diesen Wahlen ein freier Windhauch in die Politik unseres politischen Lebens bringen werde. Da aber das Land sich wirtschaftlich entwickelt und fortgeschritten, so daß die Trägheit seiner Regierung es beständig hemmt und einschränkt, ist es ausgeschlossen, daß die Regierung auf die Dauer die Bevölkerung mit Versprechungen abspeisen kann.

Falls sie bei dieser Politik verharren sollte, hätte man einen Aufstand zu gewärtigen. Wahrscheinlich sei aber, daß sich die Regierung endlich zur Gewährung ausgiebiger Reformen entschließen werde. Für die nächste Legislaturperiode steht also Ferris ein Reformkabinett voraus, dem auch die Sozialisten ihre Unterstützung gewähren werden. Einem solchen Experiment sei Schreiber des Artikels im Jahre 1900 entgegengetreten. Heute halte er den Augenblick für gekommen, es aufzuheben zu lassen, obgleich er selbst nicht übertriebene Hoffnungen darauf setze und es für nötig halte, daß die Verträge und Ziele unserer Partei — Klassenkampf und Vergesellschaftung der Produktionsmittel — immer in den Köpfen propagandiert würden. Ferris meint, das italienische Proletariat sei jetzt reif genug, um Nutzen von einer Reformpolitik zu haben, auch könne keine Bourgeoisie ihren geschichtlichen Pflichten durchlaufen, ohne eine Phase der radikalen Reformpolitik.

Um ihn zum Niederlegen der Chefredaktion des „Avanti“ zu bestimmen, hätten die folgenden Erwägungen zusammengewirkt: „erstens ist es heilsam, daß das Proletariat sich an den Gedanken gewöhnt, daß kein Mensch unentbehrlich ist, wenn auch ein jeder der Partei nützlich sein kann; zweitens ist es gut, von Zeit zu Zeit die leitenden Kräfte zu erneuern, besonders in einer Zeitung, wie der „Avanti“, die nicht die finanziellen Mittel hat, wie die bürgerliche Presse, und daher in unglaublicher Weise die persönliche Energie aufweist und verzehrt; drittens ist es besser, wenn einmal ein Experiment reformistischer Politik gemacht werden soll, daß es von denen unternimmt, verteidigt und illustriert werde, die ihre Ueberzeugung und ihr Temperament darauf hinweist.“

Der nächste Parteitag werde in seiner, Ferris, Abwesenheit freier über die neue Direction des „Avanti“ entscheiden können. Er bliebe natürlich zur Verfügung der Partei, falls diese zur Unterstützung der vorausgesetzlichen Reformpolitik seiner bedürfte.

Zuletzt verbreitet sich Ferris über die Lage des „Avanti“. Er habe das Blatt übernommen, als es am Rande des Abgrundes stand, habe das Format vergrößert, habe allwöchentlich eine sechs Seiten starke Nummer eingeführt, zwei neue Rotationsmaschinen (18 000 Lire) und fünf Segmaschinen (61 000 Lire) angeschafft, die in drei Jahren Eigentum des Blattes sein werden, wenn die heutigen Matenahaltungen fortwähren. Daß das Blatt wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen könne, sei leider eine Illusion; die Sammlungen für den Pressefonds mächten alljährlich 20-25 000 Lire ergeben. Da in den letzten Jahren diese Sammlungen nur 7000 Lire ergaben, sei ein Defizit entstanden, für dessen Deckung Ferris unlängst 80 000 Lire von wohlhabenden Genossen aufgebracht hätte. Es sei aber nötig, daß der „Avanti“ täglich 6 Seiten stark sei, und dazu müßte ein alljährlicher Zuschuß von 80 000 Lire gesichert sein. Um diese Summe aufzubringen, seien bereits von mehreren Gewerkschaftsverbänden Vorschläge gemacht worden; als Gegenleistung beanspruchten die Gewerkschaften die dritte und vierte Seite; so daß die erste, zweite und ein Teil der fünften Seite für Politik, Lokalteil usw. verbleibt. Ferris hofft, daß am nächsten ersten Mai dies neue Projekt verwirklicht werden könne.

Als Nachwort veröffentlicht der „Avanti“ einen Brief Ferris, in dem dieser an die Genossen des Parteivorstandes schreibt, daß er nach Rücksprache mit anderen Genossen zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß Morgari die geeignetste Persönlichkeit zum Nachfolger in der Leitung des „Avanti“ sei. Ferris schlägt also vor, um den Gedanken seines Rücktritts zu mildern, Morgari bis zum nächsten Parteitag zum Chefredakteur zu wählen.

Wie bekannt, ist Genosse Morgari politischer Sekretär des Parteivorstandes und der Parlamentarisation.

Personalien. Genosse Herman Wendel ist aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ausgeschieden.

Der Vorstand der englischen Arbeiterpartei.

Eine Sitzung der Fraktion der Arbeiterpartei hat am Dienstag Arthur Henderson zum Vorsitzenden, George Barnes zum Vizevorsitzenden und Ramsay MacDonald zum Parteisekretär für die kommende Session gewählt.

Holland im Jahre 1907.

Als nach den Kammerwahlen von 1905 das Ministerium Ruiter zurücktrat, empfand dies auch die aufgelöste Arbeiterpartei als eine Befreiung von unerträglich gewordenem Druck. So wenig Gutes man von den liberalen Nachfolgern der Herikalen, „antirevolutionären“ Minister erwarten konnte, so war es doch immerhin eine Genugtuung, daß letztere endlich aus den leitenden Stellen verdrängt wurden. Das liberale Ministerium De Meester hat sich dann im ersten sowohl, wie im zweiten Jahre seines Daseins in der Tat unfähig gezeigt, seinem Programm Erfüllung zu verschaffen und irgendwelche nennenswerten liberalen Reformen durchzuführen. Es mußte gegen Ende des Jahres infolge seiner inneren Schwächen und seiner parlamentarischen Unhaltbarkeit zurücktreten. In der Ersten Kammer hatte das Ministerium überhaupt keine Mehrheit, und von den 100 Abgeordneten der Zweiten Kammer gehörten 49 Herikalen Parteien an. Die 7 Sozialdemokraten bilden hier also das Jünglein an der Waage. Sie konnten das Ministerium De Meester selbstverständlich nur insofern unterstützen, als es in der Tat liberal und demokratisch sein wollte oder sich in anderer Hinsicht bemühte, Kulturinteressen zu fördern. Aber unsere Parteigenossen fanden nur allzu wenig Gelegenheit, irgendwelchen Vorlagen des Ministeriums ihre Stimmen zu geben, ja sie mußten schließlich dazu beitragen, die liberale Regierung zu Fall zu bringen.

Anfangs des Jahres 1907 versuchte der damalige Kriegsminister Schaal ein ganz klein wenig von seinem Sparprogramm durchzuführen. Sein Budget wurde jedoch von der übermächtigen Herikal und militaristisch gesinnten Mehrheit der Ersten Kammer verworfen. Er mußte abtreten. Nach langem Suchen fand man in dem General Van Kappard einen neuen Kriegsminister. Auch dieser mußte gegen Ende des Jahres sein Amt niederlegen, nachdem die Zweite Kammer sein Budget verworfen hatte. Einerseits waren es die militaristisch gesinnten Abgeordneten auf der rechten, andererseits Abgeordnete der linken Seite, unter diesen natürlich die Sozialdemokraten, die gegen das Budget stimmten. Diesmal erklärte sich das ganze Ministerium mit dem Kriegsminister solidarisch und reichte zu Weichhalten sein Abschiedsgesuch ein. Inzwischen ist der Herikale „antirevolutionäre“ Abgeordnete Heemster mit der Zusammenstellung eines neuen Ministeriums betraut worden, hat aber diese schwierige Aufgabe bis jetzt noch nicht gelöst.

Gesetzgeberei war das verfloßene Jahr fast ganz unfruchtbar. Ein Gesetz über die Untersuchung nach der Vaterlosigkeit, das die Rechtsstellung unehelicher Mütter und ihrer Kinder verbessert, kam in der Zweiten Kammer nach langer Debatte zustande. Sonst ist auf sozialem Gebiete kein Gesetz geschaffen worden, das irgend eine Erwähnung verdiente. Selbst der Schimmer von Hoffnung, den man dem Arbeitsminister Beegen auf Grund seiner Tätigkeit als freijugendlich-demokratischer Abgeordneter entgegenbringen konnte, hat sich als trügerisch erwiesen. Für neue königliche Pferdehöfe oder vielmehr Pferdepaläste bewilligte die Kammer 425 000 Gulden und für neue Kriegsschiffe erhielt das Ministerium von der Kammer eine Million mehr als es gefordert hatte. Zur Linderung der sozialen Not der Arbeiterklasse aber war kein Geld übrig!

Zur Wahlrechtsreform brachte das Ministerium im Oktober einen ziemlich radikalen Entwurf ein, der das allgemeine Wahlrecht auch den Frauen bringen sollte. Die gewaltige allgemeine Wahlrechtsdemonstration der niederländischen Arbeiterschaft, die diesmal in Rotterdam stattfand und stärker war als je zuvor, erwies sich als vorzüglich geeignet, dem Ministerium in dieser seiner einzigen großen demokratischen Sache den Rücken zu stärken. Aber die Regierung De Meesters stand ja damals schon vor dem Fall. Wollte sie die Wahlrechtsfrage wirklich lösen, so hätte sie mit ihrer Vorlage früher kommen müssen. War ihr dann kein Erfolg beschieden, so hätte sie sich wenigstens einen ehrenvollen Abgang gesichert. Die holländische Arbeiterschaft ist nun auch in der Wahlrechtsfrage wieder ganz auf ihre eigene Kraft angewiesen. Ihre Stärke aber wächst beständig und unaufhaltsam. Immer gewaltiger wird die Zahl derer, die sich um das Banner des allgemeinen Wahlrechts scharen. In dieser von Jahr zu Jahr anschwellenden Bewegung muß schließlich die Macht der Wahlrechtsfeinde zerschellen.

Auch bei den Wahlen des verfloßenen Jahres trat der wachsende Einfluß der Sozialdemokratie trotz des elenden Wahlrechts deutlich zutage. Bei den Wahlen zu den Provinzialstaaten stieg die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in Nordholland von 1 auf 4, in Oberijssel von 1 auf 2, in Groningen von 1 auf 4 und in Friesland von 3 auf 8. Die Gemeinderatswahlen brachten unseren Genossen über Erwarten gute Erfolge. Die Gesamtzahl ihrer Gemeinderäte in den verschiedenen Städten und Orten stieg von 43 auf 60! In dem Städtchen Goor brachten sie es sogar auf die Mehrheit der Mandate.

Die mit der Sozialdemokratie Hand in Hand arbeitende Gewerkschaftsbewegung hat ebenfalls einen starken Aufschwung genommen. Dem Verband der Handverdiener sind jetzt rund 32 000 Arbeiter angeschlossen. Der Mitgliederzuwachs betrug im verfloßenen Jahre 6000. Gegenwärtig leidet die holländische Arbeiterschaft schwer unter der Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit hat einen erschreckenden Umfang angenommen; sie zeigt der Arbeiterklasse wieder einmal deutlich, was die „stille“ bürgerliche Gesellschaftsordnung wert ist.

Ohne Zweifel wird das Jahr 1908 auch für die holländische Arbeiterklasse ein Kampfsjahr werden. Sie geht den Kämpfen entgegen: besser gerüstet als je.

Gewerkschaftliches.

Linderung der Notlage oder Ausnutzung derselben?

Die Notlage der Arbeiterschaft infolge der herrschenden Krise hat überall Veranlassung gegeben, die Gemeinden zur Linderung dieser Not aufzufordern. Wie die bürgerliche Gesellschaft sich nun ein solches Eingreifen denkt, mag folgendes erweisen.

Auf Antrag einer Arbeitslosenversammlung beschloß der Gemeinderat des Harzstädtchens Osterwedel behufs sofortiger Inanspruchnahme von „Notstandsarbeiten“ vorläufig 3000 M. auszuwerfen. Die zur Regelung dieser Angelegenheit eingesetzte Kommission hat nun den Tagelohn für die Notstandsarbeiter auf 1,50 M. für verheiratete und 1 M. für ledige Arbeiter festgesetzt. Trotz dieser niedrigen Lohnsätze meldeten sich gleich am ersten Tage 40 Arbeiter, um Arbeiten zu übernehmen, die jedenfalls unter anderen Umständen der Gemeinde weit höher zu stehen kommen würden. Wenn nun auch bei circa 100 Arbeitslosen mit 3000 M. nicht viel anzufangen ist, so läuft der Tagelohn von 1—1,50 M. doch mehr auf eine Ausnutzung als auf eine Linderung der Notlage hinaus. Der scheinbar nicht zu hoch angelegte ordentliche Tagelohn beträgt für Osterwedel 1,70 M. bis 2,20 M., unter dem sollten jedenfalls auch nicht die Notstandsleute zur Auszahlung gelangen. Es wird nun von der Arbeiterschaft versucht, eine entsprechende Erhöhung zu erreichen.

Berlin und Umgegend.

Polizei und Streikposten.

Die Gärtnereifirma J. C. Schmidt, Postfach, Steglitz, Albrechtstr. 85, versucht nun mit allen Mitteln Arbeitskräfte heranzuziehen. Bisher ist es der Firma nicht gelungen und wird es wahrscheinlich auch so leicht nicht gelingen, da die Streikenden jeden, der bei der Firma Arbeit annehmen will, bereitwillig, in freundschaftlicher und höflicher Art und Weise die Ursache ihrer Arbeitseinstellung mitteilen. Vergeltens hat die Firma durch ihren Herrn Obergärtner die Schutzleute auf die Streikposten stehenden Gärtnern aufmerksam gemacht, um sie los zu werden. Die Polizei hatte eben keinen Grund, einzuschreiten und kann sich auch ferner verhalten halten, daß ihr zum Einschreiten keine Gelegenheit gegeben wird. Das gefällt aber dem Inhaber der Firma B. Swoboda und auch dem Herrn Obergärtner Mühlner nicht und so veranlaßten beide, daß zwei Geheimpolizisten auf direkte Weisung des Obergärtner Mühlner, drei der Streikposten, als sie ruhig, ohne jemand belästigt zu haben, auf dem Fußweg vor der Firma auf und ab patrouillierten, anhielten und dann zur Wache führten, wo ihnen der Prozeß wegen Uebertretung des § 153 der Reichsgewerbeordnung angedroht wurde. Wir empfehlen der Polizei ein aufmerksames Studium des § 153 der Reichsgewerbeordnung und sie wird darin nichts finden, was eine Anklage gegen das Verhalten der drei nach der Wache geführten Gärtnern abgeben könnte. Herr B. Swoboda aber soll sich auch gefast sein lassen, daß einzig und allein sein eigenes Verhalten diesen für ihn höchst fatalen Zustand heraufbeschworen hat, der am wenigsten durch solche Maßnahmen beseitigt wird.

Deutsches Reich.

Die Vertragsbruchklage der Hamburger Reeder gegen den Hafenarbeiterverband

gelangte am Dienstauchmittag vor der Zivilkammer III des Landgerichts Hamburg zur Verhandlung. Ein Vorläufer dieser Klage war, wie schon mitgeteilt, der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, dem Beklagten zu verbieten, den Zugang von Hafenarbeitern in irgend einer Weise, sei es direkt oder indirekt zu fördern, insbesondere öffentliche Warnungen vor solchem Zugang zu erlassen, so zu veranlassen, die Kontraktarbeiter als Streikbrecher usw. zu bezeichnen und dem Beklagten aufzuerlegen, zur Sicherstellung des Klägers gegen fernere Verletzungen des Vertrages eine hohe Geldsumme an Gerichtsstelle zu deponieren. Diefem Antrage wurde in der Hauptsache stattgegeben. Gegen den Entscheid ist aber Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt worden.

Die nun zur Verhandlung stehende Klage verlangt, festzustellen, daß der im April 1907 zwischen Reedern (Hafenbetriebsverein) und Hafenarbeiterverband abgeschlossene Vertrag nicht am 1. Oktober 1907 erloschen ist. Ferner beantragt der Kläger, die Beklagten (Hähnel, Vorsitzender der Hamburger Schauerleute, Döring, Vorsitzender des Gesamtverbandes, sowie die Mitgliedschaft der Schauerleute und den Gesamtverband) zu verurteilen, die oben genannten Handlungen zu unterlassen und zur Vornahme folgender Handlungen zu verurteilen:

Innerhalb drei Tagen nach Rechtskraft des Urteils die Redaktionen des „Vorwärts“, des „Hamb. Echo“, des „Stettiner Volksboten“ und des „Hafenarbeiter“ aufzufordern (1), den erkrankenden Teil des Urteils in ihrer nächsten Nummer auf Kosten der Beklagten zu veröffentlichen. Im Falle Nichterfüllung verlangt der Kläger die Ermächtigung, den erkrankenden Teil des Urteils in anderer geeigneter Weise zur Kenntnis der Hafenarbeiter und inländischen Arbeitsvermittlungen zu bringen, und zwar bis zum Höchstbetrage von 3000 M. auf Kosten der hierfür als Gesamtschuldner haftenden Beklagten. Der Kläger behält sich außerdem die Geltendmachung weiterer Schadenersätze vor.

In längeren Ausführungen suchte der klägerische Anwalt Dr. Ehlers den Nachweis zu führen, daß die Beklagten zur Erfüllung der Klagepunkte verpflichtet seien. Sie müßten die genannten Blätter veranlassen zur Aufnahme der Richtigstellungen. Der Einwand des Beklagten Hähnel, daß ohne sein Verschulden die Warnungen vor Zugang von Arbeitskräften nach dem Hamburger Hafen im „Vorwärts“ und „Volksboten“ erschienen seien, sei ungläubhaft, wie auch ungläubhaft sei, daß er die Warnung nur als Information an den Arbeitersekretär Albin Rörsten-Berlin gesandt habe, der sie dem „Vorwärts“ zugetragen haben sollte. Diese Stellen würden sicher nicht ohne Zustimmung so verfahren, denn das wäre äußerst leichtfertig gehandelt. Döring sei ebenfalls verantwortlich zu machen, weil er in einem Brief an den Kläger geschrieben habe, er billige den Inhalt der Warnungen. Der Rechtsbeistand der Beklagten, Dr. Vliet, tritt diesen Ausführungen entgegen. Hähnel könne gar nicht verklagt werden, weil er gar keinen Vertrag mit dem Kläger abgeschlossen habe. Schließlich könnten ja die sämtlichen Mitglieder des Hafenarbeiterverbandes belangt werden. Hähnel habe die Information an die Berliner Gewerkschaftskommission gefandt und ohne sein Dazutun habe die Warnung am 2. November 1907 im „Vorwärts“ gestanden. Die in Frage kommenden Personen seien zu Eidesleistung bereit. Dr. Ehlers: Der Augenzeuge spricht zu sehr dagegen, daß der „Vorwärts“ in leichtfertiger Weise unterschriebene Aufrufe aufnehme. Am zweckmäßigsten wäre es, wenn Rörsten an dieser Stelle eidlich darüber berrnennen würde.

Nach längerem Hin und Her wurde die Urteilsverfällung auf nächsten Dienstag ausgesetzt.

Der Gasarbeiterstreik in Halle a. S., über den wir bereits telegraphisch berichteten, ist vom Stadtverordnetenkollegium und Bürgermeistern in rigoroser Weise provoziert worden. Da man vor nicht allzu langer Zeit Magistratsmitgliedern, Polizei, und anderen Beamten und Lehrern bedeutende Gehaltzulagen von insgesamt rund 300 000 M. bewilligt hat, glauben auch die städtischen Arbeiter um kleine Forderungen bitten zu dürfen. Sie petitionierten vor Weihnachten bei dem Stadtverordnetenkollegium um Einführung der Wochenlohnung, damit die Arbeiter in festem Lohn nicht mehr mit Beträgen von 10 und 12 M. pro Woche nach Hause gehen brauchten. Das „liberale“ Kollegium lehnte die bescheidene Forderung ab und ein „liberaler“ fand Mut, die Arbeiter, die Lohn für Feiertage verlangten, als Faulenzer zu bezeichnen. So rief endlich die Geduld der Arbeiter. Natürlich bezichnet die Lokalpresse den Streik als sozialdemokratische Verheerung.

Modernster Arbeitswilligen-Transport.

Bei dem Streik der Ziegeleiarbeiter der Dampfzegiefabrik Roehold in Briesnig bei Dresden feiert die moderne Verkehrschauffiere ihre Triumphe. Das Auto wird in den Dienst des Arbeitswilligen-Transports gestellt.

Am Dienstag kam ein Trupp Galizier auf dem Reichsbahnhof an. Die Arbeitswilligen wurden aber nicht durch die Bahnhofsdirigenten befreit, sondern nach dem Passieren verschiedener Gleise, was ja bekanntlich für jeden gewöhnlichen Sterblichen mit Strafe bedroht ist, wurden sie nach dem für Militärtransport bestimmten Ausgang und von dort unter gehöriger polizeilicher Bedeckung zu fünf bereitstehenden Autos transportiert, um dann in lausender Geschwindigkeit nach dem Betriebe geschafft zu werden. Der Ziegeleibesitzer hat nun auch die organisierten Arbeiter seines Filialbetriebes in Langburkersdorf bei Sedwitz ausgeperrt.

So werden alle Verkehrs- und bahnpolizeilichen Anordnungen — suspendiert — alles wegen der Ordnung und Sicherheit der freien Arbeitswilligen und im Interesse des dreimal geküßelten Kapitalismus!

Zur Situation im Baugewerbe.

Eine am Dienstag in Dresden tagende Zimmererversammlung lehnte ebenfalls einstimmig den von den Bauunternehmern vorgelegten, in seinen schlimmsten Bestimmungen schon veröffentlichten Tarif ab. (In dem Bericht über die Maurerversammlung ist insofern ein Irrtum enthalten, als darin steht, daß der Tarif von den Unternehmern einseitig vorher aufgegeben werden könne. Es sollen aber nur die Zentralvorstände für Abbruch resp. Kündigung maßgebend sein.) Gauleiter Reich ging scharf mit dem Nachwort ins Gericht. Interessant ist, daß in der Unternehmer-Versammlung der Baumeister Rood-Dresden anerkannt habe, daß das bisher bestehende Tarifverhältnis durchaus erprießliche Verhältnisse im Baugewerbe geschaffen habe. Trotzdem ist in der Generalversammlung der Bauarbeiter mit 212 gegen nur 45 Stimmen eine Lohnerhöhung abgelehnt worden. Eine entsprechende Resolution, in der das Eingehen auf den von den Unternehmern vorgelegten Tarif abgelehnt wird und man sich mit dem Verhalten der Lohnkommission einverstanden, aber zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt, wird dann angenommen. Die Versammlung war von 1200 Zimmerern besucht.

Kommere haben die drei in Frage kommenden Organisationen des Bauberufs in Dresden einstimmig das Nachwort der Unternehmer, daß sie wohl selber kaum ernst genommen haben, abgelehnt. Es wird sich ja nun zeigen, ob die Unternehmer ihre Drohungen wahr machen werden.

Ausland.

Der russische Gewerkschaftskongreß aufgehoben.

Die Organisationskommission für die Einberufung des Gewerkschaftskongresses gibt in der letzten Nummer des „Gewerkschaftsanzeigers“ die Erklärung ab, daß alle Schritte, die zur Legalisation des geplanten Gewerkschaftskongresses unternommen wurden, ohne Erfolg geblieben seien, und daß aus diesem Grunde die Einberufung des Kongresses in nächster Zukunft sich als unmöglich erweise. Gleichzeitig ersucht die Organisationskommission die Verbände, die Frage zu erörtern, ob sie nicht infolge des Aufschubes des Kongresses die Einberufung einer Konferenz zur Erörterung einiger Tagesfragen für notwendig erachteten.

Eine neue Buchdruckerorganisation in Petersburg.

Wie erinnert, wurde der Petersburger Druckerarbeiterverband, die stärkste Gewerkschaft in Petersburg, im August v. J. polizeilich geschlossen, gerade als er an die Abschließung eines Tarifvertrages mit den Unternehmern schreiten wollte. Seitdem haben sich die Beziehungen zwischen den Druckerarbeitern und Arbeitern so zuspitzigt, daß ein Teil der Unternehmer selbst darum nachsuchte, die Legalisation eines neuen Verbandes zu beschleunigen. Am 21. Januar hat denn auch die Behörde für Vereinsangelegenheiten die Registration des „Vereines der Arbeiter der graphischen Künste“ gestattet, nachdem zwei ähnliche Gesuche, die während der letzten Monate eingereicht wurden, abschlägig beschieden worden waren. Das neue Statut legt den Arbeitern der graphischen Künste außerordentliche Einschränkungen auf. So gestattet es die Abhaltung nur solcher Versammlungen, in denen Fragen behandelt werden, die unmittelbar mit der Tätigkeit des Vereines in Verbindung stehen. Die Auffassung jenes Petersburger Arbeitersekretärs, der auf einer Retoarbeiter-Versammlung erklärte: „Hier dürfen nur Fragen erörtert werden, die mit der Bearbeitung von Metall in Verbindung stehen“, ist somit zum Gesetz erhoben.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 18. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Taktisches zur Blockpolitik — Das politische System der Sozialdemokratie von Karl Pannekoek. — Methoden der Kolonialverwaltung, von St. Nauck. — Zwei Schriften über Moral von G. Steiner. — Die „passive Resistenz“ im Leipziger Buchhandel, von Paul G. Woltke (Leipzig). — Das argentinische Arbeitsamt, von German Brodskalmant (San Luis, Argentinien). — Literarische Rundschau: Max Reichmann, Die christlichen Gewerkschaften, ihr Wesen und ihre Ziele, J. Diebner, Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, der Volksstaatlichkeit und im öffentlichen Leben, C. Förscher, Der christliche Gewerkschaftsgedanke, Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften, von ad. br. Otto Ernst, Das Kind der Freiheit und Freude, von h. sch. — Zeitschriftenchau. — Bibliographie des Sozialismus. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Bibliothèque du Mouvement Socialiste II La Confédération Générale du Travail. Emile Pouget. 64 Seiten. — IV L'Action Syndicaliste. Victor Griffuelhes. 67 Seiten. Marcel Rivière, Paris. Großstadt Dokumente. Dr. M. Ehrlich. Die Gurgel von Berlin — Rechtsanwalt Dr. J. Werthner. Sittlichkeitsberichte der Großstadt. Einzelheft 1 M. — Verlag D. Czemmann Nachf., Berlin NW. 57. — Die Judenfrage ist lebbar. Ein neues Weltanschauung. Von Dr. Reumann. Verlag von Czemmann und Dr. Müller, Leipzig. 1,50 M. Kolonialpolitik und Torpedotechnik. Von Sebelin, Korvettenkapitän a. D. 35 Seiten. Verlag A. Cordes in Kiel. — Nachschriften. Ein Fall preussischer Nachschiffe. Von R. Vulk. 1,50 M. Selbstverlag in Breslau, Auguststr. 82. —

Künftiger Marktbericht der südlichen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Marktfrage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schloppend, Preise für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Milch: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Getreide: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhafter, Preise beschleunigend. Rindfleisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft auffallend still, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	29. 1.	28. 1.	om	om		29. 1.	28. 1.	om	om
Remel, Elbe	248 <sup>h</sup>	—	—	—	Saale, Großh.	147	+42	—	—
Bregel, Ansternburg	247 <sup>h</sup>	+11	—	—	Havel, Brandenburg	122	+4	—	—
Wegscheid, Elbe	228 <sup>h</sup>	+4	—	—	Wilsenersee	143	0	—	—
Daber, Ansternburg	237 <sup>h</sup>	+131	—	—	Spree, Brandenburg	146	+44	—	—
• Arnstein	171	+4	—	—	• Bestow	158	+3	—	—
• Frankfurt	279 <sup>h</sup>	+14	—	—	• Wetzlar, Hessen	103	+106	—	—
Wärthe, Schrimm	301	+3	—	—	• Rindon	120	-20	—	—
• Landsberg	144 <sup>h</sup>	+7	—	—	• Rhein, Württemberg	—	—	—	—
• Rehe, Brandenburg	73	+3	—	—	• Saub	185 <sup>h</sup>	+48	—	—
• Elbe, Bismarck	-12	+19	—	—	• Rün	189	+53	—	—
• Dresden	-102	-2	—	—	• Redar, Westfalen	150	+25	—	—
• Barch	136	+11	—	—	• Rain, Westfalen	180	+35	—	—
• Magdeburg	111	+2	—	—	• Woiel, Elbe	300	+50	—	—

h) + bedeutet Sturz, — Fall. — \*) Unterpegel. — \*) Eisstand. — \*) eisfrei. \*) Treibeis.

Witterungsübersicht vom 30. Januar 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.
Stettin	755	SW	2	wolkenlos	-0	31	Darmstadt	743	SW	2	bedeckt	-5	23
Darmstadt	758	SW	2	wolkenlos	2	36	Leipzig	740	SW	2	bedeckt	-2	28
Berlin	758	SW	2	bedeckt	2	36	Stettin	771	SW	2	bedeckt	6	43
Königsberg	764	SW	2	bedeckt	1	34	Aachen	761	SW	2	bedeckt	1	34
München	764	SW	2	bedeckt	-1	30	Wien	767	SW	2	wolkenlos	-1	30
Wien	761	SW	2	bedeckt	1	34							

Wetterprognose für Freitag, den 31. Januar 1908. Vorherrschend mäßig mit geringen Niederschlägen und ziemlich heissen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

Arbeitslosenversammlungen in Rixdorf.

In Rixdorf fanden gestern vormittag wieder einmal Straßendemonstrationen statt. Sie waren aber nicht etwa von den arbeitslosen Arbeitern veranstaltet, die sich zu Tausenden, aber in aller Ruhe und ohne besonderes Aufsehen zu erregen, bei Hoppe in der Hermannstraße und bei Thiel in der Bergstraße versammelt hatten, sondern von der Polizei, die, des Suchens nach unauffindbaren Mördern und Verbrechern überdrüssig, nun ihre beste Kraft einsetzte, um Rixdorf und seine Umgegend vor vermeintlich fürchtbaren Gefahren zu bewahren. Was Rixdorf selbst an Polizeileuten zur Verfügung hat, reichte sicherlich nicht aus, um dem schrecklichen und erfolglos die Straße bieten zu können. Darum kamen schon frühzeitig große Truppe

reitender Schubleute aus Berlin

herbeigezogen. Ein Geruch, monach am gestrigen Tage die waterlandischen Gefellen in Rixdorf die öffentlichen Gemalte an sich reihen wollten, und dann die Revolutionshete sofort nach Berlin marschieren sollten, um die Reichshauptstadt zu unterjochen, war offenbar auch nach dem Alexanderplatz gedrungen. Hier sah man der Gefahr mit der allgewohnten Tapferkeit entgegen. Alles wurde aufgeboten, um den heimtückischen Plan der Rixdorfer im Keime zu ersticken. Es gelang denn auch und es gelang so gut und ohne jede weitere Anstrengung, daß den Unbeteiligten die kriegerischen Maßnahmen der Polizei als gänzlich überflüssig erschienen und bei Manchem ein höhnisches Lächeln hervorrief, das wohl soviel sagen wollte wie: Arbeitslose „überwachen“ ist gewiß leichter, als — Mörder fangen.

Bei Thiel war der große Saal schon lange vor Beginn der Versammlung bis auf den letzten Stehplatz voll von Arbeitslosen, jungen Leuten, Leuten in den besten Jahren und älteren. Auch eine Anzahl Frauen waren da, aber nicht sehr viele. Für Frauen, die gewohnt sind, Lohnarbeit zu verrichten, gibt es ja in Zeiten der Arbeitslosigkeit soviel häusliche Arbeit zu verrichten, daß sie nur ungern die Zeit opfern, um in eine Arbeitslosenversammlung zu gehen. Den Versammlungsbesuchern sah man vielfach die Entbehrung an. Es herrschte denn auch die Stimmung, die die Not hervorbringt, von der man nicht weiß, wann und wie sie enden wird. Nur der Gedanke, daß Kräfte in der Gesellschaft tätig sind, die diesem wahnsinnigen Zustand, wo arbeitsfähige und arbeitsfähige Menschen müßig gehen und nicht wissen, wie und wo sie sich Nahrung und Nahrung des Lebens beschaffen sollen, ein Ende machen werden, weckte einen Schimmer von froher Hoffnung. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Emmele aus Rühlhausen, hob denn auch in seinem Vortrage diesen Gedanken stark hervor und unterließ es nicht, die Versammelten darauf aufmerksam zu machen, daß jeder aufgestellte Arbeiter verurteilt ist, mit ganzer Kraft für eine Gesellschaftsordnung zu wirken und zu streben, in der es jedem möglich ist, zu arbeiten und von den Früchten seiner Arbeit ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Im übrigen schilderte der Redner treffend die Ursachen der Arbeitslosigkeit, die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ihrem Wechselspiel von Prosperität und Krise, mit ihrer scheiternden Leberproduktion, die die Arbeitskräfte lahmlegt, die Arbeitermassen zu Hunger und Entbehrung verurteilt, weil sie zu viel geschaffen haben. Dann wies der Redner vor allem darauf hin, daß Reich, Staat und Gemeinden die Pflicht haben, für Arbeit und Verdienst zu sorgen, die Arbeitslosen nicht zu bluten, sondern zu fördern haben, daß man sie nicht schonungslos der Not preisgibt, die nicht durch ihr Verschulden, sondern durch die ungewöhnliche Wirtschaftsordnung und durch ideochte Gesetze, die durch den Postarat, noch verschärft würde.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Der Vorsitzende, Genosse Hendrichs gab bekannt, daß der Magistrat und sämtliche Stadtvorordnete von Rixdorf jährlich zu der Versammlung eingeladen werden, und forderte nun zunächst vielleicht anwesende: Wegner auf, ihre Meinung zu sagen. Es meldete sich aber keiner. In der Diskussion sprach zunächst Genosse Frank in dem Sinne des Referats. Dann kam ein Redner zu Worte, der in langen Ausführungen und mit törichtem Redensarten über verschiedene Streiks sprach, leitende Personen in der Gewerkschafts- und Parteibewegung wie den „Vorwärts“ zu beschimpfen suchte und die Absicht zu haben schien, Zwietracht in der Arbeiterschaft zu säen oder die Versammlung zu sprengen. Nachdem die Versammlung das eine gute Weile ruhig mit angehört hatte, mußte er das Spiel verlieren geben. — Von den sozialdemokratischen Stadtvorordneten sprach Genosse Conrad, der zunächst dem vorigen Redner die Wahrheit sagte und dann erklärte, daß die sozialdemokratische Interpellation über die Arbeitslosigkeit in der nächsten Sitzung des Stadtparlamentes zur Sprache gebracht werde und die sozialdemokratischen Vertreter alles ausbieten werden, damit Arbeitslose sofort in Angeriff genommen werden, um den Rixdorfer Arbeitslosen soweit wie nur irgend möglich lohnende Arbeit zu verschaffen. — Genosse Emmele machte in seinem Schlusswort besonders darauf aufmerksam, daß städtische Arbeiten in eigener Regie und nicht durch Zwischenunternehmer ausgeführt werden sollten, und erwähnte die Erfolgsgeschichte hiermit in Rühlhausen, wo er selbst dem Stadtparlament angehört, erzielt worden sind. Auch warnte der Redner vor den Quartierbezirken innerhalb der Arbeiterschaft, wie sie hier in der Versammlung von jenem einen Diskussionredner versucht wurden. Der Vorsitzende machte zum Schluss darauf aufmerksam, daß sich jetzt häufig

allerlei zweifelhafte Elemente

in die Arbeiterversammlungen zu schleichen suchen, und warnte vor Provokationen.

Auf der Straße wimmelte es von Schubleuten und Geheimen. Aus den „Würgeräulen“ (Rixdorfer Theater), die einige Häuser vom Thielischen Lokal entfernt liegen, kamen Trupps Versteinerter und Schubleute zu Fuß. In jenem Lokal war eine fliegende Polizeistation eingerichtet, wo wohl mehr denn hundert Beamte die Entwicklung der Dinge abgewartet hatten. Sie fanden aber keine Gelegenheit, irgendwie einzugreifen. Die Versammlungsbesucher entfernten sich in aller Ruhe.

Hoppe's Lokal in der Hermannstraße war schon eine Stunde vor der angesetzten Zeit stark gefüllt, und um 10 Uhr waren Saal und Galerien dicht besetzt. Arbeitslose Männer und Frauen mit ernstem sorgenvollen Miene, die gekommen waren in der Hoffnung, daß man doch vielleicht ihren Notschrei hören würde und daß sich die Kommune auf ihre Pflichten gegenüber den ehrlich um eine Existenz ringenden Mitgliedern des Gemeinwesens bekümmern würde, sahen da beisammen. Der Andrang wurde stärker nach 10 Uhr; man setzte die Tische beiseite und rückte zusammen. Gegenwart dieser zahlreichen Menge aus dem Arbeiterstande im Vormittag eines Wochentages allein schon hätte jeden zweifelnden „Stadtwater“ von Rixdorf überzeugen müssen, daß es sich bei den Klagen über die Arbeitslosigkeit um eine fürchtbare Wahrheit handelt und um ein ernstes Problem, das gebieterisch eine Lösung erfordert. Sie waren eingeladen worden zu der Versammlung, um sich von dem Stande der Dinge in der Arbeiterbevölkerung ihrer Kommune persönlich zu überzeugen, aber sie waren nicht erschienen. Seine Antwort erfolgte, als der Vorsitzende Boeske die Frage an die Versammlung richtete, ob vielleicht einer der Herren von der bürgerlichen Vertretung im Stadtparlament anwesend sei und das Wort wünsche. Freilich wäre es einem jeden Gegner schwer geworden, auf die scharf politisierten Ausführungen des Genossen Boeske, des Versammlungsbredners, etwas zu erwidern. Sehr aufmerksam folgten die Versammelten dem Redner und gaben oft laut ihre Zustimmung zu erkennen, wenn er ihnen so recht aus dem Herzen gesprochen hatte. Seine wichtigere Anklage gegen die kapitalistische Gesellschaft gibt er, so erklärte er, als die zugrundeliegende Ursache gegenüber der fürchtbaren Arbeitslosigkeit großer

Massen. Gibt es natürliche Gründe dafür, haben wir es mit einer Erscheinung zu tun, die unabänderlich ist? Nein, der Uebelstand ist nur in dem herrschenden System der kapitalistischen Produktion begründet, das die tollsten Widersprüche zutage fördert. Da sind Leute obdachlos und arbeitslos, weil es — zu viele Wohnungen gibt und keine Häuser gebaut werden, um ihnen Arbeit zu geben. Die Arbeitslosigkeit der Massen zieht weite Kreise in Mitleidenschaft, und je länger sie andauert, desto schlimmer werden die von ihr ausgehenden Wirkungen. Reich, Staat und Kommune haben alle Ursache, Mittel zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit anzuwenden. Der Redner empfiehlt die schon früher von ihm vertretene Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung von Reichs wegen, ähnlich der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung. Wenigstens ein Minimum zum Leben sollte dem Arbeitslosen gesichert sein. Der Staat müßte veranlaßt werden, helfend einzugreifen durch Vornahme großer und allgemeiner nützlicher Arbeiten wie

Kanalanlagen, Bahnbauten, Urbarmachung von Uebland usw.

In sehr vielen Städten sind neue Bahnhöfe eine dringende Notwendigkeit geworden. Die Kommunen könnten viel leisten, wenn sie Schulen bauen lassen, über deren Mangel regelmäßig Klage geführt wird; wenn die Kanalisation in den Städten eingerichtet würde, wo sie nicht besteht, wäre Arbeit genug vorhanden. Eine allgemeine Regelung der Arbeitszeit würde gegenseitige Wirkungen haben. Gegenwärtig werden in jeder Kreis die Arbeiter geächtet für die Sünden der Kapitalisten. Der Redner wies zum Schluss seiner Rede auf die Bestrebungen der Sozialdemokraten hin, die Produktion sozialistisch einzurichten und damit den Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen als Kulturmenschen gerecht zu werden.

Nachdem der allgemeine laute Beifall der Versammelten den Redner war, brachte der Vorsitzende die Resolution zur Verlesung, die schon in den vorhergehenden Arbeitslosenversammlungen angenommen und auch im „Vorwärts“ bekannt gegeben worden ist. Mit kräftiger Zustimmung wurde der Passus begrüßt, daß die Arbeitslosen jede Hülfe zurückerufen, die den Charakter der Armenunterstützung trägt. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Obgleich die Versammlung bis auf den letzten Platz gefüllt war, hatte die

Polizei nicht abgesperrt.

Der Verkehr regelte sich in ruhiger Weise, ohne ohne Absperrung. Vor dem Beginn der Versammlung war ein halbes Dutzend Schubleute in der Nähe von Hoppe's Lokal zu sehen, ohne daß irgend ein Grund dazu ersichtlich war. Die Zahl der Schubleute verdreifachte sich aber sofort, als die Versammlung geschlossen wurde und die Menge auf die Straße drängte. Ein Leutnant gab Befehle, als er erwartete, daß die Verdrängten liegen sich gingen. Aus der Menge erfolgte keinerlei Absperrung und ruhig ging man auseinander. Das Polizeiaufgebot sah aus, wie das

lebendige schlechte Gewissen der herrschenden Klasse,

das den Arbeitslosen immer zutrifft, sie können jeden Augenblick die Geduld verlieren und daß sie deshalb ängstlich überwacht werden müssen.

Aus Industrie und Handel.

Ernte.

Das Jahr 1907 mit seiner ungünstigen Entwicklung für die Arbeiter hat den Unternehmern reichliche Ernte eingebracht. Die meisten industriellen Unternehmen bringen für das letzte Jahr erhöhte Gewinne heraus. Die Bergwerks-Gesellschaft Siberia, die für 1906 einen Betriebsüberschuss von 10 1/2 Millionen Mark erzielte, schloß für 1907 mit einem Ueberschuss von 15 Millionen Mark und für 1908 mit 15 1/2 Millionen Mark ab. — Die Aktionäre der Glas- und Spiegelmanufaktur in Schalle sollen für das Geschäftsjahr 1907 14 Prozent Dividende erhalten. — Die Chemnitzer Aktienspinnerei in Chemnitz will für das letzte Jahr 10 Prozent verteilen, gegen 9 Prozent im Vorjahre. — Von 11 1/2 auf 15 1/2 Prozent geht die Dividende für die Aktionäre der Mechanischen Baumwollspinnerei Kaufbeuren hinaus. — Der „Neptun“, Schiffswert und Maschinenfabrik in Rostock erhöht die Dividende von 6 auf 7 Prozent. — Die Leipziger Baumwollspinnerei bringt 16 Prozent heraus. — Um 1 1/2 Prozent auf 13 1/2 Prozent erhöhte sich die Dividende der Gummi-fabrik in Großdörf.

Auch das Geschäftsjahr 1906/07 hat durchweg hohe und gesteigerte Gewinne gebracht, wie die folgende Aufstellung einer Reihe Unternehmen aufweist. Es betrug die

Table with 2 columns: Company Name and Dividend in Prozent 1906/7. Includes Salpeterwerke Fölsch u. Martin in Hamburg, Rhein-westfäl. Kupferwerke A.G. in Dilsdorf, etc.

Die Papierfabrik streichen nun die Ernte ein, während die Arbeiter mit Lohnfällungen und Lebensmittelverteuerungen heimgeschickt werden. Das nennt die besitzende und genießende Klasse: Göttliche Weltordnung!

Schutz der nationalen Arbeit. Wahrscheinlich um die nationale Arbeit zu schützen, nehmen die Syndikate den deutschen Abnehmern höhere Preise ab als dem ausländischen Verbraucher. So bietet der Walddragerverband dem Auslandsmarkt Walddrager für 110 Mark an, während der Inlandsverbraucher 132 1/2 Mark bezahlen muß. Der Stahlwerksverband fordert von seinen Inlandsabnehmern für Knäppel 100 Mark und für Platinen 102,50 Mark, ausschließlich Fracht; auf dem Auslandsmarkt wird zu Preisen verkauft, die sich um 20 Mark unter den vorstehenden Sätzen halten. Durch solche Politik wird die Konkurrenzfähigkeit der inländischen Weiterverarbeiter natürlich ganz außerordentlich erschwert, wenn nicht ganz unterbunden, aber die Syndikate schützen die nationale Arbeit.

Bodenwucher. Wie der Liquidator der Norddeutschen Lagerhaus A.G. in Liquidation mittel, wurden 9 Parzellen verkauft und aufgeschlossen, die einen Ueberschuss von 356 500 Mark über den Einstandspreis ergaben.

Lebensmittelteuerung in Oesterreich. Auch Oesterreich leidet schon seit längerem unter einer zum Teil durch eine verkehrte Zollpolitik hervorgerufenen teureren Lebensmittelteuerung. Im österreichischen „Konsumverein“ finden wir eine Zusammenstellung der Preise der wichtigsten Lebensmittel im Oktober 1902 und 1907, der wir folgende Angaben entnehmen:

Table with 4 columns: Item, 1902 Seller, 1907 Seller, Steigerung in Proz. Includes 1 kg Auszugmehl, 1 Erbsen, gepulvert, 1 Pinzen, etc.

Eine Teuerung der notwendigen Massenkonsumartikel von 11,1 bis 60,07 Proz! Trotzdem wagte es der christlich-sozialistische Abgeordnete Reichel bei Beratung der sozialdemokratischen Dringlichkeitsanträge von einem „Teuerungsschwindel“ zu sprechen.

Der Verband der schweizerischen Konsumvereine hat im Jahre 1907 einen weiteren Aufschwung genommen. Die Zahl der ihm angeschlossenen Genossenschaften stieg von 287 bis 298, der Mitglieder von 182 000 auf 170 000. Der Warenumsatz erfuhr eine Erhöhung von 10 848 480 Frank auf 14 854 800 Frank, um 3 700 311 Frank oder 34,8 Proz.

Soziales.

Prolongierte Probeengagements.

Zu der in Nr. 20 mitgeteilten Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht macht uns die Auer-Gasglühlichtgesellschaft zwei Mitteilungen. Die erste bezieht sich auf die als gegen die guten Sitten verstoßend gerügte Vertragsklausel. Die Firma schreibt:

Bei Unterzeichnung der Klausel, welche die Firma ermächtigt, den Reklamen bei Nichterreichung eines bestimmten Wochenumsatzes zu entlassen, ist, wie der Kläger selbst in der Verhandlung vorgebracht hat, den Reklamen ausdrücklich erklärt worden, daß eine Entlassung niemals lediglich wegen zu geringer Erfolge, sondern nur dann eintreten würde, wenn außerdem Grund zu der Annahme vorläge, daß der Reklame seine Verpflichtungen nicht mit der erforderlichen Sorgfalt nachgekommen ist. Nach diesen Grundsätzen ist denn auch stets verfahren worden. Nur in ganz vereinzelten Ausnahmefällen sind Entlassungen vor ordnungsmäßigem Ablauf des Engagements erfolgt, und insbesondere sind von den mit dem Kläger zugleich engagierten Herren nicht der „größte Teil“, sondern nur zwei, und zwar der eine nach 2 Monate langer, der zweite nach mehr als 3 1/2 Monate langer Tätigkeit entlassen worden, nachdem überdies die Herren wiederholt darauf hingewiesen worden waren, daß, falls sie nicht mehr Eifer zeigten, die Firma von ihrem Entlassungsrecht Gebrauch machen müsse.

Dadurch, daß die Firma von der Klausel danach in der Regel keinen Gebrauch macht, verkehrt die Vertragsklausel selbst nicht von der vom Gericht hervorgehobenen Eigenschaft. Die Befestigung einer solchen Klausel wäre tot.

Ueber die nach dem Vortrag des Klägers diesem ihm erteilte Antwort: „Wir haben kein Wohl für Obdachlose!“ bemerkt die Firma:

„Der Kläger hat zwar eine solche Bemerkung, die wir, falls sie erfolgt wäre, auf das schärfste verurteilen würden, vorgebracht, aber selbst nur behauptet, daß dieselbe von einem der unteren Beamten, der mit der Geschäftsleitung nichts zu tun hat, ausgegangen sei. Von unserem Vertreter ist in der Gerichtsverhandlung die diebezügliche Behauptung des Klägers förmlich bestritten worden.“

Zum Kapitel der Leutenot auf dem Lande

dient folgende Leidengeschichte einer ostpreussischen Landarbeiterfamilie.

Auf dem Gute Schugken im Kreise Hildesheim, welches einem Herrn Hauptmann Redholz gehört, wohnt seit länger als 2 Jahren eine Landarbeiterfamilie, bestehend aus Mann, Frau und drei noch nicht schulspflichtigen Kindern. Der Mann arbeitet auf dem Gute als Tagelöhner, wofür er neben freier Wohnung, die einem Mietwert von jährlich höchstens 50 Mark hat, pro Tag jetzt im Winter 1,50 Mark erhält. Er bekommt nicht einmal Brennholz. Eine Kuh oder ein Schwein darf er sich nicht halten, den Kartoffel- oder auch er pro Rute mit 10 Pf. bezahlen. Der kleinen Kinder wegen kann die Frau zum Verdienst nichts beitragen.

Wie bringt es diese Familie nun fertig, mit 9 Mark pro Woche ihren Unterhalt zu bestreiten? Hier die Tageskostkarte: Frühmorgens vor Beginn der Arbeit ein kaffeeähnliches Getränk und ein Stück trockenes Brot. Frühstück: Ein Stück Schmalzbrat und Kaffee. Mittag: Kartoffeln mit Salz oder Kartoffeln mit Zwiebeln, ab und zu auch Kartoffeln mit etwas Schmalz übergeben. Einmal in der Woche, wenn es sein kann, drei kleine Heringe zu den Kartoffeln. Vesper: Ein Stück trockenes Brot und Kaffee. Abendbrot: Kartoffeln mit Zutaten wie mittags. Fleisch ist in den zwei Jahren, welche die Familie auf dem Gut wohnt, von ihr noch niemals gegessen worden. Dazu reicht es, wie aus folgendem Haushaltszettel zu ersehen, auch nicht aus. Das Einkommen des Mannes beträgt wöchentlich 9 Mark, wenn er alle 6 Tage arbeitet. Die Ausgaben sind folgende: Wöchentlich 8 Brote zu 3 1/2 Pfund, a 50 Pf. gleich 4 Mark, 2 Pfund Schmalz oder Margarine a 60 Pf. gleich 1,20 Mark, 7 Liter Milch a 10 Pf. gleich 70 Pf., 3 Heringe a 5 Pf. gleich 15 Pf., Salz, Zwiebeln, Kaffee, Brot, Holz, Petroleum, Seife und sonstige unentbehrliche Kleinigkeiten die Woche über 2,20 Mark, zusammen 8,25 Mark. Es bleiben somit nach Anschaffung der allernotwendigsten Lebensmittel, die auch nur gerade ausreichen, um eine Familie vor dem Verhungern zu bewahren, ganze 75 Pf. pro Woche zur Anschaffung von Kleibern, Wäsche und all der Bedürfnisse, die auch im ärmsten Haushalt unentbehrlich sind. Also trotz des vollständigen Verzichts auf Fleischnahrung oder sonstige den Verbrauch der Kräfte ersetzende Nahrung nicht die geringste Aussicht, verbrauchte Kleider und Wäsche zu ersetzen. Schuhe oder Stiefel besitzt weder der Mann noch die Frau oder die Kinder, sondern nur selbstgemachte Holzpanzern. Wird es durchaus notwendig, ein Hemd oder ein Kleidungsstück zu ersetzen, dann fällt für eine Zeitlang Schmalz und Hering vom Speisezettel fort und es wird auch an Brot gespart.

So vegetiert diese und ähnlich alle anderen Landarbeiterfamilien dieser ostpreussischen Unterdomäne in normalen Zeiten. Noch grauenerregender wird aber das Elend, wenn Krankheit und Erwerbslosigkeit eintritt.

Am 30. Dezember vorigen Jahres verunglückte der Mann bei der Arbeit und wurde erwerbsunfähig. Er mußte sich zu Bett legen. Seine Frau, die jeden Tag ihrer Niederkunft entgegen sah, hat nun um ärztliche Hülfe für ihren Mann. Sie erhielt als Antwort: „Laß den Kümmerl man arbeiten gehen.“ Natürlich erblickt der Mann nun auch keinen Lohn, als die Woche um war. Am 15. Januar wandte er sich schriftlich an den Kreisaußenrat und bot um ärztliche Hülfe und um Unterstützung für seine hungernde Familie. Auch von dort ist bis jetzt keine Hülfe noch Hilfe auf das dringende Geschick eingetroffen. Nachbarn, die selbst sehr arm und in elenden Verhältnissen leben, drücken ab und zu

einige Lebensmittel und bewahrten die Familie vor dem Verhungern. Ende voriger Woche traf nun noch ein junger Weibsbürger ein und führte nun zusammen mit den anderen kleinen Kindern nach Raubung. Die entkräftete Mutter konnte aus ihren letzten Kräften ihm nichts bieten. So mußte denn der eine Pater Wirth, den die Herrschaft gnädig auch während der Krankheit ohne Bezahlung täglich gab, auch für den Familienunterhalt aufkommen. Trotz seines elenden Zustandes hat sich der Mann zu leichter Arbeit bei dem Gutsherrn gemeldet.

Kurz vor Weihnachten hat und erhielt der Mann vom Gutsherrn 20 M. Vorschuss zur Anschaffung von Arbeitskleidern, aus denen er schon fast herausfiel und zu Wäsche für den zu erwartenden Familienunterhalt; er erhielt sie aber nur unter der Bedingung, daß er sich jede Woche 3 M. vom Lohn zur Rückzahlung des Vorschusses abziehen läßt. Für die nächsten Wochen müssen diese Leute also nun ihren Hungerat von 9 auf 6 M. pro Woche herabsetzen. So sieht in Wahrheit die Not der ländlichen Arbeiter aus — und dann wundern sich die Herren über die „Leutenot“.

### Die Gefahren der Elektrotechnik.

Der Bericht der Berufsvereinschaft der Feinmechanik konstatiert, daß die Zahl der versicherten Betriebe von 5059 auf 5402, die Zahl der beschäftigten Personen von 185 046 auf 206 539 gestiegen ist. Im Maschinenbau waren davon 33 997, in der Elektrotechnik dagegen 94 472 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der Betriebsunfälle ist von 7970 auf 9679 gestiegen, darunter 56 Todesfälle. Der Bericht erwähnt, daß die letzte Genossenschaftsversammlung in Straßburg auch die Frage aufgeworfen habe: „Woher kommt die ständige Zunahme der Unfälle?“ Die Antwort war, daß die absolute Zahl der Unfälle allerdings stetig gestiegen und noch im Steigen begriffen sei. Aus diesem Anzeichen könne aber nicht die Erfolglosigkeit der Unfallverhütungsbestrebungen gefolgert werden.

Für die absolute Vermehrung der Unfälle lämen vielmehr in Betracht: 1. Die Zunahme der versicherten Betriebe und Personen. 2. Der intensivere Betrieb. 3. Die größere Heranziehung ungeschulter Arbeitskräfte. 4. Die vermehrte Verwendung von Maschinen, Pressen, Stangen. 5. Die größere Maschinengeschwindigkeit.

Das ist wenigstens mal ein offenes Wort und nicht wohlthuend ab von den kampfhaften Verleugern anderer Aufsichtsbeamten, die aus den Unfallmeldungen der Unternehmer immer und immer wieder die Ursachen der Unfälle auf: Leichtsinns, Ungeschicklichkeit oder Trunkenheit der Arbeiter zurückzuführen bestrebt sind.

Daß auch die Unfallverhütungsbestrebungen mehr gefördert werden müssen, ist auch klar und daß bei der total veränderten Produktionsweise dieses Industriezweiges auch die Arbeitszeit verkürzt werden muß, sollte die Berufsvereinschaft doch auch zugeben. Und wie nötig die Betriebsrevisionen sind, zeigt uns auch der Bericht: Es wurden von 5402 versicherten Betrieben nur 1110 revidiert und davon 704 Betriebe bemängelt.

Die Berufsvereinschaft wurde von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß die bisher als genügend erachtete Zeit von zwei Stunden für Wiederbelebungsbemühungen bei Personen, welche vom elektrischen Strom getroffen wurden, ungenügend sei.

Sie wandte sich deshalb an den bekannten Spezialisten im elektrischen Unfallwesen Dr. H. Zellmer zu Wien mit der Bitte um eine gutachtliche Äußerung hinsichtlich der Zeit, innerhalb welcher künstliche Atmung anzunehmen sei, da die Ansichten darüber sehr verschieden seien, bald 2, bald 8 Stunden angenommen würden.

Der Wiener Arzt gab folgende interessante Auskunft: „Ihre werte Anfrage bezieht sich auf mich dahin zu beantworten, daß eine zeitliche Beschränkung resp. Begrenzung der Wiederbelebungsbemühungen an elektrisch Unfallverletzte eigentlich nur in der Konstatierung sicherer Todeszeichen gegeben ist, was allerdings nur ein Arzt bestimmen kann.“

Auf Grund der Beobachtungen der Unfallprognostik, mit der ich mich seit 8 Jahren beschäftige, und auf Grund von Tierversuchen komme ich immer mehr zur Überzeugung, daß der elektrische Tod nur ein Scheintod ist, und ich hoffe, daß es der weiteren Forschung gelingen wird, Erfolg zu erzielen.

Leider kommt ärztliche Hilfe in den meisten Fällen zu spät, d. h. die kostbarste Zeit ist verstrichen.

So habe ich jüngst bei einem Verunglückten, zu dem ich allerdings erst 1 1/2 Stunden nach dem Unfall gelangte, noch durch 3 Stunden Wiederbelebungsbemühungen angestellt, weil ich noch zu jener Zeit durch besondere Untersuchungen Anhaltspunkte hatte, daß definitiv Tod nicht eingetreten war, leider war meine Mühe umsonst.“

### Das alte und das neue Arbeitsverhältnis.

Die in den Prädgerien beschäftigten Präger werden gewerbsüblich unter Kündigungsausschluß in Accord beschäftigt. Bei Reueinstellung von zwei Prägern, die vor längerer Zeit, der eine sogar vor 12 Jahren, schon einmal bei der Firma Bernhardt u. Co. unter den genannten Bedingungen beschäftigt gewesen waren, war vom Werkmeister übersehen worden, ausdrücklich Kündigungsausschluß zu vereinbaren. Die beiden Klagen nun, nachdem sie entlassen worden waren, auf 14 Tage Lohnentschädigung. Der von der Firma erhobene Einwand, die Präger seien schon früher bei ihr tätig gewesen und hätten daher genau gewußt, daß bei ihr Kündigung ausgeschlossen sei, wurde vom hiesigen Gewerbegericht mit Recht als nicht stichhaltig zurückgewiesen; obendrein sei im vorliegenden Falle der Zeitraum zwischen der ersten Beschäftigung und der Wiedereinstellung ein so erheblicher gewesen, daß die Kläger nicht annehmen konnten, die Kündigungsbedingungen seien dieselben geblieben.

### Aus der Frauenbewegung.

Zur Gebammenfrage. Die Reformbedürftigkeit unseres Gebammenwesens ist eine seit Jahrzehnten bekannte Tatsache. Unermüdlich haben Kertze und gebildete Frauen eine zeitgemäße Ausgestaltung der Fürsorge für die Gebärenden gefordert, um die außerordentlich hohe Zahl der Todesfälle an Kindbettfieber und der aus mangelhafter Geburt- und Wochenpflege resultierenden Frauenkrankheiten einzuschränken. Wiederholt wurde auch von ministerieller Seite eine „baldige“ Regelung dieses wichtigen Gebietes der öffentlichen Gesundheitspflege in Aussicht gestellt. Bei diesen platonischen Versicherungen war es aber bisher geblieben. Auch eine vor wenigen Tagen vom Kultusministerium einberufene Konferenz zur Erörterung der Gebammenfrage, an der sich außer Regierungsvertretern, Landtags- und Herrenhausabgeordneten die Geschäftsführerin der Vereinigung deutscher Gebammen beteiligte, nahm den Ausgang, der sich nach all den Erwartungen der letzten Jahre erwarten ließ: Es wird nichts Durchgreifendes geschehen! Nach den üblichen wohlwollenden Erklärungen beschloß man, von einer gefühligen Regelung der näheren Begründung gemordener Frage abzusehen und im Verwaltungswege nur einige kleine Schönheitsfehler zu beseitigen. Es soll doch nicht so aussehen, als geschähe gar nichts.

Danach läßt sich mit einiger Sicherheit voraussehen, welches Schicksal der von nationalliberaler Seite kürzlich angebrachte Antrag auf eine — gewiß nicht sehr radikale — Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen über das Gebammenwesen im Abgeordnetenhaus finden wird. Hätten wir ein Frauenwahlrecht und Stimmrecht zum Parlament, so wären die gemeinschaftlichen Zustände auf dem Gebiete der Geburtshilfe sicher längst beseitigt.

Neuerdings plant man von bürgerlicher Seite eine öffentliche Stellungnahme zur Gebammenfrage. Wie wir erfahren, hat der Bund für Mutter- und Kinderschutz eine außerordentliche Tagung am Sonntag, den 16. Februar, mittags 12 Uhr, nach dem „Katholikensaal“, Wilhelmstr. 92/93, einberufen. Professor Dr. Krdmer, Leiter der königlichen Hebammenhule zu Berlin,

wird über „Die Ausbildung der Hebammen“, Frau Dr. Sprague über „Die soziale Stellung der Hebammen“ referieren.

Ein Kongreß der Postbeamtinnen tagte am vergangenen Sonntag in Wien. Hierzu waren Delegierten aus allen Kronländern erschienen. Nach den Darstellungen der Rednerinnen befinden sich die im Postdienst beschäftigten Mädchen und Frauen in einer sehr schlechten Lage. Auf 800 bis 1000 Kronen pro Jahr stellt sich das Durchschnittseinkommen. Der Staat scheidet sich nicht, jedoch jährliche Wächsen täglich zwölf Stunden auszubehalten. Der Kongreß fordert bezüglich der Bezahlung die Gleichstellung mit den männlichen Angestellten, die Regelung der Dienst- und Pensionsverhältnisse, ferner auch die Aufhebung des Heiratsverbotes, die Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages usw. Angeregt wurde die Gründung einer Organisation mit den männlichen Beamten zusammen.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Montag, 8. Februar, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstr. 72: Dritter Vortrag „Zur Geschichte der Frau“, Referentin: Wally Jexler.

Das Stiftungsfest, welches zu einer Goethe-Feier gestaltet wird, findet am 16. Februar im Gewerkschaftshaus statt. Vorträge sind im Verein und in den Zahlstellen zu haben.

Groß-Lichterfelde und Umgegend. Sonntag, den 2. Februar, mittags 2 Uhr, in Groß-Lichterfelde-Ost, am Kronold-Platz im Restaurant Kaiserhof, öffentliche Frauenversammlung. Vortrag der Genossin Ludwig: „Die wirtschaftliche und politische Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft.“

### Versammlungen.

Zweiter Wahlkreis. Durch ein Versehen sind im gestrigen Bericht die Resultate der Vorstandswahlen weggefallen. Wir lassen sie daher hier nachfolgen. Gewählt wurden zu Vorsitzenden: Schwemke und Koderitz, Schriftführer: Rautmann und Jacobowski; Revisoren: Berner; zu Revisoren wurden gewählt: Berner, Henning und Simon, während Genossin Seitz mit 170 Stimmen in der Minderheit blieb. In die Preskmission werden König und Meier, in die Agitationskommission Zinke, in die Lokalkommission Schröder und in den Zentralvorstand von Groß-Berlin 4 Mitglieder des Vorstandes und ein Aspirant delegiert.

Der Zentralverband der Stukkateure hielt am Montag eine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand der Jahresbericht des Vorstandes für 1907. In demselben wird unter anderem angeführt, daß drei Werkstattkreise stattfanden, von denen einer teilweisen und zwei vollen Erfolg hatten. Der große Kampf im Baugewerbe zog die Stukkateure durch starke Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft und erforderte einen Kostenaufwand von 11 942 M. Mit der Durchführung des Tarifvertrages beschäftigten sich 26 Werkstatt- und Bauvereinigungen. Der Agitation dienten 8 allgemeine Zahlstellenbesprechungen. Außerdem fanden statt 7 regelmäßige Versammlungen, 4 ordentliche und 2 außerordentliche Generalversammlungen und 6 öffentliche Versammlungen. Ende 1906 betrug der Mitgliederbestand 1198. Ende 1907 war die Mitgliederzahl auf 987 zurückgegangen. Als Ursache des Rückganges wird die schlechte Geschäftslage bezeichnet, die sich auch in den Zahlen des Arbeitsnachweises spiegelt. Die Verhältniszahl der besetzten Stellen war in jedem Monat des Jahres 1907 geringer als in denselben Monaten des Jahres 1906. Im Jahresdurchschnitt für 1906 erhielten von je 100 Arbeitlosen 35,1 Arbeit, im Jahre 1907 aber nur 16,3. — Die Kassenabrechnung für 1907 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 59 178,23 M. Das Vermögen der Zentrale beläuft sich auf 19 572 M. Bei den Ausgaben finden sich unter anderem folgende Posten: Streikunterstützung im eigenen Bezirk 12 348 M., für andere Verufe 2050 M., Rechtschutz 224 M., Reiseunterstützung 505 M., Kostenträgerunterstützung 1816 M., Sterbeunterstützung 424 M.

Der Vorsitzende Krebs gab zu dem gedruckten Bericht einige mündliche Erläuterungen, denen eine rege Diskussion folgte. — Hierauf wurde die Wahl der Ortsverwaltung und der Funktionäre vorgenommen. Dieselbe hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Krebs, 2. Vorsitzender Warden, 1. Kassierer Sched, 2. Kassierer Kahl, 1. Schriftführer Wengels, 2. Schriftführer Gnad, Revisoren Eigner und Jakob. Revisoren Sorauer, Wille. Delegierte zur Gewerkschaftskommission Giebler und Wengels. — Ferner wurden die Hilfskassierer gemäß den Vorschlägen der Zahlstellen gewählt.

Gräßlicher Ortsverein Treptow-Baumschulweg. Sonnabend, den 1. Februar, abends 9 1/2 Uhr, im Restaurant Geist, Ede Marienhaler Straße: Versammlung.

### Vermischtes.

Ueberfall auf ein Pfarrhaus. In dem Orte Carden wurde gestern nacht, wie aus Köln gemeldet wird, bei der sogenannten Hülf-Feier ein Anschlag auf das katholische Pfarrhaus verübt. Als sich der Pastor, dessen Schwester und die Frau zur Ruhe begeben hatten, wurden plötzlich auf die Schlafzimmer, in denen sich die drei Personen befanden, zahlreiche Schüsse abgegeben. Der Pfarrer und die beiden Frauen stürzten darauf in die hinteren Räume, aber auch dort wurden sie durch Schüsse verfolgt. Ingeheimt wurden siehgen Fenster Scheiben zerschmettert und mehrere hölzerne Fensterläden bei dem Ueberfall zersplittert. In den Zimmern richteten die einschlagenden Kugeln große Verwüstungen an. Die Insassen des Pfarrhauses schwanden bis zum frühen Morgen in großer Lebensgefahr. Dann verschwanden die Attentäter, von denen bisher noch keine Spur gefunden wurde.

Eisgang auf der Oder. Wie aus Breslau berichtet wird, ist auf der Oder bei stark wachsendem Wasserstande Eisgang eingetreten.

Erdbeben in Tiflis. Wie aus Tiflis gemeldet wird, wurden dort zwei Tage nacheinander Erdbeben verspürt.

Ein Rendant um 10 000 Rubel beraubt. Nach einer Meldung aus Sosnowitz wurde der Rendant der Graf Renard-Grube Aciol gestern von mehreren Männern überfallen, die ihm nach heftiger Gegenwehr über 10 000 Rubel raubten. Die Täter sind unerkannt entkommen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1000 Fahrstuhl, 1000 wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anruf ist ein Wunsch und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Persönliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

2. R. 19. 1. Kein. 2. Wahrscheinlich nicht. — E. 2. 100. Die Verlobungsringe können beiderseits zurückgefordert werden. — G. R. 1908. Zur Aufnahme in ein Krankenhaus hat der Erkrankte kein Recht. Arzt und Krankenhaus entscheiden über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit. Jener steht für den Fall der Erkrankung das Recht auf freie ärztliche Behandlung und auf Krankengeld nach Maßgabe des Kassenstatuts zu. — Queb 9. Ihr Vater kann erst nach Vollendung des 70. Lebensjahres Altersrente erhalten. — W. 42. Nach guttrefender Ansicht geht das Wahlrecht in solchen Fällen überhaupt nicht verloren, insofern wird dies rücksichtlich der Stadtverordnetenwahl in der Regel anders gehandhabt. — H. St. 5. Erben sind die Kinder. An Stelle eines verstorbenen Kindes treten dessen Kinder als Erben ein. Und deren Eltern noch leben, haben keinen Erbanspruch rücksichtlich des Nachlasses ihrer Großeltern. — H. P. 97. Kein. — 2. 14. Ja. — P. R. 100. Grundsätzlich können wir die Empfehlung bestimmter Firmen ab. — Schlagsmann. 1. Ja. 2. Ja, wenn wegen des Gebrauchs die Ehe geschieden wird und die Ehefrau Unterstützung beantragt. — Weder. 1. Ja. 2. Kaiser-Wilhelm-Straße 4. — W. P. 333. Treten Sie direkt mit einer Braut in Verbindung. — W. P. 80. Ja. — J. P. Falls in der Police nicht entgegenstehende Abmachungen stehen, so würde der Verkauf eintreten. — A. S. 100. 1. Ja. 2. Soglich. 3. Ein Drittel. 4. Die Frau. 5. Wenden Sie sich an die Säugelkassier. —

250 D. S. 1. Wenn die Kündigungsfest erst am Ende des Ende erreicht, so muß bis dahin die Stellung ausgefüllt werden. 2. Kein. — C. U. 27. Ja. — Königs-Unterhosen. 1. und 2. Ja. 3. Kein. — G. W. 100. Leider keine Verwendung, da wir erst kürzlich diese Sache behandelt haben. — J. R. 100. Kein. — A. W. 20. Leider gibt es solche Vereine nicht. Wenden Sie sich aber an die Versicherungsanstalt. — E. 130. 1. Kein. 2. Im Fall der Kündigung müßte Ihre Frau Interventionslage erheben. 3. Kein. — G. P. 2. Der Kündigungsbescheid ist bei der von Ihnen geschickten Sachlage unzulässig. Wegen Sie gegen denselben Beschwerde ein. — P. S. 100. 1. und 2. Ja. 3. und 4. Die Ehefrau und die ehelichen Kinder können im Fall der Kündigung des Mannes für außerordentliche Elemente widersprechen. Es ist der Lohn wegen Allmende eines unehelichen Kindes nur insofern pünktlich, als der Lohn nicht zur Bestreitung des notwendigen Unterhalts des Vaters und zur Erfüllung seiner Pflichten gegenüber seiner Ehefrau und seinen ehelichen Kindern erforderlich ist. In dem von Ihnen geschickten Fall würde eine Beschwerde oder eine Widerspruchsklage voraussichtlich im vollen Umfange Erfolg haben. — A. S. 100. Wenn nicht etwa ein Auerkenntnis vorgelegen hätte, so lassen Sie es auf eine Klage ankommen. — G. S. 200. Demütigen Sie einen Gerichtsvollzieher mit der Zwangsandrohung auf Grund des Urteils. — G. 2. 2. 1. und 2. Ist der betreffende selbständiger Handlungsagent, nein. Ist er Angestellter, ja. — Königsr. 106. 1. Wenden Sie sich direkt an einen Arzt. 2. Nach Ablauf von 5 Jahren nach Leistung eines Offenbarungseides kann noch nachmalige Leistung derselben verlangt werden. — A. G. 111. Der Weg zur Aufnahme in den preussischen Staatsverband ist ausschließlich am 28. Januar von uns dargelegt. Die Aufnahme eines Deutschen in den preussischen Staatsverband erfolgt kostenfrei. — Ludwig 312. 1. Wenden Sie sich an die Stützungsdeputation, Poststr. 16. 2. Kriegsminister. 3. Die Versicherungsanstalt hat das Recht, aber nicht die Pflicht, Aufnahme in Beihilfe usw. zu gewähren. 4. Das ist unmöglich. 5. Uns nicht bekannt. 6. Wenden Sie sich an einen Arzt. Eine Raterteilung ohne genaues Kenntnis des Falls ist unmöglich. 7. Der Vater hat recht. 8. So wie Sie gesprochen werden. 9. Wenden Sie sich an Genossen Eimanowski, Engelster 15. — P. A. Abonement. Ja, aber Weiterverbreitung ist zweckmäßiger. — 2. R. 560. Eine Klage gegen diejenigen, die die Herausgabe verweigern, erscheint nicht aussichtslos. — Th. 2. Sie müßten bei der Polizei die Ausstellung von Verhaftungsbefehlen nachsuchen. Der Antrag ist an den Magistrat, Abteilung für Versicherung, Köpenicker Vorl. zu richten. Zweckmäßiger ist aber die Weiterverbreitung. — Martha R. Kitzdorf. Unseres Wissens nein, wenden Sie sich an eine Münzenhandlung. — G. S. 1890. Kein. — G. S. 71. Ihre Schwägerin soll bei dem Landgericht durch einen Anwalt auf vollen Schadenersatz klagen. — R. S. 18. Kein. — H. P. 26. Sie können Zahlung und Herausgabe des Buches verlangen. Wenden Sie sich zunächst an den Vormundschaftsrichter. — G. P. 76. Kein. Klagen Sie auf Zahlung beim Gewerbegericht. — H. S. 79. Es kommt nur zur Teilung, was nach der Auseinanderetzung verhandelt dem Bruder gehört. Die Erben sind die Eltern. Die Erben sind zur Hälfte der Vater und zur anderen Hälfte die Geschwister. — W. P. R. 111. Wenn Sie den Sachverhalt in der Sparteile vortragen, so kann sofort Abzahlung erfolgen. — Luise 20. Beide Stellen nehmen Besuche an. — R. 13. Kein. — W. 2. Kein. — G. Schult. 1. Kein. 2. Ja. — P. R. 100. No. — Solms 30. Sie müssen sich an die Schlichtergesellschaft wenden. — W. R. H. 84. 1. bis 4. Kein. Buchdruckerei des Schweizer Schriftführers, Zürich. 5. Bei der Vorwärtsbuchhandlung und bei jeder Parteilbuchhandlung. — E. 2. 200. 1. u. 2. Ja.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1229. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1937

Sonntag, den 2. Februar 1908, vormittags 10 Uhr:

### Allgemeine Branchen-Versammlung

d. Rohrleger u. Helfer Berlins u. Umg. in Meyers Festalen, Sebastianstraße 39.

Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtige politische Lage. Referent: Reichstagsabgeordneter Wölke-Straburg i. C. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 5. Mitgliedsbuch legitimiert. 6. Jahreslicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr:

### Allgemeine Versammlung

der Bauanschläger Berlins u. Umgegend in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 5. Mitgliedsbuch legitimiert. 6. Jahreslicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 2. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr:

### Bezirks-Versammlung

für Köpenick im Lokale von Otto Foch, Grünauerstraße 7.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Robert Schmidt: „Die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen im Reichstage“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Die Kollegen und Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß Broschüren im Bureau zu haben sind betreffend die Verhandlungen des Reichstages über den Gesetzentwurf betr. die gewerblichen Berufsvereine. Für Mitglieder ist der Preis 25 Pfennig (Buchhändlerpreis 75 Pfennig).

Folgende Zahlstellen sind neu errichtet:

- in Wildan, Schwarzkopffstraße bei Otto Schumann.
- „ Berlin N., Nehmannstraße 19 bei Johannes Hinte.
- „ „ Schillerstraße 39 bei Paul Dobroslaw.
- „ „ Müllerstraße 118 bei Bruno Algeit.
- „ „ Chausseestraße 100 bei Paul Diefel.
- „ „ Straßunderstraße 17 bei Richard Dintel.
- „ „ O., Watterstraße 19 bei Herrn. Keinelt.
- „ „ Mühlenstraße 49a bei Richard Le Pére.
- „ „ Cadinerstraße 1 bei Adolf Gorn.
- „ „ SO., Mantelstraße 47 bei Paul Pannke.
- „ „ Schöneberg, Brunnenstraße 110 bei Joseph Wielock.
- „ „ Erkner, Bahnhofsstraße 11 bei Alfred Pieter.

111/11 Die Ortsverwaltung.

### Tischler-Verein (E. H. No. 89).

Sonntag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung. Lichtbilder-Vortrag des Herrn Direktor O. Sanno über das aktuelle Thema: Das geschichtliche Leben des Mannes. Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billets zum „Sommerfest“ am 29. Februar im großen Saale der „Kronenhallen“, Kommandantenstraße 53/59. Nur Mitglieder und Gäste (Herren) haben Zutritt. 190/3 Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

# VI. Wahlkreis

(Schönhauser Vorstadt).

Sonntag, den 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in Krudis Festsälen, Velforter Straße 15:

## Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ludwig Bartel über: „Terrorismus“. 2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.  
Um zahlreichem Besuch bitten (224/15\*) Die Abteilungsleiter. N. N.: Wilhelm Klauß.

## Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer.

## Achtung! Putzer! Achtung!

Sonntag, den 2. Februar 1908, vormittags 10 Uhr, Kommandantenstraße 58/59, Arminhallen (großer Saal):

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907 und Jahresabrechnung. 2. Vortrag des Arbeiters Ad. Ritter über: Die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen im Reichstage. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes pünktlich zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe keinen Zutritt.  
Der Vorstand. N. N.: Ernst Schulze.

## Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands

Ortsverein Berlin.

Freitag, den 31. Januar, abends 8 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. 2. Bericht der Revisoren. 3. Bericht des Ausschusses.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

## Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Täglich 8 Uhr:

## Papa und Genossen

Vorher: Madame Wig-Wag.

Dienstag: Premiere.

Salomonisches Urteil.

Mittwoch und folgende Tage:

Papa und Genossen.

Salomonisches Urteil.

Sonntag, den 2. und 9. Februar, nachm. 3 Uhr: Endlich allein.  
Der Fall Blumentopf.

## Russische Variété-Theater und Festsäle

Inh.: J. Leschkowski.

Ackerstraße 6-7.

Täglich:

Theater- und Spezialitäten-

Vorstellung.

Auftret. v. 15 Künstler-Spezialist.

## Gustav Behrens-Theater.

Berlin W.,

Goltzstr. 9.

Das glänz. Januar-Programm

Konstantin-Truppe. Romantisch-ferische Gesänge u. Tänze. 4. Berl.-Skandal im Theater.

Rollenspiele mit Gesang.

Kühnheit: 16 Spezialitäten.

Jeden Abend: Duskas Kinematograph.

Ausgang 8 Uhr, Sonntag 9 1/2 Uhr.

Jeden Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr: Große Kinder-Vorstellung.

10, 20 und 30 Pf.

## Buddenhagen

Moritzplatz,

..... im Theateraal täglich

## Albert Böhme

und das

großartige Januar-Programm.

Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.

Um unteren Konjunktural täglich

die allerersten Militär-

Kapellen: Beder, Bräunert,

Wörlich, Reumann, Offener,

Wittich.

## Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten

156/6

## Branchen-Versammlungen

finden an nachfolgenden Tagen statt:

Geschirrbrennerei: Mittwoch, den 3. Februar 1908.

Treibriemenbranche: Montag, den 3. Februar 1908.

Taschen, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 6. Februar 1908.

Militärbranche: Sonnabend, den 1. Februar 1908.

Linoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, 6. Februar.

Wagenbranche: Donnerstag, den 6. Februar 1908.

Eisenmöbelbranche: Donnerstag, den 6. Februar 1908.

Sektion Charlottenburg: Montag, den 3. Februar 1908.

Um zahlreichem Besuch der Branchenversammlungen ersucht

Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Koffermacher! Achtung!

Montag, den 3. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshause, Engelstraße 15, Saal 8:

## Außerordentliche Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Kündigung unseres Tarifvertrages. 2. Verschiedenes.

Kollegen! Es ist unbedingt notwendig, daß alle Koffermacher diese Versammlung besuchen.

Die Branchenleitung.

Sonnabend, den 8. Februar, in Louis Kellers Festsälen,

Koppenstr. 29:

## Gr. Berliner Maskenball.

Um 1 Uhr: Kaffeepause. Während derselben:

Humoristische Vorträge ausgef. vom „Msk-Trio“.

## Ueberraschungen.

Eröffnung 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 9 Uhr.

Billets sind im Bureau sowie bei den Verkaufstruwestanten zu haben.

Um zahlreichem Besuch ersucht

Das Komitee.

## Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

„Grundstein zur Einigkeit“

Sonntag, den 2. Februar 1908, vormittags 10 Uhr,

im Gewerkschaftshause, Engelstraße 15:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Kassen- und Revisionsbericht vom 4. Quartal 1907 und Jahresbericht. 2. Wahl des 1. Kassierers, 2. Bevollmächtigten.

1. Schriftführers und zweier Revisoren. 3. Verschiedenes. 149/2

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Str. 15:

## Sitzung der Ortsverwaltung.

Moabit. 78/17

Vom 1. Februar wird die Zahlstelle 65 von Geykowskystraße 13 nach

Geykowskystraße 36 bei Froesch verlegt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter **Karl Schimmelpfennig** gestorben ist. 111/10  
Ehre seinem Andenken!  
Die Ortsverwaltung

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.  
**Touren**  
zum Sonntag, den 2. Februar:  
2. Abt. 9 Uhr: Strausberg (Hungr. Wolf). Start: Fontane-Bromenabe.  
3. Abt. 2 Uhr: Zehlendorf, Karlstraße 12. Start: Mariannenplatz.  
4. Abt. 2 Uhr: Hirschgarten (Wilmshof). Start per Rad und Bahn: Schleißer Bahnhof.  
5. Abt. 2 Uhr: Bichselwerder. Start: Hysium.  
6. u. 10. Abt. 2 Uhr: Saumschulweg. Start: 6. Abt.: Oberberger Straße 28. 10. Abt.: Ulfasser und Gormannstraße-Gde.  
8. Abt. 1 1/2 Uhr: Spandau (Röpnick). Start: Kadober Straße 17.  
9. Abt. 12 Uhr: Potsdam. Start: Eglingsstr. 22. 10/10

Heute abend bei Boh. Klosterstr. 101:  
**Fahrwart-Sitzung.**  
**Weißensee.**  
Am Sonnabend den 8. Februar findet im Lokal „Albrechtshof“, Parkstraße, unter 10/11  
**4. Stiftungsfest**  
statt. Die umliegenden Bundesvereine sind hierzu freundlich eingeladen.  
Das Komitee.

Abend 7-11. Februar  
**6. Wohlfahrts-Geld-Lotterie**  
im Zweck der Deutschen Schutzabtheilung  
490000  
Hauptgewinn vor allem 100000  
75000  
50000  
25000  
15000  
Wohlfahrts-Lose 2,50 Porto u. Liste 30 Pf. extra.  
**Lud. Müller & Co.,**  
Berlin C., Breitestr. 5  
Tel.-Adress: Glinkenallee.  
Ferner empfehlen wir: Die beliebtesten  
**Berliner 1** Mk. Pferde-Lose  
11 für 10 St.  
Porto u. Liste 20 Pf. extra.

Nur für Damen! Nur für Damen!  
**Haararbeiten**,  
alligste Qualität, ohne Konkurrenz Zöpfe ohne Kordel, modern. Lock, Frisiers anorme Ausw. Angelegentlich Haar wird auf Wunsch verarbt. Frisuren, Einbaltung, Färben, Kopfwäsche.  
**F. R. Müller, Berlin C. 25,**  
Alexanderstr. 37a, I.  
Kein Laden.  
Gegenüber dem Volkspolizeiamt.

**Große Betten 12 Mk.**  
(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)  
mit doppelgeringsten neuen Bett-  
leibern, bessere Betten 15, 18, 24 u. 30 L.;  
1 1/2 u. 2 u. 3 u. 4 u. 5 u. 6 u. 7 u. 8 u. 9 u. 10 u. 11 u. 12 u. 13 u. 14 u. 15 u. 16 u. 17 u. 18 u. 19 u. 20 u. 21 u. 22 u. 23 u. 24 u. 25 u. 26 u. 27 u. 28 u. 29 u. 30 u. 31 u. 32 u. 33 u. 34 u. 35 u. 36 u. 37 u. 38 u. 39 u. 40 u. 41 u. 42 u. 43 u. 44 u. 45 u. 46 u. 47 u. 48 u. 49 u. 50 u. 51 u. 52 u. 53 u. 54 u. 55 u. 56 u. 57 u. 58 u. 59 u. 60 u. 61 u. 62 u. 63 u. 64 u. 65 u. 66 u. 67 u. 68 u. 69 u. 70 u. 71 u. 72 u. 73 u. 74 u. 75 u. 76 u. 77 u. 78 u. 79 u. 80 u. 81 u. 82 u. 83 u. 84 u. 85 u. 86 u. 87 u. 88 u. 89 u. 90 u. 91 u. 92 u. 93 u. 94 u. 95 u. 96 u. 97 u. 98 u. 99 u. 100 u. 101 u. 102 u. 103 u. 104 u. 105 u. 106 u. 107 u. 108 u. 109 u. 110 u. 111 u. 112 u. 113 u. 114 u. 115 u. 116 u. 117 u. 118 u. 119 u. 120 u. 121 u. 122 u. 123 u. 124 u. 125 u. 126 u. 127 u. 128 u. 129 u. 130 u. 131 u. 132 u. 133 u. 134 u. 135 u. 136 u. 137 u. 138 u. 139 u. 140 u. 141 u. 142 u. 143 u. 144 u. 145 u. 146 u. 147 u. 148 u. 149 u. 150 u. 151 u. 152 u. 153 u. 154 u. 155 u. 156 u. 157 u. 158 u. 159 u. 160 u. 161 u. 162 u. 163 u. 164 u. 165 u. 166 u. 167 u. 168 u. 169 u. 170 u. 171 u. 172 u. 173 u. 174 u. 175 u. 176 u. 177 u. 178 u. 179 u. 180 u. 181 u. 182 u. 183 u. 184 u. 185 u. 186 u. 187 u. 188 u. 189 u. 190 u. 191 u. 192 u. 193 u. 194 u. 195 u. 196 u. 197 u. 198 u. 199 u. 200 u. 201 u. 202 u. 203 u. 204 u. 205 u. 206 u. 207 u. 208 u. 209 u. 210 u. 211 u. 212 u. 213 u. 214 u. 215 u. 216 u. 217 u. 218 u. 219 u. 220 u. 221 u. 222 u. 223 u. 224 u. 225 u. 226 u. 227 u. 228 u. 229 u. 230 u. 231 u. 232 u. 233 u. 234 u. 235 u. 236 u. 237 u. 238 u. 239 u. 240 u. 241 u. 242 u. 243 u. 244 u. 245 u. 246 u. 247 u. 248 u. 249 u. 250 u. 251 u. 252 u. 253 u. 254 u. 255 u. 256 u. 257 u. 258 u. 259 u. 260 u. 261 u. 262 u. 263 u. 264 u. 265 u. 266 u. 267 u. 268 u. 269 u. 270 u. 271 u. 272 u. 273 u. 274 u. 275 u. 276 u. 277 u. 278 u. 279 u. 280 u. 281 u. 282 u. 283 u. 284 u. 285 u. 286 u. 287 u. 288 u. 289 u. 290 u. 291 u. 292 u. 293 u. 294 u. 295 u. 296 u. 297 u. 298 u. 299 u. 300 u. 301 u. 302 u. 303 u. 304 u. 305 u. 306 u. 307 u. 308 u. 309 u. 310 u. 311 u. 312 u. 313 u. 314 u. 315 u. 316 u. 317 u. 318 u. 319 u. 320 u. 321 u. 322 u. 323 u. 324 u. 325 u. 326 u. 327 u. 328 u. 329 u. 330 u. 331 u. 332 u. 333 u. 334 u. 335 u. 336 u. 337 u. 338 u. 339 u. 340 u. 341 u. 342 u. 343 u. 344 u. 345 u. 346 u. 347 u. 348 u. 349 u. 350 u. 351 u. 352 u. 353 u. 354 u. 355 u. 356 u. 357 u. 358 u. 359 u. 360 u. 361 u. 362 u. 363 u. 364 u. 365 u. 366 u. 367 u. 368 u. 369 u. 370 u. 371 u. 372 u. 373 u. 374 u. 375 u. 376 u. 377 u. 378 u. 379 u. 380 u. 381 u. 382 u. 383 u. 384 u. 385 u. 386 u. 387 u. 388 u. 389 u. 390 u. 391 u. 392 u. 393 u. 394 u. 395 u. 396 u. 397 u. 398 u. 399 u. 400 u. 401 u. 402 u. 403 u. 404 u. 405 u. 406 u. 407 u. 408 u. 409 u. 410 u. 411 u. 412 u. 413 u. 414 u. 415 u. 416 u. 417 u. 418 u. 419 u. 420 u. 421 u. 422 u. 423 u. 424 u. 425 u. 426 u. 427 u. 428 u. 429 u. 430 u. 431 u. 432 u. 433 u. 434 u. 435 u. 436 u. 437 u. 438 u. 439 u. 440 u. 441 u. 442 u. 443 u. 444 u. 445 u. 446 u. 447 u. 448 u. 449 u. 450 u. 451 u. 452 u. 453 u. 454 u. 455 u. 456 u. 457 u. 458 u. 459 u. 460 u. 461 u. 462 u. 463 u. 464 u. 465 u. 466 u. 467 u. 468 u. 469 u. 470 u. 471 u. 472 u. 473 u. 474 u. 475 u. 476 u. 477 u. 478 u. 479 u. 480 u. 481 u. 482 u. 483 u. 484 u. 485 u. 486 u. 487 u. 488 u. 489 u. 490 u. 491 u. 492 u. 493 u. 494 u. 495 u. 496 u. 497 u. 498 u. 499 u. 500 u. 501 u. 502 u. 503 u. 504 u. 505 u. 506 u. 507 u. 508 u. 509 u. 510 u. 511 u. 512 u. 513 u. 514 u. 515 u. 516 u. 517 u. 518 u. 519 u. 520 u. 521 u. 522 u. 523 u. 524 u. 525 u. 526 u. 527 u. 528 u. 529 u. 530 u. 531 u. 532 u. 533 u. 534 u. 535 u. 536 u. 537 u. 538 u. 539 u. 540 u. 541 u. 542 u. 543 u. 544 u. 545 u. 546 u. 547 u. 548 u. 549 u. 550 u. 551 u. 552 u. 553 u. 554 u. 555 u. 556 u. 557 u. 558 u. 559 u. 560 u. 561 u. 562 u. 563 u. 564 u. 565 u. 566 u. 567 u. 568 u. 569 u. 570 u. 571 u. 572 u. 573 u. 574 u. 575 u. 576 u. 577 u. 578 u. 579 u. 580 u. 581 u. 582 u. 583 u. 584 u. 585 u. 586 u. 587 u. 588 u. 589 u. 590 u. 591 u. 592 u. 593 u. 594 u. 595 u. 596 u. 597 u. 598 u. 599 u. 600 u. 601 u. 602 u. 603 u. 604 u. 605 u. 606 u. 607 u. 608 u. 609 u. 610 u. 611 u. 612 u. 613 u. 614 u. 615 u. 616 u. 617 u. 618 u. 619 u. 620 u. 621 u. 622 u. 623 u. 624 u. 625 u. 626 u. 627 u. 628 u. 629 u. 630 u. 631 u. 632 u. 633 u. 634 u. 635 u. 636 u. 637 u. 638 u. 639 u. 640 u. 641 u. 642 u. 643 u. 644 u. 645 u. 646 u. 647 u. 648 u. 649 u. 650 u. 651 u. 652 u. 653 u. 654 u. 655 u. 656 u. 657 u. 658 u. 659 u. 660 u. 661 u. 662 u. 663 u. 664 u. 665 u. 666 u. 667 u. 668 u. 669 u. 670 u. 671 u. 672 u. 673 u. 674 u. 675 u. 676 u. 677 u. 678 u. 679 u. 680 u. 681 u. 682 u. 683 u. 684 u. 685 u. 686 u. 687 u. 688 u. 689 u. 690 u. 691 u. 692 u. 693 u. 694 u. 695 u. 696 u. 697 u. 698 u. 699 u. 700 u. 701 u. 702 u. 703 u. 704 u. 705 u. 706 u. 707 u. 708 u. 709 u. 710 u. 711 u. 712 u. 713 u. 714 u. 715 u. 716 u. 717 u. 718 u. 719 u. 720 u. 721 u. 722 u. 723 u. 724 u. 725 u. 726 u. 727 u. 728 u. 729 u. 730 u. 731 u. 732 u. 733 u. 734 u. 735 u. 736 u. 737 u. 738 u. 739 u. 740 u. 741 u. 742 u. 743 u. 744 u. 745 u. 746 u. 747 u. 748 u. 749 u. 750 u. 751 u. 752 u. 753 u. 754 u. 755 u. 756 u. 757 u. 758 u. 759 u. 760 u. 761 u. 762 u. 763 u. 764 u. 765 u. 766 u. 767 u. 768 u. 769 u. 770 u. 771 u. 772 u. 773 u. 774 u. 775 u. 776 u. 777 u. 778 u. 779 u. 780 u. 781 u. 782 u. 783 u. 784 u. 785 u. 786 u. 787 u. 788 u. 789 u. 790 u. 791 u. 792 u. 793 u. 794 u. 795 u. 796 u. 797 u. 798 u. 799 u. 800 u. 801 u. 802 u. 803 u. 804 u. 805 u. 806 u. 807 u. 808 u. 809 u. 810 u. 811 u. 812 u. 813 u. 814 u. 815 u. 816 u. 817 u. 818 u. 819 u. 820 u. 821 u. 822 u. 823 u. 824 u. 825 u. 826 u. 827 u. 828 u. 829 u. 830 u. 831 u. 832 u. 833 u. 834 u. 835 u. 836 u. 837 u. 838 u. 839 u. 840 u. 841 u. 842 u. 843 u. 844 u. 845 u. 846 u. 847 u. 848 u. 849 u. 850 u. 851 u. 852 u. 853 u. 854 u. 855 u. 856 u. 857 u. 858 u. 859 u. 860 u. 861 u. 862 u. 863 u. 864 u. 865 u. 866 u. 867 u. 868 u. 869 u. 870 u. 871 u. 872 u. 873 u. 874 u. 875 u. 876 u. 877 u. 878 u. 879 u. 880 u. 881 u. 882 u. 883 u. 884 u. 885 u. 886 u. 887 u. 888 u. 889 u. 890 u. 891 u. 892 u. 893 u. 894 u. 895 u. 896 u. 897 u. 898 u. 899 u. 900 u. 901 u. 902 u. 903 u. 904 u. 905 u. 906 u. 907 u. 908 u. 909 u. 910 u. 911 u. 912 u. 913 u. 914 u. 915 u. 916 u. 917 u. 918 u. 919 u. 920 u. 921 u. 922 u. 923 u. 924 u. 925 u. 926 u. 927 u. 928 u. 929 u. 930 u. 931 u. 932 u. 933 u. 934 u. 935 u. 936 u. 937 u. 938 u. 939 u. 940 u. 941 u. 942 u. 943 u. 944 u. 945 u. 946 u. 947 u. 948 u. 949 u. 950 u. 951 u. 952 u. 953 u. 954 u. 955 u. 956 u. 957 u. 958 u. 959 u. 960 u. 961 u. 962 u. 963 u. 964 u. 965 u. 966 u. 967 u. 968 u. 969 u. 970 u. 971 u. 972 u. 973 u. 974 u. 975 u. 976 u. 977 u. 978 u. 979 u. 980 u. 981 u. 982 u. 983 u. 984 u. 985 u. 986 u. 987 u. 988 u. 989 u. 990 u. 991 u. 992 u. 993 u. 994 u. 995 u. 996 u. 997 u. 998 u. 999 u. 1000

**Dr. med. W. Fackelmanns**  
Spezial-Institut für  
**Beinleiden**  
Auguststr. 93, Ecke Oranien-  
burgerstraße.  
9-12, 2-6, Sonntag u. Mittw. 9-12.

**Sanssouci** Kellner  
Straße 6.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
Nordd. Sänger  
und  
**Tanzkränzchen**  
Beg. Sonntag, Sonntag. 8/

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
**Freitag, 31. Januar.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Königl. Opernhaus.** Bajazzo. Johann von Paris.  
**Königl. Schauspielhaus.** Die Kabinenbesitzerin.  
 Deutsches. Das Ihr wollt. Kammerspiele. Liebesel. (Anfang 8 Uhr.)  
 Sonntag. Don Juan.  
 Theater an der Spree. Ein trübsamer Tag.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Leffing.** Die Stützen der Gesellschaft.  
**Neues Schauspielhaus.** Wollenträger.  
**Volkstheater.** Banne. Berliner. Blaubart.  
**Neues. Der Dieb.**  
 Sonntag. (Schiller-Theater.) Gebildete Menschen.  
**Schiller-Charlottenburg.** Der Geizhals. Immergrün.  
**Hebbel.** Maria Magdalena.  
**Nomische Oper.** Tosca.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Schauspielhaus. Nathan der Weise.  
**Westen.** Ein Walzertraum.  
**Kleines. Mandragola.**  
**Central.** Frau Barrens Gewerbe.  
**Widens.** Bibl.  
**Julien.** Des Mädchens Lebensweg.  
**Trianon.** Fräulein Josette — meine Frau.  
**Thalia.** Immer oben auf.  
**Bernhard Noie.** Der Kaufmann von Venedig.  
**Bürgerl. Schauspielhaus.** Die Kinder der Erziehung.  
**Metropol.** Das muß man seh'n.  
**Apollo.** La belle Aloisia. Hymne.  
**Holl's. Cavrice.** Mal was ändert.  
**Dumke Punkte.** Eine anständige Frau.  
**Gebr. Herrnsfeld.** Papa und Gesellen.  
**Kajino.** Die Freuden der Hauswirtschaft.  
**Wintergarten.** Robert Steidl. Spezialitäten.  
**Parodie.** Nachtschl. Tannhäuser.  
**Monna Vanna.** (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Wahage.** Rudolf Mälzer. Spezialitäten.  
**Borussia. Variété.** Uferstr. 6/7. Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Carl-Sauerland-Theater.** Spezialitäten.  
**Wahalla.** Spezialitäten.  
**Urania.** Tauentzstraße 48/49.  
 Theater 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.  
 Anfang 8 Uhr: Ingenieur Rehner: Dampfhammer, Schmelzdepresse und Walzwerke.  
 Sternwarte, Invalidenstr. 57/62. Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Der Mond.

**Berliner Theater.**  
 Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.  
 Abends 8 Uhr:  
**Blaubart**  
**Neues Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Der Dieb.**  
 Sonnabend: Baccarat.  
 Sonntag:  
 Zum 50. Male: **Baccarat.**  
**Kleines Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Mandragola.**  
 Sonnabend: Mandragola.  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ein Puppenheim. (Nora)  
 Abends 8 Uhr: Mandragola.  
 Montag: Der Unsichere.  
**Theater des Westens.**  
 8 Uhr: Ein Walzertraum.  
 Operette von Oscar Strauß.  
 Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:  
**Die lustige Witwe.**  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
**Nathan der Weise.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonnabend: Der geförnte Siegfried. Siegfrieds Tod.  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl. Abends 8 Uhr: Madame Sans Gêne.  
 Montag 3. 1. M.: Sein Prinzgeheim.

**Hebbel - Theater**  
 Königgrätzer Str. 57-58.  
 8 Uhr: Maria Magdalena.  
 Bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten von Friedrich Hebbel.  
**Luisen-Theater.**  
 Reichenbergerstr. 31.  
 Abends 8 Uhr:  
**Des Mädchens Lebensweg.**  
 Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-vorstellung: Robinson Crusoe.  
 Abends: Der Lehmann und sein Pflegetochter.  
 Sonntag nachmittags: Die Waife von Lomond.  
 Abends: Des Mädchens Lebensweg.  
 Montag: Cyprienne.  
**Theater an der Spree**  
 Stopenburgerstr. 69.  
 7 1/2 Uhr: Premiere:  
**Der kritische Tag.**  
 Familienstück in 4 Akten v. Jul. Tenopel.  
 Sonnabend 8 Uhr: Festspiel.  
 Sonntag 3 Uhr: Ausgewähltes.  
 Sonntag abends: Der kritische Tag.

**Bernhard Rose Theater**  
 St. Franziskanerstr. 132.  
 Der Kaufmann von Venedig  
 Anfang 8 Uhr. (Bohrentagspreise.)  
 Sonnabend: Dieselbe Vorstellung.  
 4 Uhr: Kindervorstellung. Mitbegleit.  
**Metropol-Theater**  
 Abends 8 Uhr:  
**Das muß man seh'n!!**  
 Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.  
 G. Thielscher, F. Massary, B. Darmann, Bender, Giampietro, Josephi etc.  
 Rauchen gestattet.  
 Sonnabend, den 1. Februar:  
**II. Gr. Metropol-Theater-Ball.**  
 Sonntag, den 2. Februar, nachm. 3 Uhr:  
**Die Herren von Maxim.**

**Don Juan.**  
 Sonnabend 7 1/2 Uhr: Die Handerhüte.  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Nabine.  
 Abends 7 1/2 Uhr: Don Juan.  
**Lustspielhaus.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Panne.**

**JOSETTI VERA**  
 CIGARETTEN  
 Ihr Gewicht wert in Gold, trotzdem 10 St. nur 30 Pfg.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater.  
 Taubenstr. 48/49.  
 Abends 8 Uhr:  
**Kairo und die Pyramiden.**  
 Hörsaal 8 Uhr: Ing. Käßner: Dampfhammer, Schmelzdepresse und Walzwerke.  
 Invalidenstr. 57/62.  
 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Der Mond.

**Residenz-Theater.**  
 — Direktion: Richard Alexander. —  
 8 Uhr. 8 Uhr.  
**„Bibl.“**  
 Schwanz in 3 Akten von de Gorrive und de Marlon.  
 Deutsch von R. Schmitt.  
 Dreißigt. Richard Alexander.  
 Sonntag, den 2. Februar, nachm. 3 Uhr: Haben Sie nichts zu ver-sollen?  
**Hebbel - Theater**  
 Königgrätzer Str. 57-58.  
 8 Uhr: Maria Magdalena.  
 Bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten von Friedrich Hebbel.

**Apollon Theater**  
 Heute:  
 Letztes Auftreten der Attraktionen u. Novitäten des Januar-Programms.  
 Morgen:  
**Premiere!**  
 Mitislav der Moderne. Operette von Franz Lehár. Mia Werber als Galt.  
**WINTERGARTEN**  
 Letzte Vorstellung.  
**Ruth Vincent**  
 Gesangskünstlerin.  
**Kaufmann-Truppe**  
 reizende Radfahrkünstlerinnen.  
**Robert Steidl**  
 der beliebte Humorist, und viele andere erstklassige Spezialitäten.  
**Brunnen-Theater**  
 Bodestraße 58. Direkt: Bornh. Ross.  
 Freitag, den 31. Januar 1908,  
**Ein Blühdädel.**  
 Poffe mit Gesang in 4 Akten von Karl Costa.  
 Vorverkauf von 10-2 Uhr vormittags. Staffeneröfen. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Voranzeige: Freitag, den 7. Februar: Gr. Benefiz-Vorst. f. Kurt Baumeister. Ointo oder König u. Deutscherstuecht.  
**Parodie-Theater.**  
 Dresdenstr. 97. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Nachtsyl.**  
 Sam 93. Pal:  
**Tannhäuser.**  
**Monna Vanna.**

**Zirkus Schumann**  
 Heute Freitag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Große komische Vorstellung.**  
 Prolongiert! **Klein-Familie u. d. urkomische Neger.**  
 Gehr. Albanos, urdrollige Komik etc. Um 9 1/2 Uhr zum 40. Male:  
**Amerika**  
 zur Zeit der Bürgerkriege, Sklaverei und Trachten 1861-1863.  
**The 6 Fluffy Raffle Girls.**  
 Geführte Kastrupe in einem Wollenträger-Hotel.  
 Bad der widerpenfligen Reger.  
 Sonntag nachmittags: Die lustigen Heidelberger. 1 Kind frei, weitere halbe Preise.  
**XIII. Saison. Zirkus Busch**  
 Freitag, den 31. Januar 1908, abends 7 1/2 Uhr präzis:  
**Komischer Gala-Abend**  
 The Klein-Family, 10 Personen. Bros. Clarkonians aus Amerika. Das Phänomen auf d. Gebiete der Luftgymnastik. Herr Kommissionsrat Gustav Stansbeck, Dir. des Berliner Zatterfells als Gast!  
**Auf der Hallig.**  
 Gr. Kunst-Band des Zirkus Busch. Das Phänomen der tauchenden Sirenen. Die Wunder der Tislesoo. Sörber Gala-Programm.  
 Sonntag: 2 gr. Galabortionen.  
**Walhalla-Variete-Theater**  
 Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor.  
 Abends 8 Uhr:  
 nur noch wenige Tage.  
**Das große Programm.**  
 Phänomenat!  
**Der Kraftjongleur Acosta.**  
 14 elektrische Sterne maßloslich. Ausstattungsaff. Infolge gr. Erfolges prolongiert!  
**12 Akrobaten Loreh 12. Nestrum, Romiter.**  
 Sonnabend, den 1. Februar:  
 Gänzlich neues Programm anfänglich Ball.  
**Passage-Theater.**  
 Heute letzter Tag!  
**Rudolf Mälzer.**  
 15 erstklassige Variéténummern 15  
 Morgen, Sonnabend, 1. Februar:  
**Wiederauftreten Danny Gürtler.**  
**Palast-Theater**  
 Burgstraße 21.  
 Heute 8 Uhr  
 Entree 20 Pf. 20  
**Bestter Tag**  
 des brillanten  
**Januar-Spielplans!**  
 Sonnabend, den 1. Februar:  
**Premiere!**  
 12 Attraktionen 12  
**1. Ranges.**  
**W. Noacks Theater**  
 Direktion: Ros. Ott. Strömenstr. 16.  
 Zum 21. Male:  
**In der Irre.**  
 Schauspiel nach dem „Norgenspost“-Roman.  
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ehren- und Borzugsarten gültig!  
 Sonnabend: Geistesloffen.  
**Kajino-Theater.**  
 Volklingerstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
**Hanni weint — Hanni lacht**  
 Operette in 1 Akt v. Jacques Offenbach. Daraus das neue bunte Programm.  
**Die Freuden d. Häuslichkeit.**  
 Lustspiel in 3 Akten v. M. Hennequin.  
 Sonntag 4 Uhr: Biederleute.

**Rixdorfer Theater**  
 Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.  
 Sonntag, den 2. Februar 1908:  
 Gastspiel des Opern-Ensembles (Theater des Westens).  
**Der Trompeter von Säckingen.**  
 Romantische Oper in 3 Akten von Reher.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
 Anfang: Bochentags 8 Uhr.  
 Sonntag 7 Uhr.  
**Reichshallen-Restaurant:**  
 Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.

**Trianon-Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Fräulein Josette — meine Frau.**  
 Sonnt. nachm. 3 Uhr: Galtens Frauen.  
 Sonnabend 4. 1. M.: „Baron Tota“.

**Neue Welt**  
 Hafenstraße 108-114.  
 Täglich: Original-Bayr.  
**Bockbierfest**  
**Baron Muckls Bauernkapelle.**  
 30 bayerische Wadl.  
 Anf. Bochent. 7. Sonntags 5 Uhr.  
 Entree 30 Pf. 50 Pf.

**Männer-Vortrag**  
 Heute Freitag, abds. 8 1/2. Frankfurter Allee 127, Gesellschaftshaus, Nähe Warschauer.  
 Grundmann erklärt am gr. Torio:  
**Willenskraft und Neurasthenie**  
 Entstehung und Heilung im Lichte neuester Naturerkenntnis. Für Arbeiter sehr wichtig. Eintritt 20 Pf. nebst Vortragseroschüre.  
 Naturheilverein Neuem Ch. Kopernikusstraße 29.

**Schiller-Theater.**  
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Gebildete Menschen.**  
 Volksstück in 3 Aufzügen von Biffor Léon.  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Hermannsschlacht.**  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Reiterattacke.**  
**Schiller-Saal (Schiller-Theater)**  
 (Charlottenburg)  
 Freitag 9 Uhr: Vortrag Dr. Georg Münzer: Engelbr. Hamperdick. Eröffnet durch Instrumentalmusik.

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Hexenkessel.**  
 Schauspiel in 3 Akten von Georg Engel.  
 Hierauf: **Junger Immergrün**  
 Volksstück in 1 Akt. G. v. Bildebrach.  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Der Hexenkessel.**  
 Hierauf: **Junger Immergrün**  
 Sonntag mittag 12 Uhr:  
**Kammermusik und Gesang.**  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Richter von Zalamea.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Gyges und sein Ring.**

**Freitag, abends 8 Uhr:**  
**Gebildete Menschen.**  
 Volksstück in 3 Aufzügen von Biffor Léon.  
**Sonnabend, abends 8 Uhr:**  
**Die Hermannsschlacht.**  
**Sonntag, nachm. 3 Uhr:**  
**Das Glück im Winkel.**  
**Sonntag, abends 8 Uhr:**  
**Reiterattacke.**  
**Schiller-Saal (Schiller-Theater)**  
 (Charlottenburg)  
 Freitag 9 Uhr: Vortrag Dr. Georg Münzer: Engelbr. Hamperdick. Eröffnet durch Instrumentalmusik.

**Gesundheit ist Reichtum!**  
 Bade Berlin-Ost im  
**„Bad Frankfurt“**  
 Große Frankfurterstr. 136.  
 Medizinische Bäder aller Art  
 in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.  
 2 Wannenbäder mit je 2 Handtuchhorn 75 Pf. (40 Minuten Badeszeit.)  
 Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

**Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.**  
 Sonntag, den 9. Februar 1908:  
**„Kunst-Abend“**  
 arrangiert von Margarete Walkotte.  
 Mitwirkende:  
**Margarete Walkotte** Herr Dr. Marx Möller  
 Frl. Käthe Dietz, Konzertsängerin & Herr Hans Frey vom Apollo-Theater  
 Frl. Anniev. Luxemburg Violinvirtuosin & Fräulein Elisabeth Sonntag, Pianistin u. Herr Bernhard Nitzsche, Pianist a. Flügel.  
 Entree 60 Pf. im Vorverkauf. Abendkasse 75 Pf.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. (282/12\*) Anschließend B A L L.  
 Vorverkauf bei Herrn H o r s c h, Engelauer 15.

**Deutsche Konzerthallen,**  
 An der Spandauer Brücke 3.  
 Täglich  
**Deutsch-Amerikanischer Urbock-Trubel.**

**Masken-Garderobe**  
**Carl Ernst**  
 (Inhaber Will Ernst)  
 Köpenickerstr. 193, 1. Tr.  
 Amt IV, 5062.  
 Gr. Auswahl Bill. Preise!  
 Vorzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

**Soeben erschienen:**  
**Die sozialistische Arbeiter-Internationale**  
 Berichte der sozialdemokratischen Organisationen Europas, Australiens und Amerikas über ihre Tätigkeit in den Jahren 1904 bis 1907 an den Internationalen Kongress in Stuttgart.  
 Herausgegeben vom Internationalen sozialistischen Bureau. Mit einem Vorwort von Emil Vandervelde. 234/50  
 Deutsche Ausgabe. Preis 2,- M.  
**Zur Frage des Frauenwahlrechts.**  
 Von Klara Zetkin. Preis 50 Pf.  
**Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag I.**  
 Die parlamentarische Tätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1871 bis 1874.  
 Von A. Bebel. Preis 60 Pf.  
**Expedition des „Vorwärts“**  
 Berlin SW. Lindenstraße 69, Baden.

**Residenz-Theater.**  
 — Direktion: Richard Alexander. —  
 8 Uhr. 8 Uhr.  
**„Bibl.“**  
 Schwanz in 3 Akten von de Gorrive und de Marlon.  
 Deutsch von R. Schmitt.  
 Dreißigt. Richard Alexander.  
 Sonntag, den 2. Februar, nachm. 3 Uhr: Haben Sie nichts zu ver-sollen?  
**Hebbel - Theater**  
 Königgrätzer Str. 57-58.  
 8 Uhr: Maria Magdalena.  
 Bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten von Friedrich Hebbel.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater.  
 Taubenstr. 48/49.  
 Abends 8 Uhr:  
**Kairo und die Pyramiden.**  
 Hörsaal 8 Uhr: Ing. Käßner: Dampfhammer, Schmelzdepresse und Walzwerke.  
 Invalidenstr. 57/62.  
 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Der Mond.

**Rixdorfer Theater**  
 Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.  
 Sonntag, den 2. Februar 1908:  
 Gastspiel des Opern-Ensembles (Theater des Westens).  
**Der Trompeter von Säckingen.**  
 Romantische Oper in 3 Akten von Reher.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
 Anfang: Bochentags 8 Uhr.  
 Sonntag 7 Uhr.  
**Reichshallen-Restaurant:**  
 Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.

**Trianon-Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Fräulein Josette — meine Frau.**  
 Sonnt. nachm. 3 Uhr: Galtens Frauen.  
 Sonnabend 4. 1. M.: „Baron Tota“.

**Neue Welt**  
 Hafenstraße 108-114.  
 Täglich: Original-Bayr.  
**Bockbierfest**  
**Baron Muckls Bauernkapelle.**  
 30 bayerische Wadl.  
 Anf. Bochent. 7. Sonntags 5 Uhr.  
 Entree 30 Pf. 50 Pf.

**Männer-Vortrag**  
 Heute Freitag, abds. 8 1/2. Frankfurter Allee 127, Gesellschaftshaus, Nähe Warschauer.  
 Grundmann erklärt am gr. Torio:  
**Willenskraft und Neurasthenie**  
 Entstehung und Heilung im Lichte neuester Naturerkenntnis. Für Arbeiter sehr wichtig. Eintritt 20 Pf. nebst Vortragseroschüre.  
 Naturheilverein Neuem Ch. Kopernikusstraße 29.

### Die Kaufmannsgerichtswahlen

rücken immer näher. Die verschiedenen kaufmännischen Vereine machen Propaganda für die von ihnen aufgestellte Liste. Dabei beschämen sie nicht, zu den Mitteln der Lüge und Verleumdung gegen den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfen Deutschlands zu greifen. Das tollste hat der Deutschnationale Verband geleistet, eine Vereinigung, die auf antisemitischer Grundlage basiert. Wie elende Verleumdungen haben sich führende Personen dieses Verbandes benommen. Damit richten sich diese Herren selbst. An die Handlungsgehilfen ergeht aber das Ersuchen, die kurze Zeit, die sie noch von der Wahl trennt, auszunutzen und tätig zu sein für die Wahl überzeugungstreuer, zuverlässiger und wirklicher Gehilfenbeisitzer. Am Sonntag, den 9. Februar, muß die Liste III (Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfen Deutschlands) eine imposante Stimmengahl auf sich vereinigen.

### Partei-Angelegenheiten.

#### Zur Lokalliste!

Am Sonnabend, den 1. Februar cr., feiert der Verein Berliner Faktoren in Reumanns Festsälen, Rosenthalerstraße, ein sogenanntes „Kirmesfest in Tantenhausen“. Dieses Lokal steht der Arbeiterschaft nicht zu Versammlungen zur Verfügung und machen wir daher die dem genannten Verein angehörenden Parteigenossen auf die eventuellen Folgen eines Vorstoßes aufmerksam.

Der Vergnügungsverein „Frühling“ (gegr. 6. Juni 1880) veranstaltet am Sonnabend, den 8. Februar cr., in den Konordia-Festsälen, Andreasstraße, einen Maskenball. Da man versucht, Willets hierzu hauptsächlich in Arbeiterkreisen umzusetzen, so weisen wir darauf hin, daß uns die Konordia-Festäle seit Jahren beharrlich verweigert werden, deshalb sind alle dortigen Veranstaltungen seitens der organisierten Arbeiterschaft streng zu meiden. Die Lokalkommission.

**Sechster Wahlkreis.** Am 1. Februar wird das Bureau des Wahlvereins in der Raben-Straße 6 eröffnet. Da die gemieteten Räume erst am 1. April bezogen werden können, ist bis dahin die Geschäftsstelle in den Privaträumen des Genossen Jagrow untergebracht.

Alle Sendungen für den Wahlverein sind daher vom 1. Februar ab dorthin zu adressieren.

Als Bureaubeamte sind gewählt die Genossen Theodor Fischer und Hermann Müller. Alle anderen Meldungen zu diesen Posten sind dadurch erledigt.

Der Vorstand.

**Schöneberg.** Parteigenossen! Am Sonntag, den 2. Februar, findet in allen Bezirken, mit Ausnahme des ersten und ersten, eine Flugblattverteilung zugunsten des Genossenschaftswesens statt.

Mittags 12 Uhr findet in E. Obsts Festsälen, Weininger Straße 8, die Fortsetzung der Diskussion über die beiden Resolutionen statt. Die Genossen wollen zahlreich und pünktlich in der Versammlung erscheinen.

Der Vorstand.

**Groß-Lichterfelde.** Am Sonntagmorgen 2 Uhr, findet im Restaurant Kaiserhof, Kronoldplatz, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Vortrag der Genossen Lungwitz über: Die wirtschaftliche und politische Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft. Frauen und Männer erscheinen zahlreich in dieser Versammlung.

**Stralau.** Dienstag, den 4. Februar, findet in den „Markgrafensälen“, Markgrafendamm 34, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Die politische Lage in Preußen und im Reich. Referent Reichstagsabgeordneter Karl Sebering-Dielefeld. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Parteigenossen, agitiert für guten Besuch dieser Versammlung. — Montag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, findet in allen Bezirken eine Handzetteldruckerei für diese Versammlung statt; alle Mann müssen zur Stelle sein.

Der Vorstand.

**Alt-Ostende.** Am Freitag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, findet eine große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen, im Lokale des Herrn Julius Knochen, Rudower Straße 54 statt. Tagesordnung: Vortrag über: Die Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Lebensmittelverteuerung. Referent: Stadtverordneter Reinhold Küter. Arbeiter, Parteigenossen! sorgt für guten Besuch der Versammlung.

Der Vorstand.

**Rösig-Büsterhausen und Umgegend.** Die Parteigenossen werden auf die am Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale von Schumann in Wildau stattfindende Wahlvereinsversammlung aufmerksam gemacht. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Robert Fendel über: Materialistische Gesichtsauffassung; Stellungnahme und Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung; Anträge des Vorstandes. Das Erscheinen eines jeden Parteigenossen ist Pflicht.

Der Vorstand.

### Berliner Nachrichten.

#### Zweierlei Wohnungen.

Denken wir unsere Schritte hinaus nach dem Berliner Westen, so fällt uns bei dem ersten Blick der grelle Kontrast zwischen diesem modernen Stadtviertel und den älteren Teilen unserer Reichshauptstadt in allzu deutlicher Weise auf. Breite, schnurgerade, mit Bäumen bepflanzte Straßen ziehen sich in stolzer, fast endloser Flucht dahin. Das geschäftige, emsige und rastlose Treiben verliert sich, je weiter man in diese vornehme Gegend eindringt. Eine stille, wohlthuende Ruhe umfängt uns, man wohnt mit einem Male in einer fremden Welt zu sein, so sonderbar mutet uns die ungewohnte Umgebung an. Prachtige, pompöse Bauten fordern unsere Bewunderung heraus. Baläste, mit wunderbaren Ornamenten, mit Marmor Säulen und breiten, teppichbelegten Freitreppen, auf denen der Fuß laullos dahingleitet. Sogar das Hauspersonal hat seinen besondern Eingang, was auf eine weitgehende Rücksichtnahme schließen läßt. Hinter den hohen, hermetisch geschlossenen Fenstern rieseln die kostbarsten Gardinen hernieder und zwischen den Doppelscheiben prangen Tulpen im herrlichsten Farbensinn.

Auch Wohnungen sind zu vermieten; in feingeschwingener Rundschrift lesen wir: Die erste Etage ist sofort zu vermieten. 12 Zimmer, Badezimmer, Dienstbotenzimmer, elektrische Lichtanlage, Zentralheizung, Warmwasserbereitung, Fahrstuhl usw. Und armen Arbeitern stoßt der Atem, schwindende Zahlen steigen vor unseren Augen auf, 3-, 4000 M. Miete, man muß schon eine eiserne Konstitution haben, wenn man keinen Herzschlag bekommt. Der Vorkier in seinem unterirdischen Verlies reißt sein Guckloch auf und betrachtet uns mißtrauisch. Wir sehen jedenfalls nicht so aus wie einer, der eine Zwölf-

zimmerwohnung mieten oder besser gesagt — bezahlen kann. Ueberhaupt beachtet uns, angefichts dieser verschwenderrischen Pracht, dieser vornehmen, prächtigen Umgebung ein ängstliches, bedrücktes Gefühl.

Es ist hier alles so ganz anders, das ganze Straßenbild trägt den Stempel der distinguierten Wohlhabenheit. Nur selten taucht ein Arbeiterfittal auf. Pelze und Angströhren, hohe Stiefeletten und knisternde Seidenroben beherrschen das Straßenleben, Dienstmädchen mit weißen Häubchen hüpfen links an den Häusern entlang, und die dicke Höflichkeit versucht unter den schwierigsten Jungenverrenkungen der „gnädigen Frau“ auf Hochdeutsch ihre Köpfe anzupfeifen. Selbst die gemülligen Schulkente nehmen bei einer Anrede geräuschvoll die Haken zusammen und legen mit umachahmlicher Grazie die weißbehaudelten Fingerspitzen an den Helm.

Wir sind zufrieden, als die Elektrische quietschend am Rollenmarkt einbiegt. Hier ist Alt-Berlin, wo in engen Gäßchen und in windschiefen, dunklen Häusern viele Menschen zusammengedrängt wohnen. Da sind wohl im ganzen Hause 12 Zimmer und statt des Fahrstuhls trabbelt man unter steter Todesgefahr, die nur durch die lange Gewohnheit gemildert wird, die schmalen, finsternen Stiegen empor. — Am Rollenmarkt selbst lenkt ein alterdgraues, lokalhistorisches Gebäude unser Interesse auf sich und weil es noch ziemlich früh am Tage ist, betreten wir den holperigen, mit unzähligen Regenpfützen bedeckten Hof. Firmenschilder leuchten auf und Inschriften weisen auf Geschäftskontore hin. Ueberall stehen Wagen, Karren, Rollfuhrwerke und alle möglichen Gegenstände herum. Aus den Erdgeschossen klingt das Stampfen der Pferde und Türen und Fensterladen kreischen lässlich in den verrosteten Angeln. Wir sind in der ehemaligen Stadtblögel. Im zweiten Hof ist eine Möbel-Auktionshalle.

Wir erklimmen die breite, ausgetretene Treppe. Eine schlechte, stiche Luft schlägt uns entgegen. Lastend tapfen wir den dunklen Flur entlang. Das Auge muß sich erst an die egyptische Finsternis gewöhnen. Nach und nach heben sich von dem Dunkel auf beiden Seiten eine lange Flucht Türen, mit Schildern versehen, ab. Nr. — — Mann ist auf allen zu lesen. Massive Eisenstangen mit Vorhängegeschloßern sichern den Eingang. Hier wohnt ein „Mensch, die den Pfad verloren“. Jetzt sind die Jellen, in denen so manches vom Sturm verschlagene Opfer sein Leben verblutet hat, an arme Proletarier vermietet. Die Stadt hat das Haus an einen Unternehmer verpachtet. Eine zweifenstrige Zelle mit Kochofen kostet 16 M., eine einfenstrige 12 M. Wir werfen einen Blick in einen zweifenstrigen Raum. Er ist lang und schmal. Die Ausstattung besteht aus zwei alten Vertischen, einem wackeligen Tisch und ebensolchen Stühlen. Ein paar Illustrationen aus Zeitschriften schmücken die Wand, Zeitungspapier an den Fenstern erregt die Gardinen. Es ist eine arme Schifferfamilie, aus vier oder fünf Köpfen bestehend; alle wohnen, essen, schlafen in diesem einen Raum. Die Frau hat einen Zuber mit Wäsche mitten in der Stube stehen. In dicken Schwaden schlängeln sich die Seifenblinse an der Decke hin, um nach vollzogenem Verwandlungsprozeß in dünnen Wächlein an den Wänden herabzurinnen. Die Frau übernimmt Wäsche, um zum Unterhalt beizutragen. Auch besorgt sie die Hausreinigung und erspart dadurch die Miete. Uns zuckt es messerscharf durch die Seele. Wir denken zurück an W.W., zwölf Zimmer mit . . .! Hier haufen Menschen, eine ganze Familie, in einem engen, nassen, muffigen Raum. Die Gefangenen, die einst hier zu „brauchbaren Mitgliedern der Gesellschaft geläutert“ wurden, bewohnten die Zellen einzeln oder allenfalls zu zweien, wobei zu bemerken ist, daß dabei in den Räumen weder gekocht noch gewaschen wurde. Jetzt aber sind Arbeiter, fleißige, regsame Leute in der beneidenswerten Lage, unter den ungesundesten, jämmerlichsten Verhältnissen diese „Salons“ zu bewohnen. Hier, in diesen vier Wänden, spielt sich das ganze Familienleben ab.

D grausamer Hohn auf die von Gott gewollte Ordnung! Und dieses „Familienglied“ wollen die Sozialdemokraten zerstören. Wir treten den Heimweg an, mit dem unerschütterlichen Entschluß, so lange zu arbeiten, bis dieses „Familienglied“ von Grund aus zerstört ist!

Die Berliner Stadtbibliothek ist nach der Benutzungsordnung, die jeder, der Bücher entleihen will, durch Unterschrift anerkennen muß, an jedem Wochentage mit Ausnahme des 24. Dezember geöffnet. Ich war darum nicht wenig erstaunt, so schreibt uns ein Leser, als ich am 27. d. M. die Pforten der Bibliothek geschlossen fand. Ich sah mir darauf meine Benutzungsordnung noch einmal an, konnte aber den 27. Januar unter den Ausnahmetagen nicht entdecken. Zwar kam mir später zum Bewußtsein, daß der deutsche Kaiser an diesem Tage seinen Geburtstag feierte, habe aber diesen Tag bisher noch nicht für einen geschlossenen Feiertag gehalten. Sollten die Herren und Damen der Bibliotheksverwaltung ihren patriotischen Gefühlen an diesem Tage nur durch Arbeitsruhe würdig Ausdruck geben können, so sind sie wohl in Zukunft so freundlich, diesen Tag als Ausnahmetag in der Benutzungsordnung buchen zu lassen, damit den Besuchern der lange Weg und der Schuppen, den sich so mancher holt, wenn an diesem Tage gerade einmal kein „Hohenzollernwetter“ ist, erspart bleibe.

Auf der Stadtbahn. Vorgeftern gab es auf der Stadtbahn einmal wieder die übliche Betriebsstörung. Das Berliner fahrende Publikum ist bekanntlich sehr geduldig und nimmt solche Zufälligkeiten als unermesslich hin. Ganz mögen sich ja derartige Störungen auch nicht vermeiden lassen, wenn auch ihre Häufigkeit in der letzten Zeit zu ersten Bedenken Anlaß gibt. Was sich aber wohl vermeiden läßt, ist die Geheimnisträumerei der Verwaltung. Auf alle Fragen: Was ist los? Wie lange dauert die Unterbrechung wohl? usw. eifrige Ruhe von Seiten der Beamten. Als ob die Fahrgäste die Fragen stellten, um sich die Langeweile zu vertreiben, und als ob das Wohl und Wehe der königl. preussischen Staatsordnung von ihrer Beantwortung abhängt. Es ist doch wohl Pflicht der Beamten, diese Fragen zu beantworten, damit man sich in dringenden Fällen eventl. eine andere Fahrgelegenheit suchen kann.

#### Die Nervosität der Berliner Schulkente.

Es ist in der letzten Zeit sehr viel darüber geschrieben worden, daß die Berliner Schulkente sehr angestrengt werde, daß sich ihre Dienstzeit namentlich durch Abspernungsmassregeln bei den Demonstrationen noch wesentlich verlängert habe. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Ueberanstrengung der Polizeimannschaften wenigstens an den Demonstrationstagen durchaus unnötig ist. Die deutsche Sozialdemokratie ist so gut diszipliniert, daß sie imstande ist, die Ordnung überall selbst aufrecht zu erhalten, wenn nur die Polizei möglichst fern bleibt.

Die Berliner Schulkente lassen schon in normalen Zeiten die notwendige Ruhe vermissen; sie pflegen das Publikum nicht anders

zu behandeln, als in dem gewohnten Kasernen-ton. In den letzten Wochen sind sie hochgradig nervös geworden. Für alles gibt es Erklärungen, warum nicht auch für diese Nervosität? Der Dienst, der den Schulkente jetzt ganz überflüssigerweise auferlegt wird, mag gewiß ein aufreibender sein, das konnten wir wieder am Dienstagabend gelegentlich der Versammlungen der Berliner Wahlvereine feststellen.

In Kellers Festsälen tagte der Wahlverein des vierten Wahlkreises. Gegenüber von dem großen Festsaal, der von der Versammlung dicht besetzt war, befindet sich ein kleiner Speisesaal. Dort konnte man 6—7 Polizeioffiziere beobachten, die gelangweilt herumstanden. Da immer mehr von den Versammlungsbesuchern sie entdeckten und erkaunt anschauten, zogen sie es vor, sich nach und nach zu verkrümmeln. Wo Offiziere sind, müssen auch Mannschaften sein. Und richtig, in der Regelbahn im Souterrain konnte man 120—150 Schulkente versammelt sehen. Gemächlich bei Spiel und Trank saßen sie dort und stürzten sich für die kommende Revolution. An die Tür dieses Raumes hatte man ein Plakat angeheftet mit der Aufschrift: „Geschlossene Gesellschaft“. Noch weit zahlreicher soll diese „Geschlossene Gesellschaft“ am Tage der Arbeitslosenversammlung gewesen sein.

Die Wirte sind mit dieser Einquartierung sehr zufrieden. Es bedeutet für sie ein recht rentables Geschäft, wodurch sie in etwas für das schlechte Geschäft mit den Arbeitslosenversammlungen entschädigt werden. So wurden in einem Lokal, wo mehrere Tausende Arbeitsloser versammelt waren, von diesen insgesamt 48 Glas Bier verzehrt, drunter aber, wo die Hüter der Ordnung warteten, wurden an zwei Tonnen Bier ausgeschänkt. Wir meinen nun, daß überarbeitete, schließlich ausgeschlafene Leute sich vor Alkoholgenuss sehr hüten sollten, da dieser ihre Nervosität und Gereiztheit nur noch erhöhen kann.

Und noch eins: Sollte man nicht etwas sparsamer umgehen mit den Groschen der Steuerzahler? Die Ansammlung großer Massen von Schulkente ist bei sozialdemokratischen Versammlungen durchaus überflüssig, ihre Anwesenheit kann aber unter Umständen zu einer Gefahr werden. Kann oder will man denn nicht begreifen, daß die Sozialdemokratie niemals, auch nur im entferntesten daran denken kann und wird, den Kampf um das Recht des Volkes durch die brutale Gewalt führen zu wollen?

Auf meinem zirkulär halbständigen Wege nach Hause, so schreibt uns ein Genosse, der am Dienstag ebenfalls Kellers Festäle besucht hatte, fand ich die zahlreichen Eden und freien Plätze, die sonst von Schulkente besetzt sind, von solchen vollständig frei. Auf meinem ganzen Wache begegnete ich nicht einem einzigen Schulkente. Da haben Spitzbuben und sonstiges Gefindel gute Zeiten, die Herren Schulkente müssen ehrliche Arbeiter bei deren Versammlungen überwachen.

Die Große Berliner Straßenbahn beabsichtigt, am 1. Februar den sog. Schleifenbetrieb der Linie 14 aufzuheben. Diese Linie ging bisher über Alt-Roabit, durch die Puffel-, Turm- und Stromstraße. Sie soll jetzt in beiden Richtungen durch die Straße Alt-Roabit und Puffelstraße bis zur Ecke der Turmstraße verkehren. Der erste Wagen geht Werktags vom Roabit 6.14, der letzte 11.59, Sonntags der erste 6.44, der letzte 12.59. Vom Marheinekeplatz Werktags von 9.59 bis 9.21 und Sonntags von 9.51 bis 1.14. Von 6.14 bis 9.59 Werktags sowie Sonntags von 8.44 bis 12.29 verkehren die Wagen in der Richtung von Roabit in Abständen von 7½ Minuten, desgleichen vom Marheinekeplatz Werktags von 9.59 bis 9.21 und Sonntags von 9.59 bis 12.15. Für die übrige Zeit ist 15-Minutenbetrieb vorgesehen. Die Fahrzeit beträgt 45 Minuten, der Preis für die ganze Strecke 10 Pf. — Ebenfalls am 1. Februar soll im Anschluß an den letzten Wagen der Linie 91 die Nachverbindung der Linie 92 Götlicher Bahnhof—Wilmersdorf um 1 Stunde bis zum Ringbahnhof Halensee erweitert werden. Die Wagen verkehren ab Götlicher Bahnhof Werktags von 7.17 bis 1.47 und ab Wilmersdorf von 6.08 bis 11.38 bis Ringbahnhof Halensee von 11.54 bis 12.39, Sonntags geht der erste Wagen ab Götlicher Bahnhof 9.32, der letzte 11.47, ab Wilmersdorf der erste 8.23, der letzte 11.38 bis Halensee von 11.54 bis 12.39. Sie verkehren in beiden Richtungen in Abständen von 15 Minuten.

Scherben im Walde. Mit einer schweren Verletzung wurde gestern der 9-jährige Schüler Franz Kiese, Sohn eines in Erkner wohnenden Arbeiters, in die königliche Klinik in der Fiegelstraße eingeliefert. Der Knabe hatte im Walde gespielt, war dabei gefallen und mit der Hand auf einen Glascherben gestürzt, der von einer zertrümmerten, wahrscheinlich von Ausflüglern achtlos fortgeworfenen Flasche herabfiel. Dem Kinde wurde der Handballen ausgerissen und selbst die Handsehnen durchgeschnitten, so daß das losgerissene Fleischstück nur noch mit der Haut an einer Stelle am Körper hing. Dem Verunglückten wurde in Erkner durch einen Arzt ein Notverband angelegt, wofür nicht weniger als 30 Markeln erforderlich waren, die klaffende Wunde zu nähen. Bei der schweren Verletzung der Sehnen wird die Hand des Kindes dauernd betäubt bleiben.

#### Wodurch macht ein Ausländer sich lästig?

Ja, wer das zu sagen wüßte! Die Polizei, die die „Lästigen“ ausweist, pflegt ihnen nicht anzugeben, wodurch sie sich „lästig“ gemacht haben sollen. Sie scheidt ihnen den Ausweisungsbefehl und überläßt sie dann der Weisheit aller möglichen Vermutungen über das, was wohl an ihnen als „lästig“ empfunden worden sein konnte.

Wie oft mag die Anzeige irgend eines anonymen Hallunken dazu führen, daß die Polizei einen Ausländer abschiebt. Dazu ist gar nicht mal nötig, daß dem unbequemem Fremdling etwas besonders Schlimmes nachgesagt wird. Man weiß ja, daß in Preußen-Deutschland manchmal schon die bloße Beteiligung an der Agitation für die Sozialdemokratie oder auch nur an einer Lohnbewegung der Arbeiterschaft hinreichender Grund ist, einen Ausländer als „lästig“ erscheinen zu lassen. Wir haben erst vor einigen Monaten über die Ausweisung eines Mannes zu berichten gehabt, dem offenbar nichts anderes vorgeworfen werden konnte als seine tätige Anteilnahme an dem Kampfe der Arbeiterklasse.

Welche Ansichten über die Ausweisungspraxis verbreitet sind und welchen Zwecken die rasch ausweisende Polizei mitunter dienstbar gemacht werden soll, davon kann man sich eine Vorstellung machen auf Grund der folgenden Äußerung, die vom „Lokalanzeiger“ (30. Januar) im „Briefkasten“ als Antwort auf eine Anfrage veröffentlicht wird. Die Auskunft lautet:

„Otto G. Was als „lästiger Ausländer“ in Frage kommt, ist lediglich Kaufkraft. Wenn Sie nun einen Ihrer Kunden um bedwillen ausgewiesen wissen wollen, weil er nicht zahlt, so sind Sie im Irrtum, wenn Sie annehmen, daß der Staat sich zum Vollstrecker Ihrer privatrechtlichen Ansprüche machen wird. Verklagen Sie den Mann und lassen Sie ihn pfänden. Vorher wird er jedenfalls nicht ausgewiesen. Ist die Pfändung fruchtlos ausgefallen, können Sie es ja mal mit einer Anzeige bei der Abteilung V des Polizeipräsidiums versuchen. Wir zweifeln aber an dem Erfolg.“

Es ist gewiß sehr wünschenswert, daß jeder sich bemüht, seine Schulden zu bezahlen. Sicherlich wird auch niemand es einem Geschäftsmann verdenken, daß er zu seinem Gelde kommen will. Aber daß einer einen Kunden, der Ausländer ist, ausweist, ist nicht billig, weil er nicht zahlt, das ist denn doch ein hartes Stüd. Beachtung verdient übrigens, daß der „Briefkasten“ des hiesigen „Lokalanzeiger“ die Sache zwar nicht für sehr ausfallsvoll hält, aber doch den Rat gibt, es mal mit einer Anzeige beim

Holzgepräsdium zu versuchen. Hiernach muß man annehmen, daß der Mann zum mindesten frei ist von sittlichen Bedenken gegen den genialen Plan dieses Otto S.

Das geheimnisvolle Verschwinden der Schülerin Frederike Manstein, der Tochter des Lehrers M. aus der Wilmannsstr. 43, hat auch bis zum heutigen Tage noch keine Aufklärung gefunden. Die Kriminalpolizei beschäftigt sich nun nahezu vier Wochen hindurch mit dem rätselhaften Abhandenkommen des 13-jährigen Mädchens. Es wird vermutet, daß die Verschwindene nicht mehr unter den Lebenden weilt und rechnet immer mehr damit, daß sie das Opfer eines schweren Verbrechens geworden ist. Auf die Auslieferung einer Geldbelohnung hin haben sich mehrere Personen gemeldet, die die Kleine bald hier bald dort gesehen haben wollen, aber in keinem Falle handelte es sich tatsächlich um die Vermisste.

Die Polizeibehörde beschäftigt sich außerdem mit dem Verschwinden eines zweiten jungen Mädchens. Seit acht Tagen wird die am 27. Januar 1892 geborene Alice Hasenbank, die in der Besselfstraße bei den Eltern wohnte, vermisst. Das junge Mädchen machte sich am Dienstag vor acht Tagen auf den Weg zu Bekannten, die in der Hasenheide 76 wohnen. Von diesem Ausgang ist es dann nicht mehr zu den Angehörigen zurückgekehrt. Es wird angenommen, daß das hübsche junge Mädchen verschleppt worden ist. Die S. hat blondes Haar und ist von großer schlanker Figur. Vorne war sie mit blauem Rock und blauer Taille, schwarzem Jackett und rotem Hut mit weißer Schleife.

Einen schaurigen Fund machte gestern ein Parkwächter im Tiergarten. In der Nähe des Großen Sees sah er auf der Erde das Verbindungsglied eines Faset, und als er es ans Land gebracht hatte, gewahrte er zu seinem Entsetzen darin eine Kindesleiche. Die Umhüllung bestand in einem großen weichen Hemd und einer Lunte mit der Firma S. Siebth, Köpenicker Straße 53. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Einbrecher im „Kientopp“. Eine recht unangenehme Ueber- raschung wurde dem Besitzer des in der Bahstraße 64 belegenen Kinematographen-Theaters durch Einbrecher bereitet. Als er morgens das Theater, das er erst vor einigen Tagen gekauft hatte, betrat, mußte er die Entdeckung machen, daß über Nacht unheimlicher Besuch dagewesen war, der wüst gehaust hatte. Die Wände hatte für nahezu 2000 M. Films und andere zu den Vorführungen notwendige Gegenstände gestohlen.

Das Treiben eines Toblästigen rief in der gestrigen Nacht in der Friedrichstraße ungeheurer Aufsehen hervor. Der Beamte M. aus Königsberg, der sich vorübergehend in Berlin aufhielt, hatte in dem Restaurant des Hotels „Stadt Berlin“ in der Dorotheenstraße gewieilt und während er beim Glas Bier saß, wurde er plötzlich von der Toblust befallen. Er rannte schreiend auf die Straße hinaus und eilte nach der Friedrichstraße. Hier fiel er über eine ganze Reihe junger Mädchen her und riß ihnen die Hüte von den Köpfen. Eine ganze Menschenmenge war dem Toblästigen gefolgt. An der Ecke der Laubengasse hielt er plötzlich inne, griff in die Taschen und holte Geld hervor, das er auf die Straße unter die Passanten schleuderte. M. wurde dann in eine Droschke gepackt, doch gelang es ihm noch einmal, seinen Transporteur zu entkommen. Mit Wut und Not konnte er schließlich nach der Infarkation gebracht werden. In dem Operationszimmer versuchte er die Einrichtung zu zertrümmern. Noch während man bei der Behandlung des Patienten war, erschienen eine ganze Reihe junger Mädchen auf der Station, die darauf drangen, daß ihnen von M. neue Hüte für die zerstörten Kopfbedeckungen gekauft würden. Der Toblästige wurde in das Sirchow-Krankenhaus eingeliefert.

Zum Förstermord am Müggelsee. Heute früh ist in der Nord- sache Schwarzenstein eine neue Verhaftung erfolgt. Der Knecht Jan Mehlis, der bei dem Förster bedienstet war, ist unter dem Verdacht der Vergiftung verhaftet und dem Holzgepräsdium zugewiesen worden. Der Knecht Mehlis, der 18 Jahre alt ist, hat, wie jetzt festgestellt ist, bei den Geldgeschäften des verhafteten Försters- johnes die Vermittlerrolle gespielt und auch selbst auf den Namen des alten Försters Geld entliehen. Nachdem der Förstersohn ver- haftet worden war, trug Mehlis, wie beobachtet wurde, einen Gegenstand unter einem Tuche fort. Dadurch ist Beweismaterial beschwunden. Der Beschäftigte verweigert jede Auskunft, wohin er das Beweismaterial gebracht hat.

Unter der Waage eines Oenkontrollen tritt seit einiger Zeit ein dreifacher Dieb auf, der im Norden der Stadt und in den an- grenzenden Vororten sein Unwesen treibt. Der Schwindler sucht die Wohnungen der Mieter auf und gibt an, er sei vom Haus- wirt geschickt worden, um die Defen einer genauen Revision auf die Feuerficherheit hin zu unterziehen. Kaum wird der Dursche allein gelassen, so stiehlt er in den Zimmern, was er nur wert- volles erreichen kann. Ganz besonders hat er der freche Dieb auf Schmuckstücken, die offen in den Zimmern liegen, abgesehen. Es sei daher dringend vor dem falschen Kontrolleur gewarnt.

Zum Mord in der Gerichtstraße wird mitgeteilt, daß festgestellt sei, daß es sich nicht um einen Mordmord handelte. Bei einer wiederholten Durchsichtung der Wohnung hat man nämlich zwei Spartenbücher in der Höhe von 1400 Mark und einen Geldbetrag von etwa 60 Mark vorgefunden. Auch die vermischten Schmuck- sachen sind entdeckt worden. Dagegen wurde konstatiert, daß es sich bei dem Mord der Frau Medner um einen ähnlichen Fall handelt, wie bei der Ermordung der Wirtschaftlerin Blath. Die Wiesner hatte zahlreiche Herrenbekanntschaften und empfing wiederholt Herren in ihrer Wohnung. Ueber die Motive des Mordes schwebt noch völliges Dunkel. Es ist auch vorläufig nicht festgestellt, ob das Weib, mit dem die Wiesner erschlagen wurde, der Ermordeten gehört hat oder ob es vom Mörder selbst mitgebracht wurde.

Diebstahl auf dem Friedhof der Märzgefallenen. Friedhofs- schänder haben in der vorgestrigen Nacht den Friedhof der März- gefallenen am Friedrichshain heimgesucht. Von einigen Grabmalern wurden mehrere Metallplatten losgelöst und gestohlen. Es handelt sich um Kupferplatten in der Größe von 41x24. In die Platten waren Aufschriften eingegraben. Da das gestohlene Gut von großem Gewicht, so kann nur angenommen werden, daß an dem dreifachen Diebstahl mehrere Personen beteiligt waren.

Ja, Schumann, das ist 'was anderes!

An der sehr belebten Ecke König- und Neue Friedrichstraße soll zur Regelung des Verkehrs ein Schumannsposten stehen. Dort steht für gewöhnlich sogar ein Doppelposten jener englischen Art, auf deren Einführung der eben scheidende Berliner Polizei- präsdient sich so viel zugute tut.

Am Dienstag, nachmittags 1/2 12 Uhr, stand dieser Posten nicht auf seinem Platz. Es regnete, und der diensttunende Schumann war in einen der nächsten Hausflure retiriert. Mit rasender Eile fauchte ein Schlächterhündchen heran: Ein Herr rettete sich mit Mühe und Not durch einen hurtigen Sprung, einer — wie sich bald herausstellte: ein taubstummer Mann von etwa 50 Jahren — wurde umgerissen und unter den Wagen geschleudert. Das Fuhr- wer! fauchte davon.

Hinzuwühlende Passanten riefen den aus einer Kopfwunde Blutenden empor, und nun kam auch unser Schumann aus seinem Regenversteck hervor. . . .

Ein Arbeiter, der den Vorgang mit angesehen und den alten Mann aufscholden hatte, sprach zu dem Hüter der Ordnung: „Ja, wenn es gepolten hätte, einen von Arbeitern veranfaßten friedlichen Demonstrationenzug aufzuhalten, dann würden Sie auch beim stärksten Regen nicht vom Fahrdamm gewichen sein. Aber so —“

Schweigend nahm der also Angeredete diese treffende Be- merkung entgegen. Er antwortete nicht; denn er konnte darauf nichts antworten.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr nach dem Tiergarten gerufen. Ein Automobil war dort am Spreeweg in der Nähe des großen Steins am Schloß Bellevue in Brand geraten. Schwüliger Weise wurde die Wehr nach der Haidestr. 43 alarmiert. Der 16. Zug hatte in der Fennstraße 21 zu tun, wo in einer Giecherei Feuer ausgekommen war und Lad brannte. Wegen eines Kesselbrandes erfolgte ein Alarm nach der Frieden- straße 17. Holzwaale u. a. brannte dort.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Mittwoch mit zwei Vorlagen von großer Bedeutung. Die erste Vorlage betraf die Frage des Beitritts zum Verkehrs- verbande Groß-Berlin. Nachdem der Berichterstatter Stadt- verordneter Dr. Frenzel die Vorlage eingehend begründet und unter anderem den geplanten Verband als einen Schutzverband gegen die Große Berliner Straßenbahn bezeichnet hatte, gab Stadtverordneter Dr. Borchardt (Soz.) die Erklärung ab, daß auch seine Freunde dem Gedanken der Vorlage zustimmen; prinzipiell ständen die Sozial- demokraten auf dem Standpunkt, daß für das große einheitliche Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin am zweckmäßigsten auch eine einheitliche Verwaltung wäre, daß also die völlige Eingemeindung der Sororite anzustreben sei. Da dies vorläufig nicht zu erreichen sei, so würden seine Freunde sich damit begnügen, daß wenigstens wichtige Lebensfragen der Gemeinden in Gemeinsamkeit durch Zweck- verbände geregelt werden. — Dem Aussch. dem die Vorlage über- wiesen wurde, gehören u. a. die sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Borchardt, Vartisch und Hirsch an.

Der größte Teil der Sitzung wurde ausgefüllt durch die Be- ratung der Vorlage betreffend Einführung einer Ge- meinde-Schankerglaubnissteuer. Wie wir bereits mit- geteilt haben, soll vom 1. April 1908 ab eine Gemeindefeuer bei dem Erwerb der Erlaubnis zum ständigen Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft oder eines Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus im Bezirke der Stadt Charlottenburg erhoben werden, die je nach der Gewerbesteuerklasse, zu der der Betrieb gehört, zwischen 300 und 4000 M. schwankt.

Während der Berichterstatter Stadtd. Dzialoszyński die Einführung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern beantragte, ersuchte der erste Redner aus der Versammlung, Stadtd. Hirsch (Soz.), um Ablehnung ohne Ausschuhberatung. Die Steuer sei gegenwärtig, da sie im Widerspruch stehe zu den Paragraphen 7 bis 9 und 33 der Reichsgewerbeordnung. Sie bedeute die ein- seitige Belastung eines Standes, und die Wirkungen, die sich der Magistrat in ständiger und hygienischer Beziehung davon verspreche, würden ausbleiben. Redner übte scharfe Kritik an der Begründung der Vorlage, die zwar umfangreich, aber inhaltslos und wider- spruchsvoll sei; man lese förmlich zwischen den Zeilen her- aus, daß der Magistrat für eine schlechte Sache kämpft. Unbegreiflich sei es, wie man die Werterhöhung eines Wirtschafts- betriebes vergleichen könne mit dem durch die Allgemeinheit erzeugten Wertzuwachs des Grund und Bodens. Der Magistrat verpöchte sich von der Steuer eine Erschwerung der Vermehrung der Gastwirt- schaften; diese Hoffnung werde nicht in Erfüllung gehen, im Gegen- teil gerade die Einzelneipen würden dadurch aufblühen, und die Steuer würde schließlich abgewälzt auf das Publikum. Wenn man die Vorlage als ein Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus preise, so vergesse man einmal, daß man durch Progressivsteuern noch niemals das gesteckte Ziel erreicht habe, und zweitens lasse man außer acht, welches denn die Ursachen des Alkoholismus seien. Man möge die wirtschaftlichen Verhältnisse bessern, den Arbeitern gute Wohnungen verschaffen, sie in den Stand setzen, sich gut zu ernähren, und vor allem für Aufklärung sorgen. Dadurch werde man dem Alkoholismus wirksamer zu Leibe gehen, als durch derartige Strangulierungssteuern. Im übrigen möge man doch nicht so tun, als ob der Alkoholismus nur in der Arbeiterklasse verbreitet sei. Selbst unter den Mitgliedern der städtischen Behörden gebe es recht trinkfeste Herren, wenn auch der Magistrat in dieser Beziehung in letzter Zeit viel zu wünschen übrig lasse. (Große Heiterkeit.) Wenn der Magistrat Geld brauche, dann möge er der Versammlung gerade Steuern, vor allem eine Erhöhung der Zuschläge zur Ein- kommensteuer sowie die Einführung einer Wertzuwachssteuer vorschlagen.

Stadtd. Lissauer (unpol.) sprach sich gleichfalls gegen die Steuer aus, weil sie den gewerblichen und kaufmännischen Mittel- stand belaste und weil doch nichts dabei herauskomme.

Stadtverordneter Dr. Meyer (lib.) erklärte namens einer großen Anzahl Liberaler, daß sie aus wirtschaftlichen und politischen Gründen der Steuer ablehnend gegenüber stehen. Wenn der Magistrat von der Ausschaltung der Konkurrenz spreche, so verrete er einen jänstlichen Gedanken, dem Liberale Männer nicht folgen können. Die Steuer habe einen gewissen agrarischen Charakter. Die Städte täten nicht gut daran, wenn sie dem Beispiel der Agrarier im Reichstage folgten und dem Handel neue Lasten auf- lädten.

Stadtd. Zander (unpol.) beschränkte sich darauf, an die Ver- sammlung die Bitte zu richten, die Vorlage nicht erst einem Aus- schuß zu überweisen, sondern sofort im Plenum abzulehnen.

Oberbürgermeister Schustehrus suchte die von sämtlichen Vorrednern zersplitterte Vorlage zu retten. Er bestritt, daß die Steuer in erster Linie eine finanzielle sein solle; der Magistrat habe den Gedanken dieser Steuer aufgenommen zu einer Zeit, wo die Finanzlage der Stadt noch günstig gewesen sei. Die Steuer würde nicht nur finanziell, sondern sie habe auch erhebliche günstige Nebenwirkungen in wirtschaftlicher, hygienischer und ethischer Beziehung. Die Entwicklung unseres Schankgewerbes sei auf einer wirtschaftlich ungesunden Basis angelangt. Wenn man weiter die bedenklichen Erscheinungen des Gastwirtsgerwerbes, namentlich die hohe Sterblichkeitsziffer unter den Gastwirten und die Gefährdung der Kinder der Gastwirte ins Auge fasse, dann müsse man zugeben, daß es sich hier um ein Stück sozialer Fürsorge handle. Der Magistrat wüschte den Anfang zu machen mit der sozialen Fürsorge im Kampfe gegen den Alkoholismus. Er begreife es nicht, wie der sozialdemokratische Redner sich hier für einen bestimmten Stand ins Zeug legen könne, während doch sonst die Sozialdemokraten immer die Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen behaupten. Die Steuer werde eine einflussreiche Wirkung haben, und infolge dessen werde der Ertrag der Gastwirtschaften, die bereits die Konzeption besitzen, noch steigen. Die Gastwirte müßten also eigentlich über die Vorlage erfreut sein. (Lachen.) Daß die Steuer ungeleglich sei, müsse er entschieden bestritten.

Nachdem sich noch ein zweiter Redner der liberalen Fraktion Stadtverordneter Noltenberg gegen die Vorlage ausgesprochen hatte, wandte sich Stadtverordneter Zietisch (Soz.) gegen die Aus- führungen des Oberbürgermeisters. Er wies auf die Widersprüche in dessen Rede hin und betonte ausdrücklich, daß sich die Sozial- demokraten, wenn es sich um eine Forderung der Allgemeinheit handelte, auch für die Schanksteuer nicht ins Zeug legen würden. In Wirklichkeit sei die Steuer eine Liebsgabe für gewisse Kreise. Eingehend beschäftigte sich Redner mit der Frage der Bekämpfung des Alko- holismus; er wies treffend darauf hin, wie große Verdienste sich gerade die Gewerkschaften in diesem Kampfe erworben hätten, wie aber andererseits der preussische Staat nicht davor zurückschreie, Versammlungen zu verbieten, in denen aufklärende Reden über die Schäden des Alkoholismus gehalten werden sollen. Das bekannte Verbot der Versammlung unferer Genossen Dr. Fröhlich-Wien spreche Bände. Der Magistrat spreche von einem Schutz, der den Kindern der Gastwirte zuteil werden müsse. Das Prinzip sei gewiß zu billigen, aber warum beginne man dann nicht damit, die Kinder der Heim- arbeiter zu schützen, die doch weit gefährdeter seien als die der Gast- wirte. (Sehr gut!) Seine Freunde würden die Steuer wegen ihrer Ungerechtigkeit und Unweckmäßigkeit rundweg ablehnen.

Stadtd. Dr. Spiegel (lib.) sprach sich gleichfalls gegen die Vor- lage aus, hat aber aus Gründen der Billigkeit wenigstens um Ausschuhberatung.

Hierauf wurde die Debatte geschlossen. Der einzige Befürworter aus der Versammlung, der Berichterstatter Stadtverordneter Dr. Dzialoszyński, mißbrauchte sein Schlußwort zu Angriffen auf die Sozialdemokraten, die aus Rücksicht auf die „Parteiübiker“ nicht gegen den Alkoholismus ankämpfen dürften. Die Erwiderung auf diesen Angriff, die infolge des Schlußes der Debatte nicht mehr möglich war, wird dem Herrn nicht geschenkt werden.

Dem Aussch. dem die Vorlage überwiesen wurde, gehören von der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtverordneten Vartisch, Hirsch und Zietisch an.

### Schöneberg.

Der Wahlverein hielt am Dienstag seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Genosse Küter dem verstorbenen Genossen Paul Thierje einen warmempfundenen Nachruf; die Versammelten erhoben sich zu Ehren des Dahingefahrenen von den Plätzen. Sodann erstattete Genosse Küter den Jahresbericht des Vorstandes, dem wir folgendes entnehmen: Der Mitgliederbestand hat sich im Berichtsjahre von 2225 auf 2490. Der verhältnismäßig minimale Zuwachs wie auch die ziemlich starke Fluktuation haben ihre Ursache darin, daß die Bauarbeiter ein ganz beträchtliches Kontingent zu unseren Mitgliedern stellen; die großen Kämpfe in diesen Berufen brüden der Mitgliederbewegung ihren Stempel auf. Die Zahl der dem Schöneberger Gewerkschaftskartell angeschlossenen Arbeiter, zirka 4000, gewährt uns einen Ausblick auf die Aufklärungs- und Or- ganisationsarbeit, die noch vor uns liegt. — Vorstandssitzungen fanden im Berichtsjahre statt 20 engere und 16 erweiterte Mit- gliederversammlungen 10 öffentliche, einschließlich derjenigen während des Reichstags- und Stadtverordnetenwahlkampfes. 21. Der Abmonentenstand des „Vorwärts“ am Orte ist leider um etwas zurückgegangen, er betrug am 1. Januar 1908 3236. Noch mehr als beim Mitgliederbestande ist hier die überaus traurige wirt- schaftliche Lage wie die Arbeitslosigkeit namentlich unter den Bau- arbeitsern in Betracht zu ziehen. Trotzdem wird alles daran gesetzt werden, auch in der weiteren Ausbreitung unserer Presse kräftig voranzuschreiten. Zum Schluß seines Berichtes gab der Vorsitzende einen detaillierten Ueberblick über das Leben in den einzelnen Kommunalbezirken. Weiter beschäftigte er sich des längeren mit dem Parteileben am Orte überhaupt. Er forderte die Genossen auf, sowohl in den Versammlungen als auch zu den Flugblatt- verteilungen in Zukunft zahlreicher zu erscheinen und sich Mann für Mann mit ganzer Energie in den Dienst der Partei zu stellen, damit unsere Organisation eine der Stöße unseres Ortes ent- sprechende Ausdehnung erfahre. — Es folgte der Bericht des Kassierers Genossen Küter vom 4. Quartal. Derselbe zeigt folgen- des Bild: Einnahmen 2180,89 M., Ausgaben 2174,96 M. An den Kreis wurden 1458,90 M. abgeführt. Der Jahresbericht schließt in Einnahme und Ausgabe mit 7668,57 M. ab. Insgesamt wurden dem Kreise 5582,96 M. überwiesen. Nach weiteren kurzen Berichten des Genossen Fischer über die Bibliothek, die 562 Bände umfaßt, und des Genossen Peterson namens der Lokalkommission, und nach der Diskussion über den Gesamtbericht, in der nennenswerte Ein- wendungen nicht gemacht wurden, wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren einstimmig Bescheid erteilt. Namens des Vorstandes empfahl Genosse Küter die folgenden Anträge: 1. einen zweiten Schriftführer zu wählen; 2. eine aus 11 Mitgliedern bestehende Schlichtungskommission einzusetzen, die auf Vorschlag aus den Be- zirken in der nächsten Versammlung gewählt werden soll. Beide Anträge wurden ohne Widerspruch angenommen. — Es folgte die Wahl des Vorstandes und der Funktionäre, die folgendes Resultat hatte: 1. Vorsitzender Küter, 2. Vorsitzender Reichfeld, 1. Kassierer Küter, 2. Kassierer Herter, 1. Schriftführer Kubik, 2. Schriftführer Franke; Revisoren: Cheminski, Korn, Arbon; Lokalkommission: Jakubasz, Peterson, Jierdt. Zur Kreisgeneralversammlung am 9. Februar delegierte die Versammlung die Genossen Reichfeld, Nahn, Buchholz, Herold, Gustav Lehmann und Appelbaum. Unter Vereinsangelegenheiten wies der Vorsitzende hin auf die am Sonntag, den 2. Februar, stattfindende Flugblattverteilung und auf die am 5. Februar im „Auldhaus“ stattfindende Versammlung, die der Agitation für die Konsumbewegung dienen soll. — Genosse Klamme ersuchte um rege Beteiligung an den von der Zentral- kommission der Arbeiterklassen veranstalteten hygienischen Vorträgen. In vorgeschätzter Stunde wurde dann über zwei auf die Wahlrechtsbewegung bezügliche Resolutionen, die von den Genossen Wutz und Kubik eingebracht und begründet wurden, Vertagung beschlossen. Ueber diese Resolutionen soll eine am Sonntag, den 2. Februar, mittags 12 Uhr, stattfindende Versammlung beschließen.

Die Gründung einer Frauenabteilung im hiesigen Arbeiter- Turnverein wurde in einer am Montagabend stattgefundenen Ver- sammlung beschlossen. Anmeldungen werden an den Turnabend Dienstags und Freitags in der Turnhalle, Vestergadener Straße, sowie bei allen Mitgliedern des Arbeiter-Turnvereins entgegen- genommen. Der monatliche Beitrag beträgt 30 Pf.

### Higdorf.

Im Wochenbett verkrant. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern um die sechste Morgenstunde in der Kaiser-Friedrich-Straße 5 ereignet. Dort sah die Frau des Guttmachers Feuer ihrer bebore- stehenden Niederkunft entgegen. Als sich ihr Mann entfernt hatte, um ärztliche Hilfe für die Entbindung herbeizuholen, muß die Frau wohl die neben dem Bett stehende Petroleumlampe durch eine un- vorsichtige Handbewegung umgeworfen haben. Das Bett fing Feuer und die Unglückliche, in ihrem Zustand völlig hilflos, starb einen qualvollen Flammentod, ehe der Mann zurückgekehrt war.

### Wilmersdorf.

#### Ein folgenschwerer Gerüststurz

hat sich gestern mittag gegen 1/2 1 Uhr in der Glindestraße ereignet. An dem Neubau Glindestr. 5 brach das an der Vorderfront angebrachte Gerüst zusammen und mehrere Arbeiter, die darauf beschäftigt gewesen waren, wurden mit in die Tiefe gerissen. Das Gerüst war bis zum Dachstuhl angebracht worden, um die Putz- arbeiten des bereits im Rohbau vollendeten Neubaus vornehmen zu können. Der Einsturz erfolgte nun, während sich zwei Arbeiter in der Höhe des vierten Stockwerkes auf dem Gerüst aufhielten. Auch in den unteren Etagen waren Leute beschäftigt. Sie wurden alle mit in die Tiefe gerissen. Am schwersten verletzt waren die beiden 27-jährigen Arbeiter Wilhelm Wilken aus der Schibel- beimer Straße 26 und Wilhelm Arell, Stettiner Straße 56 wohnhaft. Beide wurden in bestmöglicher Weise davon- getragen und in Droschken nach der Infarkation am Zoologischen Garten gebracht, wo sie die erste ärztliche Hilfe erhielten. Wilken ist so schwer verletzt worden, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Er hatte eine Schenkelhüftfraktur, schwere innere Verletzungen und einen Bruch des rechten Fingers davongetragen. Arell hatte gleich- falls eine Schenkelhüftfraktur und schwere innere Verletzungen er- litten. Die beiden waren mit dem zusammenbrechenden Gerüstzeug bis nach dem Kellergehöf hinuntergestürzt. Sie wurden nach dem Krankenhaus Moabit transportiert. Die Ursache des Unglücksfalles ist gestern nachmittag festgestellt worden. An dem Gerüst, das durch die Firma Rinke aufgestellt worden war, war eine der Hauptstützen noch nicht befestigt und infolge dessen glitt sie von der Wand ab. Der Fall wurde dem Gerüst dadurch genommen.

### Ober-Schönheide.

Gemeindevertreterprüfung. Der Vertreter Eichmüller teilt in einem Schreiben mit, daß er sein Mandat niederlegt. Anlag hierzu sind wohl die Vorgänge infolge seines Auftretens gegen den Schöffen Lehmann als Urbauer des Amthausens, in welcher Sache

die Gewährräthe Herrn Sittmüller jetzt arg im Stich lassen. Aus der Vertretung scheiden am 1. April turnusmäßig aus: in der 1. Klasse Herr Wenz, in der 2. Klasse Herr Steller und in der 3. Klasse unser Genosse Dobslaw. Anlässlich der vor zwei Jahren erfolgten Vermehrung von 9 auf 12 hat jetzt ein weiteres Mitglied auszuscheiden. Durch das Los wird hierzu Genosse Grunow aus der dritten Klasse bestimmt, und hat nach Lösung der Bezirk mit dem Ortsteil Ostend diese Ersatzwahl vorzunehmen. — Da ab 1. April eine abermalige Vermehrung von 12 auf 18 stattfindet, hat jede Klasse weitere zwei Vertreter zu wählen. Dank der famosen Bestimmungen der Landgemeindevorordnung ist es für die dritte Klasse auch jetzt noch nicht möglich, einen weiteren Nichtangehörigen zu wählen. Es kommen für die dritte Klasse folgende Wahlen in Betracht: Anlässlich der Vermehrung 2 Hausbesitzer, Ersatz für Sittmüller 1 Hausbesitzer, Ersatz für den Genossen Dobslaw 1 Hausbesitzer, Ersatz für den Genossen Grunow 1 Mieter. — Für die Stelle des besoldeten Schöffen sind bisher 25 Bewerbungen eingegangen. Die hierfür eingesetzte Kommission soll am 3. Februar eine Prüfung derselben vornehmen. Die Etatskommission, der auch Genosse Grunow angehört, wird wiedergewählt. Eine Petition der Gemeindevorstände auf Erhöhung der Ruhegehaltsbezüge (anlässlich der staatlichen Aufbesserung) wird zur Etatsberatung zurückgestellt. Die Mietung von Privaträumen für vier Schulklassen wird gegen die Stimmen unserer Genossen, welche diese Räume als unwürdig erachten, beschlossen. Wegen Kenderung der völlig unzulänglichen postalischen Verhältnisse sollen an zuständiger Stelle Anträge gestellt werden. Die Angelegenheit der Herausgabe eines umfangreichen Verwaltungsberichts anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Gemeinde gab zu reger Debatte Anlass. Beschlossen wird, diesen Tag in den Schulen festlich zu begehen. Seitens unserer Genossen wird die Verschleppung der Errichtung eines Gewerbe- und Kaufmannsgerichts kritisiert. Diese Sache soll dem angustellenden Schöffen übergeben werden. Die Anschaffung von eigenen Geipannen wird anlässlich einer vorgelegten Rentabilitätsberechnung abgelehnt.

### Pankow.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Neubildung der Schuldeputation zum 1. April 1908. Von der Gemeindevertretung wurden die alten Deputationsmitglieder wiedergewählt, unsere Genossen enthielten sich der Abstimmung. Auf eine Anregung des Magistrats der Stadt Charlottenburg schloß sich die Vertretung dem Protest an, daß die Volksschulferien auf Anordnung der Schulbehörde von 24 Tagen auf 70 Tage im Jahre gesetzt werden. Für das Pankower Krankenhaus soll ein Medizinpraktikant eingestellt werden, desgleichen wurde eine neue Lohnfestsetzung für die im Krankenhaus beschäftigten Personen vorgenommen, durch welche zum großen Teil Lohn erhöhungen eintreten. Die Pflegesätze für diejenigen, welche als Kranke zweiter Klasse im Krankenhaus behandelt werden, wurden von 4,50 M. auf 5,50 M. erhöht. — Für die Einstellung eines Rechnungsführers für das Rieselgut Wäldchen wurden 1500 M. bewilligt. Auf Antrag des Pankower Volksbundesvereins wurden demselben 500 M. aus Gemeindemitteln bewilligt. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, daß im vorigen Jahre 858 Portionen Suppe, 28 528 Portionen Essen, 7002 Portionen Fleisch und 3000 Kinderportionen verabfolgt wurden. Bei diesen Zahlen behauptet man immer noch, daß ein Notstand nicht existiert. Auf Antrag des Vereins für Ferienkolonien werden demselben 1500 M. überwiesen. Die von unseren Genossen geltend gemachte Forderung, daß die Gemeinde die Einrichtung der Ferienkolonie selbst in die Hand nehmen soll, wurde von der bürgerlichen Majorität wiederum mit der Motivierung verworfen, „man solle die freie Betätigung der christlichen Nächstenliebe nicht unterbinden“. Die Auslösung von zwei Gemeindevorordneten zu den bevorstehenden Gemeindevorwahlen ergab, daß aus der zweiten und dritten Abteilung einer auszuscheiden hat, aus der dritten Abteilung hat Genosse Röber auszuscheiden, außerdem scheiden aus der dritten Abteilung noch aus Genosse Clemen und der bürgerliche Vertreter Volkstötter, es müssen in der dritten Abteilung drei Angesehene gewählt werden. — Für die zweite Abteilung weigerte sich der Bürgermeister Ruhr eine Auslösung der vor zwei Jahren neugewählten Personen vorzunehmen, weil nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lücken vorhanden sein müssen, um eine Auslösung vorzunehmen, da in der zweiten Abteilung Gemeindevorordneter Pippelt freiwillig ausgeschieden ist, soll einer der vor zwei Jahren neugewählten in die Stelle des Ausgeschiedenen treten. Jedenfalls ist die angeführte Verwaltungsgerichtsentscheidung hier zu Unrecht angewendet, die Landgemeindevorordnung bestimmt, daß ein Drittel der Vertreter auszuscheiden haben, von einem Einrückenden in ein Mandat, welches durch Ausscheiden vacant geworden, kann keine Rede sein, es muß in diesem Fall eben eine Ersatzwahl vorgenommen werden.

### Nieder-Schönhausen.

Die guldsechste Generalversammlung des Wahlvereins tagte am Dienstag in Neu-Carlshof. Abgesehen von dem Erscheinen der Anwesenden der Polizei, die seit Bestehen des hiesigen Wahlvereins die Mitgliederversammlungen noch nie polizeilich bewacht wurden. Seit dem 12. Januar wird auch hier der Partei von der Behörde eine ganz besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht. Es wird deshalb das eifrigste Bestreben unserer Genossen sein, durch gediegene Vorträge in den Versammlungen den Wissensdurst der Polizei zu fördern. Den Jahresbericht des Vorstandes gab Genosse Pöhl. Abgehalten wurden 11 Wahlvereinsversammlungen, 9 öffentliche Versammlungen, 23 Vorstandssitzungen. Ferner fanden statt 8 Flugblattverteilungen und 4 Agitationstouren. Den Kassenerichter erstattete Genosse Rißmann. Einer Einnahme von 900,00 M. steht eine Ausgabe von 783,55 M. gegenüber. Die Mitgliederzahl beträgt im ganzen Bezirk 283. Davon entfallen auf Nieder-Schönhausen 218, Mühlenbeck 35, Hühldorf 13, Schildow 14 und Hantelwiese 8 Mitglieder. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser beträgt 309. Die Rechnungen des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender Pöhl, zweiter Kätheagen, Kassierer Rißmann, Schriftführer Pöhl, Kassierer Paul Bahl, Pennig und Richard Lehmann, Revisoren Jander, Plant und Emil Korbis, Lokalkommission Pirch, Dhm. Als Bezirksführer wurden bestätigt: für den 1. Bezirk Brämann, 2. Bezirk Schelle, 3. Bezirk Rißch und für Nordend Kimm. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden Pöhl, Besper, Schelle und als Stellvertreter Krüger gewählt. 5 Neuaufnahmen wurden bestätigt. Genosse Pöhl berichtete über die Gemeindevorwahlen. Hierüber entspann sich eine rege Diskussion, an der sich die Genossen Pöhl, Besper und Schlemmer beteiligten; zugleich wurde auf die bevorstehenden Gemeindevorwahlen hingewiesen und die Genossen ersucht, sichtlich zu agitieren. Nur wenn jeder einzelne der Genossen an Orte seine Schuldigkeit tue, könne der erste Vertreter in das Dorparlament einziehen. Zum Schluss machte der Vorsitzende noch auf das am 16. Februar stattfindende Winterfest aufmerksam.

### Teget.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich vorgestern nachmittag in der Müllerstraße zugetragen. Der eifrigste Schüler Herrmann Djalas, dessen Eltern in der Berlinerstraße wohnen, war gegen ein Automobil, das einem Lastfuhrwerk anzuweichen wollte, geraten. Er wurde zur Erde gerissen, und die Räder des schweren Kraftwagens gingen ihm über den Unterkörper hinweg. Mit Kopfunden und schweren inneren Verletzungen wurde der Knabe dem Krankenhaus zugeführt.

### Zpandan.

Der polizeiliche Zensur waren bei der Verurteilung des Genossen Jospodar am Mittwoch die Kränze mit roten Schleifen ausgelegt, die der sozialdemokratische Wahlverein und der Zentralverband der Maurer dem Verstorbenen gewidmet hatten. Bereits in der Klosterstraße fuhr auf der Straßenbahn der Polizeifergeant Bohm an dem

Trauerzuge vorbei. Als der Zug am Eingang des Friedhofes anlangte, wurde er von dem pflichttreuen Beamten, wie ihn der Oberbürgermeister nannte, empfangen. Eifrig nahm er die an den Kränzen befindlichen roten Schleifen in Augenschein, ob vielleicht auf denselben etwas stand, was die Ruhe des Toten zu stören geeignet wäre. Doch er „entbedete“ nichts. Hierauf konnte der Leichengang unter seiner „Begleitung“ bis ans Grab marschieren. Ob der Beamte in höherem Auftrage oder auf eigene Kappe gehandelt hat, dürfte vielleicht später einmal zu erfahren sein.

## Kommunales.

### Der Rathausfreisinn über das Arbeitslosenproblem.

Na also, nun wissen wir's: die Arbeitslosigkeit ist ja gar nicht so schlimm, wie das Geschrei der Sozialdemokraten sie hingestellt hat. Herr Fischbed sagt's uns, Stadtrat Fischbed, der Sachverständige des Magistrats in allen Fragen der Sozialpolitik — und wenn er es sagt, muß es stimmen. Das war in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten für die freisinnige Mehrheit das Ergebnis der vierstündigen Debatte, die um den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion — um die Forderung, schleunigst Maßnahmen zur Binderung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen zu ergreifen — geführt wurde.

Als unser Genosse Dupont den Antrag begründete, sah man's sogleich, wie sehr es der Mehrheit wider den Strich ging, daß er ihr das Konzept verdarb. Er gab den Vorsitzenden des Freisinn nicht den erwünschten Anlaß, nach altbewährtem Rezept sich mit einem wüsten Geschimpfe über die verheerende Sozialdemokratie aus der Affäre ziehen zu können. Seine sachkundigen Ausführungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit sowie seine sehr beachtenswerten Vorschläge zur Abhilfe wurden von Herrn Goldschmidt mit einer Rede beantwortet, die deutlich genug erkennen ließ, daß der es anders erwartet hatte. Ganz ohne Geschimpfe über die Sozialdemokratie im allgemeinen und den „Vorwärts“ im besonderen ging es selbstverständlich bei diesem Bezirksvereinsredner nicht ab.

Nach ihm sprach der Magistratsvertreter, der Stadtrat Fischbed. Ihn hat einmal der Oberbürgermeister Kirchner den „richtigen Mann“ genannt, als in der Stadtverordneten-Versammlung die Gewaltthätigkeit beleuchtet wurde, die Herr Fischbed gegen die Invasen des Obdachs ausübt. Der „richtige Mann“ im Sinne des Rathausfreisinn ist Stadtrat Fischbed auch gegenüber dem Arbeitslosenproblem. Wo es gilt, eine Forderung kommunaler Sozialpolitik mit brutalem Soh'n zurückzuweisen, da ist er am Platze. Er bewies der Mehrheit ganz nach Wunsch, daß die Sozialdemokratie in ihren Schilderungen der Arbeitslosigkeit übertriebt, daß die Arbeiter selber durch Streiks den Beschäftigungsmangel gesteigert haben, daß sie zur Abwehr der Folgen höchstens ein Anrecht auf Armenunterstützung haben, und so weiter. Als gelehriger Schüler seiner jungerlichen Blockbrüder empfahl er den Arbeitern, aufs Land zu ziehen, und schließlich versprach er großmütig, daß sogar der Magistrat die Frage der Arbeitslosenhilfe „vorsichtig“ prüfen werde.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde Herr Fischbed die gebührende Antwort gegeben von unserem Genossen Glöckle. Er führte den Nachweis, daß die Streiks und Aussperrungen, für die der Magistratsredner in gewohnter Dreistigkeit die Arbeiter verantwortlich gemacht hatte, durch das Verhalten der Arbeitgeber herausbeschoren worden sind. Herr Fischbed und Herr Goldschmidt belamen dann noch in dem Schlüsselwort zum Antrage, das unserem Genossen Singer zuziel, eifrige sehr hittere Wahrheiten zu hören. Besonders mit Fischbed rechnete Singer so gründlich ab, daß der große „Sozialpolitiker“ hilflos wie ein gescholtener Schulbube dreinschaute. Herr Fischbed versuchte eine nochmalige Erwiderung, aber er vermochte den Eindruck dieser Abstrafung nicht zu verwischen.

Der Antrag unserer Genossen wurde einem Ausschuss überwiesen. Nach der Empfehlung, die ein Fischbed ihm mit auf dem Weg gegeben hat, und nach dem Beifallsjubel, mit dem die Mehrheit die Ausführungen dieses Mannes begleitete, kann man sich ungefähr denken, was aus dem Ausschuss herauskommen wird.

## Gerichts-Zeitung.

### Der beleidigte Streifbrecher.

Als im Juli vorigen Jahres die Wähler der gemischten Fahrt von Schering wegen eines Lohnabzuges freitren, sollen einige der Streifenden einen Arbeitswilligen beleidigt haben. Die Sache ist an sich durchaus nicht bedeutend und doch hat sie schon mehrere Male das Gericht beschäftigt, zu verschiedenen kommissarischen Vernehmungen geführt, Bände von Akten sind zusammengeschrieben worden, ehe es gelang, die „Schuldigen“ abzurufen. Und das alles wegen der angeblich verletzten Ehre eines Arbeitswilligen. Wegen Beleidigung, Körperverletzung, Nötigung, Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung waren drei Wähler, die damals den Streit mitmachten, angeklagt. Einer derselben ist schon vor längerer Zeit zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Bezüglich der beiden anderen war die Sache damals noch nicht klagbar. Neue kommissarische Vernehmungen des angeblich beleidigten Streifbrechers, der inzwischen nach Köln verzogen war, machten sich notwendig. Am Donnerstag fand nun vor dem Charlottenburger Schöffengericht die erneute Verhandlung gegen die beiden anderen Angeklagten statt. Einer derselben, Wähler Wedel, wohnt zurzeit in Bremen und ist deshalb vom persönlichen Erscheinen vor Gericht entbunden. Der zweite Angeklagte, Wähler Jach, war zur Stelle. Ihm wird vorgeworfen, daß er den Arbeitswilligen Trost durch die Bezeichnung Streifbrecher beleidigt habe. Das soll einmal auf dem Wege zur Fahrt, ein andermal während der Fahrt im Stadtbahnzuge geschehen sein. Auch der Angeklagte Wedel soll sich an der Beleidigung des Arbeitswilligen beteiligt haben. Jach soll den Trost außerdem auch mit der Faust in den Mund gestossen haben. Jach stellte alles, was ihm zur Last gelegt wird, entschieden in Abrede und behauptete auf das Bestimmteste, er habe den Trost weder beschimpft, noch geschlagen, sondern ihn auf dem Bahnhof angedreht: Erlaube mal, Kollege... Trost, der den Angeklagten als einen der Streifenden kannte, habe ihn dann ohne weiteres geschlagen. — Die Protokolle, welche über die kommissarische Vernehmung des Zeugen Trost vorliegen, sind, wie auch der vorliegende Richter anerkennt, unvollkommen und widersprüchlich. — Mit Rücksicht darauf, und weil die durchaus nicht unglückwürdigen Angaben des Angeklagten denen des Zeugen Trost entgegenstehen, wahrscheinlich als eine Personenverwechslung vorliegt, beantragte der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, den Zeugen Trost in Person vorzuladen, anders könne der Sachverhalt nicht aufgeklärt werden. Das Gericht hielt aber den Tatbestand für genügend aufgeklärt. Es stützte sich sowohl auf das Zeugnis des Trost, wie auf die Aussagen von zwei antretenden Zeugen, die allerdings nur gehört hatten, daß Jach im Stadtbahnzuge von Streifbrechern gesprochen und dabei auf den Arbeitswilligen Trost hingewiesen

habe. Das Gericht hielt für festgesetzt, daß Jach den Trost beschimpft und geschlagen habe, um ihn zur Teilnahme am Streik zu bewegen. Jach wurde deshalb wegen Beleidigung zu 50 Mark verurteilt, Wedel, gegen den nichts erwiesen werden konnte, wurde freigesprochen.

### Wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung

hatte sich gestern der Gerichtsvollzieher Karl Neumann vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Die Dinge, welche in der Verhandlung zur Sprache gebracht werden mußten, waren derart, daß der Gerichtshof den Ausschluß der Öffentlichkeit beschloß. Dem Vernehmen nach haben zwei Frauen über den Angeklagten bei seinen Vorgesetzten Beschwerde geführt, indem sie behaupteten, daß der Beamte bei einer Zwangsvollstreckung, die er in der Wohnung der einen Beschwerdeführerin vorzunehmen hatte, sich nicht nur gegen die Dienstvorschriften vergangen, sondern auch die Frauen durch obstöne Redensarten und sogar tätlich durch unanständige Berührungen beleidigt habe. Es ist auch ein Verfahren gegen den Angeklagten eingeleitet worden, welches zu einem Ergebnis nicht geführt zu haben scheint. Der Angeklagte hatte nun aber die Beschwerde der beiden Frauen damit zu parieren gesucht, daß er eine Strafanzeige gegen sie erstattete, worin er sie beschuldigte, ihm bei Ausübung seines Amtes nicht nur passiv, sondern auch ganz erheblichen aktiven Widerstand geleistet zu haben. Diese Beschuldigung war nach der Anklage eine wissenschaftlich falsche. Die Ergebnisse der Beweisaufnahme waren dem Angeklagten so ungünstig, daß der Staatsanwalt gegen ihn 5 Monate Gefängnis und Aberkennung der Befugnis zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von drei Jahren in Antrag brachte. — Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis.

### Ein Opfer der Straße

ist das kleine dreijährige Töchterchen des Gärtners Krohn geworden, welches am 8. Oktober in der Uferstraße von einem Kohlenwagen überfahren worden ist. Das Kind saß in einem sogenannten Kinderportwagen, der von dem kleinen Bruder des Mädchens auf dem Jahrmarkt dicht an der Bordstelellstelle sorgeföhren wurde. Da verfuhrte der Führer eines Kohlenwagens vor dem Kinderwagen vorbeizufahren, er irrte sich aber in dem Abstand, den er von diesem zu nehmen hatte und so fuhr dann der Wagen gegen das Kind des Kinderwagens. Durch die Erschütterung kippte der letztere etwas nach hinten, das Kind flog heraus auf den Dam und ein Hinterrad des Kohlenwagens ging ihm über das rechte Bein. Das Kind wurde nach dem Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Krankenhaus transportiert. Hier ergab sich eine vollständige Zermalmung des rechten Oberschenkel, das Bein mußte amputiert werden und nach 6 Stunden war das Kind eine Leiche. Der Führer des Kohlenwagens, Kutscher Paul Kurweg, stand gestern unter der Anklage der fahrlässigen Tötung vor der Strafkammer des Landgerichts III. Der Staatsanwalt erkannte an, daß der Angeklagte, der noch ganz unbescholten ist, sich einer groben Fahrlässigkeit nicht schuldig gemacht, bei dem Unglücksfall vielmehr ein Unstern mitgewaltet habe. Immerhin sei ihm vorzuwerfen, daß er beim Vorbeifahren nicht die richtige Distanz gewählt habe. Das Gericht erkannte auf 2 Wochen Gefängnis.

### Brandstiftung.

Das Schwurgericht verurteilte gestern den 23jährigen Gärtners Richard Reander zu 1 Jahr Gefängnis wegen Betruges, den er dadurch begangen hatte, daß er in seiner Wohnung in Nixdorf, Gohrdammstr. 3, Feuer anzlegte, um von der Versicherungsgesellschaft die den Wert der verpfändeten Gegenstände übersteigende Versicherungssumme zu erhalten. Das Feuer wurde bald gelöscht. Der Angeklagte hatte versucht, einen Einbruchdiebstahl zu simulieren und suchte in der Verhandlung dergleichen einen Alibibeweis zu führen.

### Ein Kasperpolizist.

Der Polizeifergeant Johann Posimski aus Königshütte stand dieser Tage vor Gericht. Er ist seiner Einstellung als Polizeibeamter wegen Gefangenenerleichterung und qualifizierter Körperverletzung verurteilt und 14mal disziplinarisch wegen verschiedener Verfehlungen im Dienste. Am 22. März v. J. kamen Bismarckhütter junge Leute von der Umstellung aus Deuthen nach Königshütte, wie gewöhnlich in solchen Fällen etwas angeheitert. Mit dem Polizeibeamten Reufel belamen die angehenden Vaterlandsverteidiger Krach. Er konnte sich schließlich am Postamt in Königshütte nicht mehr erwehren, so wurde er denn von 2 bis 30 Mann an die Wand gedrückt. Der Stadtrat Bohian holte den angeklagten Posimski herbei. Dieser griff gleich mit tauher Hand ein. Die Leute verzogen sich langsam und Reufel konnte die „Hauptmacher“ Schmidt und Smolla festnehmen. Inzwischen hatte Posimski den Grubenarbeiter Kolobziej aufgefordert, vom Bürgersteig zu gehen. Da er nicht gleich ging, gab ihn P. mit der Faust einen Schlag ins Gesicht, daß ihm der Put in den Dreck fiel. P. verlangte nun, P. solle ihm den Hut abputzen. Warte, das werde ich gleich machen, sagte P., sagte den K. an der Schulter und schleppte ihn nach der Wache, ohne daß K. für verhaftet erklärt worden war; er widersetzte sich auch nicht. Beim Eintritt in den Hof des Polizeigefängnisses nahm sich Posimski den Kolobziej nochmals vor, er stieß ihn zweimal mit der Faust in die Rippen und gab ihm drei Schläge mit der Hand ins Gesicht und drei Schläge auf den Hinterkopf. Aus dem gegenüberliegenden Gerichtsgebäude sahen Amtsrichter Dobraschte und Referendar Fritz Köber dem Schauspiel zu. In der Strafanzeige, die die beiden Gerichtsherren erstatteten, schrieb Herr Köber: „Die Sache machte auf uns einen so widerlichen Eindruck, daß wir beschloßen, den Polizeibeamten anzugeigen; ich kannte ihn nicht dem Namen nach, habe mir aber am nächsten Tage seine Nummer gemerkt.“ Der Staatsanwalt bezeichnet das Vorgehen des P. als äußerst verwerflich und beantragte — 50 M. Das Gericht erkannte auf ganze — 75 M. Geldstrafe.

Krach der an den Tag gelegten Freiheit, die sich in der Attacke eines Bewaffneten auf einen Wehrlosen offenbart, und trotz der Rohheit der Straftat ist also auf eine außerordentlich milde Strafart und niedrige Strafe erkannt worden. Derartige geringfügige Strafen gegenüber solchen Rohheitsdelikten von Polizisten können weder besternd noch abschreckend, viel eher zu Wiederholungen ermunternd wirken. Wer weiß, ob, wenn nicht zufälligerweise die Gerichtsbeamten den Vorfal bemerkt und zur Anzeige gebracht hätten, nicht noch gar gegen den Mißhandelsten ein Verfahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt usw. eingeleitet worden wäre. Die preussischen Zustände sind dank der Junkerherrschaft so empörend, daß Angriffe sogenannter Sicherheitsbeamter auf die persönliche Integrität des Arbeiters keineswegs in allen Fällen überhaupt zur Sühne gelangen. Und da gelten die bürgerlichen Parteien über Terrorismus — der Arbeiter.

### Schwere Strafen.

Vor der Strafkammer in Köln hatten sich am Mittwoch sechs Anarchoisten wegen Verbreitung von Druckschriften zu verantworten, in denen aufgefordert sein soll, im Kriegsfall auf die Offiziere zu schießen. Das Urteil lautete gegen zwei der Angeklagten auf je 10 Monate Gefängnis. Ein dritter erhielt wegen Begünstigung zwei Monate und ein anderer wegen Beihilfe fünf Monate Gefängnis. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

## Eingegangene Druckschriften.

Der Sieg bei Jena. Ein Beitrag zur „Geschichte“ Preußen-Deutschland. 10 H. Verlag „Die Umsicht“, Berlin O. 64. — Sozialdemokratie, Militarismus und Kolonialpolitik. Von A. Diz. 50 H. Verlag der nationalen Liberalen Partei, Berlin W. 9. — Nord und Süd. Eine deutsche Monatschrift. Heft 1 1908. Verlag E. Schönländer, Berlin W. 35. — Hygiene der grünen Arbeit. Von Dr. med. D. Dornblüth. Geb. 4 M. Verlag für Volkswirtschaft, Berlin W. 10. — Widward im Lichte der Naturwissenschaft. Von Dr. G. Lomax. 3,75 M. Verlag C. Warhold in Halle a. S. —

